

**Willy Klages**

**Teuflische Lügen  
und  
bittere Wahrheiten**

**Die  
Flucht  
der  
Ost- und Volksdeutschen  
1944/45**

**Sonderheft Nr. 12**



# Die Flucht der Ost- und Volksdeutschen 1944/45

## Sonderheft Nr. 12

### Die Flucht der Ost- und Volksdeutschen

Inhaltsverzeichnis	Seite
Militärische Lage östlich der Oder-Neiße-Linie im Jahre 1944	2-4
Verteidigungsmaßnahmen, Räumungspläne und NS-Propaganda	4-9
Bevölkerungsentwicklung in den deutschen Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas 1944/45	10-15
Hitlers Vernichtungsstrategie	16-18
Die ersten sowjetischen Vorstöße nach Ostpreußen im Herbst 1944	19-21
Die sowjetische Winteroffensive im Januar 1945	21-27
Die "Große Flucht" der Ost- und Volksdeutschen vor der Roten Armee	28-57
Evakuierung und Flucht in den deutschen Siedlungsgebieten Süd-Osteuropas	57
Die Flucht der Rumänien-Deutschen	58-63
Die Flucht der Jugoslawien-Deutschen	63-66
Die Flucht der Ungarn-Deutschen	66-69
Die Flucht der Karpatendeutschen	70-73
Die Flucht der Sudetendeutschen	73-77
Rückkehr in die deutschen Siedlungsgebiete Ost-Mitteleuropas	78-91
Deutsche Siedlungsgebiete östlich der Oder-Neiße-Linie, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn	
Schlußbemerkungen	91-93
Hinweise für den Leser	94-95
Quellen- und Literaturnachweis	

#### **Militärische Lage östlich der Oder-Neiße-Linie im Jahre 1944**

>>Gehe schnell und du wirst das Unglück einholen! Gehe langsam und es holt dich ein!<<  
*Russisches Sprichwort*

Im Jahre 1944 mußten sich die deutschen Wehrmachtstruppen an fast allen Fronten fluchtartig zurückziehen. Infolge der verlustreichen Abwehr- und Rückzugskämpfe wurde die Kampfkraft des Ostheeres unaufhörlich schwächer, denn die großen Menschen- und Materialverluste konnten schon längst nicht mehr ersetzt werden. Den deutschen Ostarmeen fehlten vor allem Waffen, Munition und Verpflegung. Die Nachschubprobleme wurden täglich bedrohlicher. Generalfeldmarschall Erich von Manstein ("Heeresgruppe Süd") forderte ab Januar 1944 die Räumung des Dnjeprbogens, drastische Frontverkürzungen und Frontverlagerungen nach Westen. Von Manstein verlangte außerdem, daß man endlich einen "wirklich verantwortlichen Oberbefehlshaber" für die Ostfront einsetzen mußte. Diese Rückzugsforderungen und

Änderungen des Oberbefehls lehnte Hitler jedoch kategorisch ab, denn angeblich würde kein anderer seine "überragende Autorität" besitzen.

Hitler blieb bis zur totalen Niederlage ein uneinsichtiger Fanatiker, der seine "strategischen Vorstellungen" ohne Rücksicht auf Verluste durchsetzte. Hitlers unsinnige "Haltetaktik" und laienhafte Fehleinschätzungen brachten letzten Endes Tod und Verderben über das gesamte Ostheer.

Die Führerbefehle verursachten ständig militärische Katastrophen. Wider den Rat seiner erfahrenen Heerführer opferte Hitler leichtfertig komplette Armeen. In Stalingrad (1942/43), Nordafrika (1943), Weißrußland (1944), Rumänien (1944), Ostpolen und im Baltikum (1945) richteten Hitlers Fehler vernichtende Niederlagen an, bei denen der "Führer" mindestens 100 Divisionen in den sicheren Tod hetzen ließ (x076/228).

Im Januar 1944 erreichten sowjetische Truppen bereits die ehemaligen polnischen Grenzen in Wolhynien

Vom 22. Juni bis zum 8. Juli 1944 wurden in Weißrußland 28 Divisionen der deutschen "Heeresgruppe Mitte" (Generalfeldmarschall Busch) fast vollständig zertrümmert. Rd. 350.000 deutsche Soldaten fielen oder galten danach als vermißt (x040/221). Gegen diese verheerende Katastrophe, die Hitler zweifellos verschuldet hatte, war die verlustreiche Kesselschlacht im weitentfernten Stalingrad geradezu "unbedeutend". Im Jahre 1942/43 hatte die Vernichtungsschlacht um Stalingrad "nur" rd. 125.000 Tote und 91.000 Kriegsgefangene gefordert (x040/160, x041/129).

Nach der vernichtenden Niederlage in Weißrußland war die militärische Lage des deutschen Ostheeres vollkommen hoffnungslos. Eine reale Chance, die Rote Armee vor den deutschen Reichsgrenzen aufzuhalten, bestand nicht mehr.

Anstatt die Ostfront mit allen Mitteln zu unterstützen und die ostdeutsche Zivilbevölkerung zu evakuieren, ließ Hitler sogar noch mehrere kampfstärke Wehrmachtsverbände an die Westfront verlegen, um die Atlantikinvansion der Westalliierten abzuwehren.

In Süd-Osteuropa mußten die deutschen Truppen Kreta, Griechenland und den Balkan räumen. Ab August bis zum November 1944 besetzte die Rote Armee Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien und griff die Slowakei (ab September 1944) sowie Ungarn (ab Oktober 1944) an.

Obleich ab August 1944 unaufhörlich sowjetische Truppentransporte vor der ostpreußischen und polnischen Grenze eintrafen, mußte das deutsche Ostheer im Herbst und Winter 1944 weitere kampferprobte Divisionen für die "Ardennenoffensive" und die Verteidigung Ungarns abtreten.

Für Hitler war der längst verlorene "Ostkrieg" nur noch ein lästiger "Nebenkrieg". Der völlige Zusammenbruch der Wehrmacht und die bedingungslose militärische Kapitulation, die bisher noch kein deutscher Staat hinnehmen mußte, war Ende 1944 nur noch eine Frage der Zeit.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die militärische Lage in den ostdeutschen Provinzen (x001/9E-10E): >>>**Sowjetrussische Truppen vor den Grenzen Ostdeutschlands**

Bis zum Sommer 1944 lagen die deutschen Ostprovinzen fernab von allem Kriegsgeschehen. Von Luftangriffen leidlich verschont, schienen sie die sichersten Gebiete des Reiches zu sein. Das ständige Zurückweichen der Ostfront beeinträchtigte das Sicherheitsgefühl ihrer Bewohner wenig, spielten sich die Kampfhandlungen doch immer noch Hunderte von Kilometern östlich von Memel und Weichsel ab.

Diese Lage änderte sich grundlegend nach dem Beginn der russischen Großoffensive am 22. Juni 1944. Innerhalb weniger Wochen durchmaßen die zahlenmäßig weit überlegenen sowjetischen Angriffsarmeen den weiten Raum zwischen Dnjepr und Weichsel, zerschlugen dreißig deutsche Divisionen und gelangten in unmittelbare Nähe Ostpreußens. In den ersten Augusttagen verursachten vorgeprellte sowjetische Panzerspitzen eine überstürzte Flucht der Bevölkerung des Memellandes, die sich jedoch als übereilt erwies, da die russischen Truppen die

Reichsgrenze nicht überschritten und in der Folgezeit wieder zurückgeworfen wurden. Mit der Niederwerfung des polnischen Aufstandes in Warschau im September 1944 hatte die Entwicklung der Operationen im polnischen Raum, einen vorläufigen Abschluß gefunden. Die Front verlief von Süden nach Norden im allgemeinen entlang dem großen Weichselbogen bis Warschau, folgte dann dem Narew und lief auf einer Linie östlich von Lyck bis östlich von Schloßberg dicht an der ostpreußischen Grenze entlang bis über die Memel und führte weiter in nördlicher Richtung durch Litauen hindurch. Ostpreußen war nunmehr unmittelbares Hinterland der Front geworden, und auch das für die deutsche Kriegsindustrie so außerordentlich wichtige Industriegebiet Oberschlesien lag nur noch 150 km von der Weichselfront entfernt.

Der russische Angriffserfolg war um so schwerwiegender, als er außer den westlichen Gebieten Rußlands auch einen beträchtlichen Teil Ostpolens der deutschen Herrschaft entrissen hatte und die russischen Truppen für die folgenden Kämpfe auf eine aktive Teilnahme polnischer Kampfverbände rechnen konnten.

Sogleich nach der Besetzung Ostpolens durch sowjetische Truppen hatte das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung das Regiment in dem befreiten Teil Polens übernommen (22. Juli 1944, und bereits vier Tage später wurde zwischen ihm und dem sowjetischen Befehlshaber ein Abkommen geschlossen, wonach Polen sich verpflichtete, alle militärisch mögliche Hilfe zur Bekämpfung der Deutschen zu leisten. –

Durch Aushebung von Soldaten und die Vereinigung der Partisanenverbände aus Ostpolen mit den seit dem Herbst 1943 auf russischer Seite eingesetzten polnischen Divisionen wurden die polnischen Streitkräfte beträchtlich vermehrt.

Da sich das polnische Befreiungskomitee, das sich am 31. Dezember 1944 zur Provisorischen Regierung der Polnischen Republik konstituierte, ausschließlich aus kommunistisch gesinnten Polen zusammensetzte, die während des Krieges der Union der Polnischen Patrioten in der Sowjetunion angehört hatten, stellte die Wiedererrichtung des polnischen Staates auch einen politischen Erfolg der Sowjets dar, der von weitreichenden Folgen sein sollte.<<

### **Verteidigungsmaßnahmen, Räumungspläne und NS-Propaganda**

Nach dem mißglückten "Hitler-Attentat" vom 20. Juli 1944 erhielten einige NS-Organisationen z.T. wesentliche militärische Aufgaben und Rechte, denn Hitler vertraute fast nur noch den NS-Gauleitern und SS-Führern.

Die Gauleiter (ab 16.11.1942 auch Reichsverteidigungskommissare) in den ostdeutschen Provinzen und annektierten Gebieten waren: Erich Koch (Ostpreußen), Karl Hanke (Niederschlesien), Fritz Bracht (Oberschlesien), Albert Forster (Danzig-Westpreußen), Franz Schwede-Coburg (Ostpommern) und Emil Stürtz (Mark Brandenburg).

Reichsstatthalter Konrad Henlein (Sudetengau), Reichsstatthalter Arthur Greiser (Reichsgau Wartheland), Generalgouverneur Hans Frank (Generalgouvernement = westliches Polen), Reichsprotector Konstantin von Neurath (Protectorat Böhmen und Mähren = Tschechoslowakei).

Die Gauleiter waren nur dem Führer und Reichsleiter Bormann (Hitlers Sekretär) unterstellt. Sie beauftragten nur Kreisleiter, Kreisbauernführer, NSV-Kreisamtsleiter, Kreisfrauenschaftsleiterinnen und NSDAP-Gliederungsführer mit der Vorbereitung sowie Durchführung von Räumungs- und Bergungsmaßnahmen.

Das Personal der staatlichen Ämter und Behörden (z.B. Beamte, Landräte und Bürgermeister) war den NSDAP-Kreis- und Ortsgruppenleitern disziplinarisch unterstellt. Ab Juli 1944 kontrollierten die NS-Gauleiter außerdem den Ausbau der Befestigungsanlagen, organisierten die Aufstellung und Leitung des Volkssturms und überwachten sämtliche Evakuierungsmaßnahmen. Vor allem die ungenügenden Räumungsvorbereitungen wirkten sich später besonders verhängnisvoll aus.

Die Wehrmachtsbefehlshaber und Frontoffiziere forderten frühzeitig die Räumung der bedrohten Gebiete. Sie teilten den verantwortlichen NS-Führern unmißverständlich mit, daß die Frontlinien viel zu schwach seien, um den erwarteten sowjetischen Ansturm abzuwehren bzw. aufzuhalten. Obwohl die militärische Lage bereits im Sommer bzw. im Herbst 1944 vollkommen aussichtslos war und sowjetische Offensiven unmittelbar bevorstanden, unternahmen die verantwortlichen NSDAP-Führer monatelang nichts, um die Zivilbevölkerung aus den gefährdeten Ostgebieten zu evakuieren.

### Schanzarbeiten

Ab Juli 1944 bis Januar 1945 wurden in den deutschen Ostprovinzen umfangreiche Grenzbefestigungen errichtet und ausgebaut (Ostpreußen = "Ostwall", Ostbrandenburg = "Obrastellung", Ostpommern = "Pommernwall" und Schlesien = "Bartholdlinie"). Hitler hatte die Weisung für den Ausbau des Ostwalls bereits am 12.08.1943 erteilt ("Führerbefehl" Nr. 10).

Der Bau von Panzersperren, Geschützstellungen, Schützengräben, Straßenbarrikaden, Munitions- und Treibstofflagern erforderte unsägliche Arbeit und Mühe. Um größere Städte verteidigen zu können, mußten endlose Grabensysteme, eine Vielzahl von Schützenlöchern und Befestigungen angelegt werden. Die NSDAP-Organisationen zwangen die einheimische Bevölkerung fast täglich zu sinnlosen Arbeitseinsätzen.

In Tages- und Nachtschichten wurde trotz Hitze, Regen, Sturm oder Kälte rund um die Uhr gebaut und geschachtet. Alle Frauen, Männer, ältere Schülerinnen und Schüler, die eine Schaufel oder einen Spaten halten konnten, mußten monatelang Schanzarbeiten leisten. Tausende von Fremdarbeitern (Polen, Ukrainer u.a.) sowie Kriegsgefangene, die oft nur mangelhaft untergebracht und gepflegt werden konnten, "schaufelten" ebenfalls in den deutschen Ostprovinzen, um das Millionenheer der Roten Armee zu stoppen.

Die Wehrmachtsbefehlshaber durften vielerorts nicht einmal beratende Funktionen ausüben, so daß ein großer Teil der Befestigungsanlagen und Stellungen ungeeignet war. Einige sowjetische Angriffe erfolgten später aus entgegengesetzten oder seitlichen Richtungen. Viele Abwehrstellungen konnte man auch wegen fehlender Truppen nicht besetzen.

In manchen neuerrichteten Verteidigungsstellungen kämpften zwar Volkssturmeinheiten gegen sowjetische Panzertruppen, aber ohne schwere Waffen war jeder Widerstand völlig aussichtslos. Hitler hatte ab 1942 fast alle ostdeutschen Artilleriegeschütze demontieren und an die französische Atlantikküste ("Atlantikwall") verlagern lassen, wo sie größtenteils kein einziges Geschöß abfeuerten. Der "Atlantikwall" verfügte z.B. über 14.747 Betonbunker und Geschützstände (x090/290).

Obwohl die Kampffront fast täglich näher rückte und der Kampflärm immer deutlicher zu hören war, stellte man die Schanzarbeiten nicht vorzeitig ein. Die Arbeiten wurden oft bis zur "letzten Minute" fortgesetzt, so daß zahlreiche Zivilisten, Fremdarbeiter und Kriegsgefangene, die unverdrossen ihre Pflicht erfüllten bzw. Zwangsarbeit leisten mußten, den Überraschungsangriffen der Roten Armee zum Opfer fielen. Hitlers Plan, das sowjetische Millionenheer mit Gräben und Schützenlöchern aufzuhalten, mußte zwangsläufig scheitern.

### Volkssturm

Nachdem Hitler am 25.09.1944 den Befehl zur Bildung des deutschen Volkssturms erteilt hatte, wurden alle waffenfähigen Männer vom 16. bis zum 60. Lebensjahr erfaßt. Sämtliche Männer, die bisher wegen kriegswichtiger Arbeiten oder Untauglichkeit vom Wehrdienst befreit waren, einschließlich der Arm- und Beinamputierten, wurden ebenfalls rekrutiert.

Trotz dieser Rekrutierungsmaßnahmen erfaßte man nur einen Teil der wehrfähigen Männer, denn die große Mehrheit der NSDAP-Parteimitglieder wurde nie an der Kampffront eingesetzt. Die NS-Führungskräfte stellten weiterhin viele junge HJ-Führer und "besondere" NS-Parteigenossen eigenmächtig vom Kriegseinsatz frei. Während gesunde, kräftige NS-Partei-

mitglieder "wehruntauglich" waren und aufgrund ihrer "guten Beziehungen" ausgemustert wurden oder ungefährliche Druckposten ergatterten, hetzte man schwächliche Jugendliche und alte, kraftlose Greise an die Kampffronten, um die Heimat "bis zum letzten Blutstropfen" zu verteidigen (x049/32).

Ungeachtet des "totalen Krieges", den Goebbels am 18.02.1943 verkündet hatte (Hitler-Erlaß zur totalen Mobilisierung vom 13.01.1943), waren bis 1944/45 mindestens noch 60 % aller NSDAP-Parteigenossen (unabkömmlich) gestellt oder verschafften sich sichere Posten an der "Heimatfront".

Der SD berichtete im Jahre 1944 über "Drückebergerei" und "Druckposten" (x049/31-32):

>>Der im Kriegseinsatz ... stehende Volksgenosse stelle häufig fest, daß gewisse Teile der Bevölkerung von den Totalisierungsmaßnahmen (Maßnahmen für den totalen Kriegseinsatz) nicht erfaßt würden und das es heute noch zahlreiche Einrichtungen gebe, deren Aufgabe auf nebensächlichen und kriegsunwichtigen Gebieten liegen würden. ...

Im Vordergrund der kritischen Äußerungen stehen die UK-Stellungsmaßnahmen. Hier stellte sich der größte Teil der Volksgenossen auf den Standpunkt, daß es mit Ausnahme der Zurückstellung von ausgesprochenen Spezialisten keine UK-Stellung geben dürfe. Oft ist die Ansicht zu hören, daß die Behörden, Körperschaften des öffentlichen Rechts und viele berufsständige Einrichtungen (z.B. der Reichsnährstand), auch die NSDAP und einzelne ihrer Gliederungen, nur oberflächlich erfaßt würden.

Die Enttäuschung äußere sich vereinzelt in der Behauptung, wer ein Amt bei einer Behörde oder NSDAP habe, werde nicht eingezogen, selbst wenn er kv (kriegsverwendungsfähig) sei.

...<<

Für die militärische Organisation und den Kampfeinsatz des Volkssturms war Himmler (Reichsführer SS und Befehlshaber des Ersatzheeres) verantwortlich. Die Volkssturmmangehörigen waren Soldaten im Sinne des deutschen Wehrgesetzes und der Haager Landkriegsordnung. Sie erhielten ein Soldbuch und hatten die gleichen disziplinarischen Pflichten und Rechte wie die Soldaten der Wehrmacht. Ausbildung, Bewaffnung und Kleidung der Volkssturmmangehörigen waren im allgemeinen äußerst mangelhaft und primitiv.

Der Volkssturm wurde häufig nur mit französischen, polnischen, sowjetischen und sonstigen Beutewaffen ausgerüstet. Ausreichende bzw. passende Munition war gewöhnlich nicht vorhanden (höchstens 5-10 Patronen pro Mann).

Falls man genügend NS-Uniformen hatte, bekam der Volkssturm feldgrau eingefärbte NS-Parteiformen. Viele Volkssturmmänner erhielten jedoch lediglich Armbinden mit dem Aufdruck "Deutscher Volkssturm - Wehrmacht". Winterstiefel oder festes Schuhwerk standen ebenfalls nicht ausreichend zur Verfügung, so daß mancher Volkssturmmangehörige im härtesten Winter mit Halbschuhen an die Kampffront marschieren mußte.

### NS-Propaganda und Parolen

Die verantwortlichen NS-Parteibehörden, NS-Rundfunk, NS-Presse und NS-Parteifunktionäre täuschten bis zum bitteren Ende militärische Möglichkeiten vor, die es schon längst nicht mehr gab. Das NS-Regime kündigte z.B. für März 1945 Frühjahrsoffensiven gegen die Rote Armee an, um die Kriegswende einzuleiten. Ferner sollten "Wunderwaffen" (Riesenpanzer, unbesiegbare Kampfflugzeuge, ferngesteuerte Luftabwehrraketen usw.) eingesetzt und ausgeruhte, kampfstärke Truppenverbände aus dem Westen an die Ostfront verlegt werden, da die westlichen Alliierten den Kampf schon bald einstellen würden.

Diese verantwortungslose NS-Propaganda wirkte derartig nachhaltig, daß viele Deutsche bis zum militärischen Zusammenbruch an den "Endsieg" glaubten. Sie warteten jeden Tag auf den großen Gegenschlag und den Einsatz der kriegsentscheidenden "Wunderwaffen".

Die perfekte NS-Propaganda verbreitete unentwegt aufpeitschende Parolen und forderte die Zivilbevölkerung zum entscheidenden Gefecht auf: >>Gau- und alle sonstigen politischen

Leiter kämpfen in ihrem Gau und Kreis, siegen oder fallen! ... Ein Hundsfott, wer flüchtet und nicht bis zum letzten Atemzug kämpft! ... Germanische Gefolgschaftstreue bis in den Tod! ... Widerstand bis zum Letzten, jedes Dorf wird eine Festung! ... Noch in diesem Jahr tritt die große geschichtliche Wende ein! ... Adolf Hitlers Siegesglaube - auch unser Glaube! ... Hinter dem Führer steht ein Volk, das auf ihn baut! ... <<

Den nicht zu übersiehenden Rückzug der deutschen Wehrmacht stellten Goebbels' Propagandamedien u.a. als taktische Maßnahme dar. Fast alle Gau-, Kreis- und Ortsgruppenleiter waren ständig unterwegs. Sie hielten unentwegt "flammende Reden" und Durchhalteappelle. Hierbei setzte man vor allem auf Falschmeldungen, Halbwahrheiten, übertriebene Vaterlandsliebe oder offene Drohungen, um die verunsicherten Volksgenossen zu beruhigen oder einzuschüchtern.

In den letzten Kriegsmonaten versammelten sich die Deutschen täglich vor den Radiogeräten, weil jeder die neuesten Wehrmachtsberichte verfolgen wollte. Der Wehrmachtsbericht wurde regelmäßig, vom ersten bis zum letzten Tag des Zweiten Weltkrieges, vor den Mittagsnachrichten im Radio gesendet und in den Tageszeitungen veröffentlicht. Nach der stets gleichbleibenden Ankündigung - "DAS OBERKOMMANDO DER WEHRMACHT GIBT BEKANNT" - folgte ein zusammenfassender Bericht über die Kampfhandlungen an allen Fronten.

Die Wehrmachtsberichte waren in knapper, nüchterner Form abgefaßt und vermieden direkte Falschmeldungen. Das OKW operierte zwar ab Dezember 1941 mit Auslassungen, Verschleierungen und Verharmlosungen, aber im allgemeinen wurden alle militärischen Ereignisse und Entwicklungen umfassend dargestellt, da das OKW bis zum Kriegsende eine direkte NS-Zensur verhindern konnte (x051/623).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die allgemeine Lage in den östlichen Provinzen 1944/45 (x001/10E-13E): >>Deutsche Verteidigungsmaßnahmen und Räumungspläne in den östlichen Provinzen

Die unmittelbare Bedrohung Ostdeutschlands, die durch den sowjetischen Vormarsch bis zur Weichsel und zur ostpreußischen Grenze entstanden war, führte seitens der deutschen politischen Führung zu verzweifelten Maßnahmen. Obwohl die Gesamtkriegslage im Herbst 1944 infolge des Vormarsches der Westalliierten bis an die deutsche Westgrenze, bei dem stetigen Zurückweichen der deutschen Armee in Italien und den Verlusten an der Südostfront bereits als aussichtslos gelten mußte, machte man sich glauben, daß durch ein Aufgebot des ganzen Volkes in letzter Stunde das Schicksal noch einmal gewendet werden könnte.

Zu dieser Verkennung der Lage kam bei Hitler nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 die zum äußersten gesteigerte Zwangsvorstellung - von seinen politischen Vertrauten noch bewußt genährt -, die Generalität habe durch Sabotage die militärischen Rückschläge mitverursacht. Die Folge davon war Hitlers Erlaß vom 25. Juli 1944, durch den Goebbels das Amt eines Reichsbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz übertragen erhielt und der gesamte Staats- und Wirtschaftsapparat in erhöhtem Maße der Kontrolle der Bevollmächtigten der Partei unterstellt wurde.

Neben Goebbels waren dies vor allem die Gauleiter, die schon seit dem 16. November 1942 zugleich auch die Stellung von Reichs-Verteidigungskommissaren innehatten und deren Befugnisse nun erweitert und auch auf Fragen der militärischen Verteidigung ausgedehnt wurden. Ihnen, nicht der militärischen Führung, wurde der Ausbau von Befestigungsanlagen in den Ostprovinzen und durch einen Erlaß Hitlers vom 18. Oktober 1944 die Aufstellung und Leitung des Volkssturms übertragen.

Noch im Juli 1944 wurde die gesamte arbeitsfähige männliche Bevölkerung Ostpreußens zum Ostwallbau aufgerufen. Bauern und Landarbeiter sowie die wegen Unabkömmlichkeit bisher von Einberufungen zum Kriegsdienst verschont gebliebenen Männer bis zum 65. Lebensjahr, dazu auch ausländische Arbeitskräfte wurden von den Kreisleitungen der NSDAP. zu Schipp-

kolonnen zusammengestellt und in drei- bis vierwöchigen Kommandos während des Sommers und Herbstes 1944 an der östlichen Grenze Ostpreußens und hinter der Narew-Front zum Bau von Panzergräben, Schützenlöchern und Bunkern befohlen.

Für den gesamten Ostwallbau von der Memel bis Warschau lag der Oberbefehl in den Händen des äußerst ehrgeizigen und brutalen Gauleiters und Reichsverteidigungskommissars von Ostpreußen Erich Koch.

Im Gebiet des Generalgouvernements und des Warthegaues kam es ebenfalls zu umfangreichen Schanzarbeiten. Unter Einsatz von Polen und Deutschen wurden zwei hintereinander gestaffelte Stellungen ausgehoben, die vordere entlang der Linie Leslau-Kutno-Wielun, die weiter rückwärts gelegene längs der Linie Kolmar-Posen-Lissa.

Weitere Befestigungsanlagen wurden im Zuge des Unternehmens Barthold entlang der alten schlesisch-polnischen Grenze gebaut und Teile der schlesischen Bevölkerung zu den Erdarbeiten herangezogen. Desgleichen mußte die Zivilbevölkerung im östlich der Weichsel gelegenen Teil des Reichsgaues Danzig-Westpreußen und im Bereich der alten Pommern- und Obra-Stellung, die sich an der östlichen Grenze Pommerns und Brandenburgs hinzog, zum Stellungsbau antreten.

Die Militärbefehlshaber der einzelnen Frontbereiche hatten bei diesen von den Reichsverteidigungskommissaren geleiteten Befestigungsbauten nur beratende Funktionen; daraus ergaben sich naturgemäß zahlreiche Meinungsverschiedenheiten, teilweise kam es zur Anlage von Befestigungen, die militärisch unbrauchbar oder taktisch unzweckmäßig waren. Im Hinblick auf die Tatsache, daß später fast überall die nötigen Truppeneinheiten zur Besetzung der in langen Monaten ausgebauten Stellungen fehlten, erscheint die ganze Aktion des Ostwallbaues heute als eine der verzweifelten und letztlich nutzlosen Anstrengungen der letzten Kriegsmo-  
nate.

Ähnliches gilt auch von der Einrichtung des Volkssturms. Die Idee des Volksturms war eine Folge des nach dem 20. Juli proklamierten totalen Kriegseinsatzes gewesen. Ursprünglich von dem damaligen Generalstabschef des Heeres, Generaloberst Guderian, an Hitler herangetragen, ging die Ausführung dieser Idee bald auf die Partei über, in der vor allem der ostpreußische Gauleiter Koch als ihr Verfechter hervortrat. Im Oktober 1944 wurde durch Goebbels im ganzen Reich die Bildung des Volkssturms proklamiert, der alle Männer vom 16. bis 65. Lebensjahr erfassen sollte, die bisher wegen kriegswichtiger Arbeiten oder wegen mangelnder Tauglichkeit vom Wehrdienst befreit gewesen waren.

Die Gau- und Kreisleitungen der NSDAP, hatten die Aufstellung und Leitung dieser quasimilitärischen Organisation in der Hand. Zuerst in Ostpreußen, aber noch im Herbst 1944 auch in allen anderen Provinzen des Reiches wurden Volkssturmeinheiten geschaffen. Ihr militärischer Wert hat sich als äußerst gering erwiesen, und gerade im Osten des Reiches hat ihr Aufgebot im Grunde nur dazu geführt, daß die Zivilbevölkerung in den Wochen der Flucht vor der Roten Armee kaum noch männlichen Beistand besaß, was zur Steigerung ihrer Hilflosigkeit, ihrer Verluste und des Ausmaßes an Leiden führte.

Wesentlich bedeutsamer als die reinen Verteidigungsaufgaben wurde für das künftige Schicksal der ostdeutschen Bevölkerung die Art und Weise, wie sich die deutschen Behörden in der Frage der Räumung und Evakuierung verhielten.

Bei den Parteiorganen war jede Beschäftigung mit Räumungsplänen von vornherein dadurch gehemmt, daß sie alles zu vermeiden hatten, was der mit allen Mitteln der Propaganda aufrechterhaltenen Siegeszuversicht der Bevölkerung Abbruch tun könnte, und daß überdies ihre Funktionäre in fast unglaublicher Hartnäckigkeit und Blindheit die wirklichen Gefahren ignorierten und an die immer aufs Neue angekündigte plötzliche Wendung der militärischen Lage Deutschlands glaubten oder solchen Glauben wenigstens zur Schau stellten.

Gleichwohl begann man, oft auf Initiative der zivilen Verwaltungsstellen, der Regierungspräsidenten, Landräte und Oberbürgermeister hin, seit dem Sommer 1944 ernste Erwägungen

darüber anzustellen, was mit der Zivilbevölkerung geschehen solle, wenn es den sowjetischen Armeen gelänge, in die östlichen Provinzen des Reiches einzudringen.

So unzulänglich die hier erörterten Maßnahmen blieben und so sehr sie propagandistisch beeinflußt sein mochten, so haben sie sich doch in einem Punkt als absolut gerechtfertigt erwiesen, nämlich in dem Wissen oder der Ahnung davon, daß ein Einbruch sowjetischer Truppen in deutschbewohnte Gebiete unerträgliche Leiden für die Zivilbevölkerung heraufführen werde und deshalb die Flucht oder Evakuierung der Bevölkerung die einzige Chance ihrer Rettung sei.

In dieser Frage stimmten Regierungspräsidenten, Landräte und Bürgermeister, die sich sonst nicht selten gegen die Bevormundung seitens der Parteistellen wehrten, durchaus mit diesen überein.

Und auch die Wehrmachtsbefehlshaber, die aus ihrer Erfahrung am deutlichsten wußten, was der Zivilbevölkerung bevorstehen würde, wenn sie in die Hände der siegreichen russischen Truppen fiel, unterstützten kategorisch das Verlangen, die deutsche Zivilbevölkerung des Ostens aus den Gefahrenbereichen zu evakuieren.

Der Unterschied zwischen den einzelnen verantwortlichen Behörden bestand nur darin, daß die zivilen Verwaltungsbehörden ebenso wie die Wehrmachtsbefehlshaber in der Regel zeitiger an Räumungsvorbereitungen dachten und intensiver auf die Evakuierung der Zivilbevölkerung drängten, als die Gau- und Kreisleitungen dies aus Gründen des Prestiges zuließen. Leider aber lag die Kompetenz in allen Evakuierungsangelegenheiten in letzter Instanz bei den politischen Leitern der NSDAP, die eifersüchtig darauf achteten, daß ihre Anordnungen befolgt wurden.

Dennoch zeigte es sich in der Behandlung der Evakuierungsfrage, daß auch unter den für die Räumung verantwortlichen Gauleitern keineswegs einheitliche Auffassungen herrschten. Während der Gauleiter von Ostpreußen, Koch, als ihm im Sommer 1944 vom Oberpräsidium Königsberg ein Plan zur Evakuierung der Bevölkerung Ostpreußens vorgelegt wurde, sich weigerte, diesen Plan auch nur als geheime Instruktion an die Verwaltungs- und Parteidienststellen in Ostpreußen weiterzuleiten, waren im Reichsgau Wartheland, im Reichsgau Danzig-Westpreußen, in Schlesien und in Pommern seit Juli/August 1944 immerhin bereits detaillierte Räumungspläne ausgearbeitet und geheime Instruktionen für den Ernstfall der Räumung ausgegeben worden.

Allerdings lag ihnen sämtlich eine völlig falsche Einschätzung der zu erwartenden russischen Großangriffe zugrunde. Insbesondere erwiesen sich die Vorstellungen über die Zeit, die man zur Evakuierung der Bevölkerung haben würde, als sehr irrig. Auch erstreckten sich diese Pläne meist nur auf das Hinterland der Front, und in vielen Fällen sahen sie Aufnahmegebiete für die Evakuierten vor, die im Zuge des späteren sowjetischen Angriffs selbst in kürzester Zeit zur Kampfzone wurden. Der Verlauf der russischen Offensive im Januar 1945 machte schließlich alle diese Überlegungen gegenstandslos und erwies die getroffenen Vorbereitungen als absolut unzulänglich.

Im Ganzen hat sich die Befehlsgewalt der Gau- und Kreisleitungen in der Räumungsfrage auch später mehr hemmend als fördernd ausgewirkt. Wenn es hier und dort durch die persönliche Tatkraft und die umsichtige Leitung einzelner auch gelang, das Chaos der Flucht zu bannen und durch die Organisation der Verpflegung und Unterkunft manche Not der Flüchtlinge zu mildern, so hat der Zwang der Parteibefehle fast in allen Gegenden verhindert, daß die Flucht der Bevölkerung rechtzeitig begann.<<

## **Bevölkerungsentwicklung in den deutschen Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas 1944/45**

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Bevölkerungsentwicklung in den ostdeutschen Siedlungsgebieten (x001/1E-8E):

### **>>Stand der deutschen Bevölkerung in den Gebieten östlich der Oder-Neiße vor Beginn der sowjetischen Offensive nach Ostdeutschland**

Jede Darstellung der Austreibung der Deutschen aus dem Osten wird, wenn sie den richtigen Ausgangspunkt gewinnen will, von den Bevölkerungsbewegungen auszugehen haben, die sich während des zweiten Weltkrieges seit 1939 in allen Teilen des Deutschen Reiches vollzogen haben. Gelenkte und spontane Wanderungsvorgänge größten Stils, Evakuierungen auf der einen Seite, Menschenkonzentrationen auf der anderen veränderten den Bevölkerungsstand in den einzelnen Reichsgebieten gegenüber der Vorkriegszeit erheblich.

Während der ersten Kriegshälfte - bis in die Jahre 1942/43 - waren Millionen von Männern zum Kriegsdienst einberufen worden. Ihr Ausscheiden aus dem Zivilleben und aus der Wirtschaft sollte durch die Hinzuziehung von zahlreichen Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeitern, vor allem aus Polen, Frankreich und Rußland, ausgeglichen werden. –

Daneben ergaben sich aber noch Bevölkerungsverlagerungen anderer Art, besonders dadurch, daß neue Industrien errichtet, kriegswichtige Anlagen und Einrichtungen verlegt wurden. Dazu kam das Kontingent derer, die zur Verwaltung und Bewirtschaftung in die während der ersten Kriegsjahre eroberten und besetzten Gebiete außerhalb der Reichsgrenzen abströmten, und schließlich die Hunderttausende von Volksdeutschen, die im Zuge der "Rücksiedlung" verstreuter deutscher Volksgruppen aus Osteuropa im Reichsgebiet untergebracht wurden.

Mit dem Jahr 1943 begannen infolge der ständigen Verschärfung des Luftkrieges neue, noch tiefer greifende Veränderungen des Bevölkerungsstandes. Rund eine halbe Million Zivilpersonen fiel den Bombenangriffen zum Opfer, und mit Beginn dieser Angriffe setzte die Evakuierung oder der freiwillige Abzug besonders von Frauen und Kindern aus den Großstädten und aus den am stärksten luftgefährdeten Gebieten im Nordwesten des Reiches und aus Berlin ein.

Der Umfang dieser Bewegung geht daraus hervor, daß die Großstädte des deutschen Reiches (in den Grenzen von 1937, die vor Beginn des Krieges 22,5 Millionen Menschen beherbergt hatten, Ende 1944 nur noch eine Bevölkerung von 15 Millionen zählten.

Insgesamt waren es etwa 10 Millionen Menschen, das ist nahezu ein Sechstel der damaligen deutschen Zivilbevölkerung des Reiches, die bei Kriegsende als Luftkriegsevakuierete, getrennt von ihren in näherer oder weiterer Entfernung gelegenen Wohnorten, in den verschiedensten Notunterkünften und Zufluchtsorten über das Reichsgebiet verstreut lebten.

Alle diese kriegsbedingten Bevölkerungsverschiebungen wirkten sich auf die deutschen Ostgebiete jenseits der Oder und Neiße aus. Gewiß noch höher als in den industriellen Gegenden des Reiches war in den vorwiegend agrarischen Ostgebieten der Anteil der zum Wehrdienst abberufenen Männer, da die Freistellungen vom Kriegsdienst in der Landwirtschaft nicht den zahlenmäßigen Umfang annahmen wie in der Industrie, und die Bauern und Landarbeiter besser als die Facharbeiter in der Industrie durch ausländische Arbeitskräfte ersetzt werden konnten.

Die Folge war, daß sich die arbeitsfähige Bevölkerung Ostpreußens, Ostpommerns, Ostbrandenburgs und Niederschlesiens in hohem Maße aus Frauen und ausländischen Arbeitern zusammensetzte, was sich in der kommenden Zeit der Flucht vor der Roten Armee sehr zum Schaden auswirkte. –

Obwohl in den Ostgebieten jenseits der Oder und Neiße auf Grund der weiteren Entfernung von den alliierten Luftbasen größere Sicherheit vor Bombenangriffen bestand als in Mittel- und Westdeutschland, löste die in den letzten Kriegsjahren immer weiter ausgedehnte Tätigkeit der alliierten Luftwaffe auch in der, mit Ausnahme Oberschlesiens, geringen Zahl von

ostdeutschen Großstädten eine Abwanderungsbewegung auf das Land aus.

Lediglich in den Städten des oberschlesischen Industriegebietes, das als einziges noch von Bombenangriffen verschontes Industriegebiet zu einem kriegswirtschaftlichen Schwerpunkt erster Ordnung geworden war, wurde die Evakuierung von Frauen und Kindern durch das Hinzukommen neuer Arbeitskräfte etwa ausgeglichen. ...

Zusammen mit den Evakuierten aus den ostdeutschen Großstädten strömten Hunderttausende von Bombenflüchtlingen aus dem mittleren und westlichen Reichsgebiet in die ländlichen Gegenden Ostdeutschlands ein.

Die Zunahme der Bevölkerung auf dem Lande war besonders auffällig in der näheren Umgebung der Großstädte. Auch landschaftlich begünstigte Gegenden wie das Riesengebirge und die Ostseeküste erwiesen sich als besondere Anziehungspunkte. In diese Gegenden führte u.a. auch die sogenannte Kinderlandverschickung, bei der schulpflichtige Kinder aus luftgefährdeten Städten in Heime auf dem Lande evakuiert wurden. ...

Unmittelbarer als die Evakuierung der westlichen Städte des Reiches wirkte sich auf Ostdeutschland die Evakuierung der Reichshauptstadt Berlin aus. Bis Ende 1944 hatten 1,5 Millionen Menschen Berlin verlassen und waren zunächst vor allem in Brandenburg, später aber auch zu großen Teilen in Ostpreußen, Schlesien und selbst im Reichsgau Wartheland untergebracht worden.

Zusammen mit den zahlreichen Westdeutschen, die meist aus persönlicher Initiative bei Verwandten und Bekannten in Ostdeutschland Unterkunft gefunden hatten, bewirkte der Bevölkerungszustrom aus Berlin, daß die Zahl der in Ostdeutschland lebenden Zivilbevölkerung in den letzten Kriegsjahren fortgesetzt anstieg. Diese Zunahme wurde jedoch auch durch den nicht unwesentlichen natürlichen Bevölkerungszuwachs mitverursacht. Denn wenn man von den Wehrmachtsverlusten, die bei der Ermittlung der Anzahl der bei Kriegsende in Ostdeutschland anwesenden Menschen unberücksichtigt bleiben können, absieht, ergibt sich, daß die Zahl der Lebendgeborenen während der Kriegsjahre in den Ostgebieten die Zahl der Verstorbenen um fast eine halbe Million übertraf.

Die Folge des relativ hohen natürlichen Bevölkerungszuwachses, vor allem aber des Zustroms der Bombenflüchtlinge war, daß die Bevölkerungszahl der deutschen Provinzen östlich der Oder und Neiße im Frühjahr 1944, als noch keinerlei Bevölkerungsverschiebungen durch das Vordringen der Roten Armee eingetreten waren, trotz des Fehlens der zum Kriegsdienst Einberufenen höher war als 1939, wobei die im Lande befindlichen Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeiter nicht mitgezählt sind.

*Die Bevölkerungszahl der in den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße lebenden deutschen Bevölkerung 1939 und 1944<sup>1)</sup>.*

Deutsche Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie (Grenzen von 1937)	17. 5. 1939 Volkszählung	Februar/März 1944 (nach der 59. Zuteilungsperiode der Lebensmittelversorgung)
Ostpreußen	2 488 000	2 519 000
Ostpommern	1 895 000	1 861 000
Ostbrandenburg	645 000	660 000
Schlesien	4 592 000	4 718 000
Insgesamt	9 620 000	9 758 000

1) Statistische Berichte des Berliner Reichsamtes, "59. Zuteilung der Lebensmittelversorgung vom Februar/März 1944".

Während die Gesamtzahl der Zivilbevölkerung des deutschen Reiches (in den Grenzen von

1937) gegenüber dem Stand von 1939 durch die Einberufungen zur Wehrmacht um viele Millionen abgenommen hatte, war die Zahl der im Reichsgebiet östlich der Oder-Neiße lebenden Zivilbevölkerung sogar um 138.000 über den Friedensstand gestiegen. Diese Bevölkerungszunahme in Ostdeutschland war in erster Linie verursacht durch den Zustrom von Luftkriegsevakuirten aus den mittleren und westlichen Gebieten Deutschlands. Ihre ungefähre Zahl und Verteilung lassen sich aus den Ergebnissen der Verbrauchergruppenstatistik errechnen, die während des Krieges geführt wurde.

*Anzahl und Verteilung der Luftkriegsevakuirten in Ostdeutschland  
(Februar/März 1944).*

Ostpreußen	200 000
Ostpommern	100 000
Ostbrandenburg	75 000
Schlesien	450 000
<hr/>	
Oder-Neiße-Gebiete	
insgesamt	825 000

Wie die einheimische Ostbevölkerung wurden auch die Bombenevakuierten, die sich in Ostdeutschland aufhielten, in die Ereignisse der Vertreibung hineingerissen. Sie sind Mitleidende dieser Ereignisse gewesen, wenngleich sie hierbei nicht wie die einheimischen Ostdeutschen ihre angestammte Heimat verloren haben und deshalb auch in keiner Statistik der Vertriebenen enthalten sind.

Zu den 9,7 Millionen Personen deutscher Staatsangehörigkeit, die am Ende des Krieges in den ostdeutschen Gebieten lebten, gehören neben den zahlenmäßig geringen echten Minderheiten fremden Volkstums auch die Gruppen, die zwar nicht oder nur teilweise der deutschen Sprachgemeinschaft zugerechnet werden können, jedoch in der überwiegenden Mehrzahl sich politisch als Deutsche fühlten, soweit sie nicht in die Kategorie des schwebenden Volkstums eingeordnet werden müssen. Dies gilt z.B. für diejenigen Masuren in Ostpreußen, die sprachlich noch nicht vollständig in das deutsche Volkstum aufgegangen waren, und für bestimmte Teile der das sogenannte Wasserpolnisch sprechenden Oberschlesier.

In allen diesen Fällen lassen sich bei den verwickelten sprach- und volkspolitischen Verhältnissen des Ostens nationales Bewußtsein und Sprache nicht einfach gleichsetzen. Wie sich diese Gruppen beim Einfall der Roten Armee und später verhalten haben, läßt sich heute noch nicht hinreichend feststellen. Sicher ist jedoch, daß ihre Existenz die sehr fragwürdige Grundlage der polnischen Versuche bildete, rund eine Millionen Personen deutscher Staatsangehörigkeit in Ostdeutschland als sogenannte Autochthone zu reklamieren.

Demgegenüber ist festzustellen, daß in den ostdeutschen Gebieten (Reichsgrenzen von 1937) bei Beginn des 2. Weltkrieges im Ganzen nur etwa 450.000 Angehörige entweder nicht deutsch sprechender oder doppelsprachiger Volksgruppen lebten, von denen jedoch nur etwa der vierte Teil echten Minderheiten zugehörte, während der überwiegende Teil seinem politischen Bewußtsein nach deutsch gesinnt war.

Die Erfassung der Anzahl der Deutschen, die bei Kriegsende östlich der Oder-Neiße lebten und infolgedessen das Schicksal der Vertreibung erlitten, wäre sehr unvollständig, würde sie nicht auch alle jene Deutschen einbeziehen, die außerhalb der deutschen Ostgrenzen (nach dem Stande vom 31. Dezember 1937) ansässig waren.

Es handelt sich hierbei vor allem um die fast rein deutsche Bevölkerung Danzigs und um die zahlreichen deutschen Memelländer, von denen ein kleiner Teil litauisch sprach. Ferner wur-

den in gleicher Weise wie die Reichsdeutschen östlich der Oder-Neiße auch die rund 1,5 Millionen Personen eindeutig deutscher Volkszugehörigkeit betroffen, die in den Gebieten des polnischen Staates (in den Grenzen von 1937) lebten.

Vor allem Westpreußen und der nach der deutschen Besetzung gebildete Reichsgau Wartheland sowie der polnische Teil Ostoberschlesiens hatten eine zahlreiche einheimische deutsche Bevölkerung, die während des Krieges noch vermehrt worden war durch den Zuzug von Umsiedlern aus den baltischen Staaten, aus Wolhynien, Bessarabien, der Dobrudscha, der Bukowina und der Gottschee.

Auch aus dem Reich waren während der Zeit der deutschen Okkupation einige Hunderttausend Deutsche nach Polen zugewandert. Teils waren es Personen, die in den Jahren nach 1919 durch systematischen polnischen Boykott aus diesen Gebieten verdrängt worden waren und nach 1939 zurückkehrten, teils auch Reichsdeutsche, die zur Verwaltung und Bewirtschaftung der polnischen Gebiete ins Land kamen.

*Anzahl, Verteilung und Zusammensetzung der deutschen Bevölkerung Danzigs, des Memellandes und Polens nach dem Stande von 1944<sup>2)</sup>.*

Gebiete mit deutscher Bevölkerung außerh. d. dt. Ostgrenzen v. 31. 12. 1937	Alteingesessene dt. Bevölkerung	Umsiedler	Deutsche aus dem Reich	Insgesamt
Danzig <sup>3)</sup>	394 000	—	10 000	404 000
Memelland <sup>3)</sup>	129 000	—	5 000	134 000
Polnische Gebiete des Reichsgaues Danzig-Westpreußen	210 000	57 000	40 000	307 000
Reichsgau Wartheland	230 000	250 000	194 000	674 000
An die Provinz Ostpreußen angegliederte polnische Gebiete	31 000	8 000	26 000	65 000
Ostoberschlesien	238 000	38 000	100 000	376 000
Generalgouvernement	80 000	—	100 000	180 000
<b>Insgesamt</b>	<b>1 312 000</b> (62 ‰)	<b>353 000</b> (16 ‰)	<b>475 000</b> (22 ‰)	<b>2 140 000</b> (100 ‰)

2) "Kleiner Umsiedlungsspiegel" (x001/8E).

3) Personenstandsaufnahme vom 10.10.1941 (x001/8E).

Aus den vorangegangenen Übersichten geht hervor, daß bei Kriegsende in den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße (in den Grenzen von 1937) 9,75 Millionen Menschen deutscher Staatsangehörigkeit lebten, die mit geringen Ausnahmen auch eindeutig deutscher Sprach- und Volkszugehörigkeit waren.

Daneben waren zur gleichen Zeit in Danzig, im Memelland und in Polen 2,14 Millionen Personen deutscher Volkszugehörigkeit anwesend. Dies bedeutet, daß über 11 Millionen Menschen östlich der Oder und Neiße wegen ihrer deutschen Volkszugehörigkeit die Ereignisse im Zusammenhang mit der Vertreibung erleiden mußten. –

Nicht einbegriffen in diese Zahl sind ca. 1,5 Millionen zum Kriegsdienst eingezogener ostdeutscher Männer, die, soweit sie aus dem Kriege zurückgekehrt sind, ebenso zu Heimatver-

triebenen wurden wie ihre ostdeutschen Angehörigen, die den Vertreibungsprozeß selbst erlebt hatten.<<

### Kinderlandverschickung (KLV)

Die Kinderlandverschickung begann im Jahre 1940 und mußte ab 1943 ausnahmslos befolgt werden. Die Verschickungsaktion wurde von der NS-Volkswohlfahrt (NSV), Hitlerjugend, NS-Lehrerschaft und anderen Erziehungsbehörden durchgeführt. KLV-Maßnahmen waren grundsätzlich kostenlos. Hunderttausende wurden damals von ihren Kindern und Enkeln getrennt. Ende 1943 hatte das NS-Regime bereits rd. 1,0 Millionen Kinder und Jugendliche in etwa 5.000 KLV-Lagern (Belegung: 18-1.200 Schüler) "in Sicherheit" gebracht (x072/22).

Die evakuierten Schülerinnen und Schüler wurden mehrheitlich östlich der Oder in KLV-Heimen untergebracht. Im Rahmen der "Erweiterten Kinderlandverschickung" evakuierte das NS-Regime von 1940-45 ca. 3,0 Millionen Kinder und Jugendliche (im Alter von 7-16 Jahren) in vermeintlich "bombensichere" Gebiete des Deutschen Reiches und in besetzte Gebiete Ost-Mitteleuropas (x072/22).

In den letzten Kriegsmonaten hielten sich noch über 500.000 KLV-Evakuierte in Ostdeutschland, im Sudetenland, in Böhmen und Mähren, in der Slowakei sowie im Warthegau auf (x049/45). Anstatt die KLV-Heime rechtzeitig zu räumen, mußten die Kinder und Jugendlichen nach der "Schule" monatelang Panzergräben und Straßenbarrikaden errichten. Viele KLV-Schulklassen flohen erst nach dem Zusammenbruch der deutschen Ostfront.

Später suchten Tausende von verzweifelten Eltern ihre vermißten Kinder und meldeten sie bei den DRK-Vermißenstellen. Der "DRK-Suchdienst" forschte z.B. noch im März 1952 nach 33.000 verschollenen "KLV-Evakuierten" und suchte gleichzeitig nach 18.000 vermißten Eltern von "KLV-Kindern".

### Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete

Angesichts der ständigen anglo-amerikanischen Luftangriffe flüchteten viele wohlhabende Familien aus den Großstädten und Industriegebieten West- und Mitteldeutschlands in die "sicheren Gebiete" östlich der Oder. Sie zogen bei ihren ostdeutschen Verwandten und Bekannten ein oder mieteten mittelfristig Wohnungen bzw. Häuser. Die zahlungskräftigen Bombenflüchtlinge aus der Reichshauptstadt Berlin, den mittel- und westdeutschen Großstädten, dem Rheinland und aus Westfalen reisten hauptsächlich in die landschaftlich schönsten Feriengebiete an der ostdeutschen Ostseeküste oder in die beliebten Luftkurorte der schlesischen Gebirge.

Alle Ferienwohnungen und -häuser waren schnell vermietet und bis zum letzten Zimmer belegt. Sämtliche Kellerräume und Dachböden wurden mit Koffern, Kisten und sonstigen Wertgegenständen vollgestopft, denn jeder Bombenevakuierte hatte seinen wertvollsten Besitz mitgenommen und "in Sicherheit gebracht".

In den letzten Kriegsjahren verlagerte man außerdem wichtige Rüstungsbetriebe nach Ostdeutschland, in das Sudetenland oder nach Böhmen und Mähren. Durch diese Betriebsverlagerungen mußten Tausende von "Spezialisten" (Dienstverpflichtete) umziehen.

In den "Reichsluftschutzkellern" der deutschen Ostprovinzen, in den besetzten polnischen Gebieten, im Sudetenland und im Protektorat Böhmen und Mähren stiegen die Einwohnerzahlen von 1943 bis Mitte 1944 um mindestens 950.000 Bombenevakuierte und 950.000 Dienstverpflichtete aus dem Westen des Deutschen Reiches.

Bis Ende 1944 war man jenseits der Oder vor Luftangriffen relativ sicher. Wegen der großen Entfernung führten die anglo-amerikanischen Bomberverbände nur selten Angriffe gegen ostdeutsche Großstädte und Häfen durch.

**Reichs- und volksdeutsche Bevölkerung in den Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas (in den Grenzen von 1937). Bevölkerungsstand vor der Flucht 1944/45 (ohne zum Kriegsdienst eingezogene Männer):**

	Einheimische Bevölkerung	1)	Bomben-evakuierte	Dienstver-pflichtete	Stand: Febr./März 1944
Ostbrandenburg	585.000		75.000	-	660.000
Ostpommern	1.761.000		100.000	-	1.861.000
Ostpreußen	2.319.000		200.000	-	2.519.000
Schlesien	<u>4.268.000</u>		<u>450.000</u>	-	<u>4.718.000</u>
Deutsche Ostprovinzen	<u>8.933.000</u>		<u>825.000</u>	-	<u>9.758.000</u>
	Einheimische Bevölkerung	1)	Volksdeutsche Umsiedler	Dienstver-pflichtete	Stand: Febr./März 1944
Memelland	<u>129.000</u>		-	<u>5.000</u>	<u>134.000</u>
Danzig	394.000		-	10.000	404.000
Polnische Gebiete des Reichs-gaues Danzig-Westpreußen	241.000		65.000	66.000	372.000
Reichsgau Wartheland	230.000		250.000	194.000	674.000
Ostoberschlesien	238.000		38.000	100.000	376.000
Generalgouvernement	<u>80.000</u>		-	<u>100.000</u>	<u>180.000</u>
Polnische Gebiete	<u>1.183.000</u>		<u>353.000</u>	<u>470.000</u>	<u>2.006.000</u>
	Einheimische Bevölkerung	2)	Bombeneva-kuierte	Dienstver-pflichtete	Stand: 1944/1945
Reichsgau Sudetenland, Pro-tekto- rat Böhmen und Mähren sowie Slowakei	<u>3.000.000</u>		<u>125.000</u>	<u>475.000</u>	<u>3.600.000</u>
	13.245.000		1.303.000	950.000	15.498.000
	Einheimische Bevölkerung	3)	Volksdeutsche Umsiedler	Dienstver-pflichtete	Stand: 1944/1945
Estland, Lettland und Litauen	153.000		- 130.000	-	23.000
Jugoslawien	470.000		- 110.000	-	360.000
Rumänien	719.000		- 215.000	-	504.000
Ungarn	543.000		-	-	543.000
Übrige Balkanstaaten	<u>6.000</u>		- <u>6.000</u>	-	-
Baltikum und Balkan	<u>1.891.000</u>	3)	- <u>461.000</u>	-	<u>1.430.000</u>
Ost-Mitteleuropa	15.136.000		842.000	950.000	16.928.000
Sowjetunion	<u>1.500.000</u>	3)	- <u>313.000</u>	-	<u>1.187.000</u>
Insgesamt	<u>16.636.000</u>	4)	<u>529.000</u>	<u>950.000</u>	<u>18.115.000</u>

**Quellen:** 1) Statistische Berichte des Berliner Reichsamtes; "59. Zuteilung der Lebensmittelversorgung vom Februar/März 1944" (x001/5E,7E,8E).

2) "Lebensmittelzuteilungsperiode Januar 1945" (x004/17,18).

3) "Das Parlament" vom 03.09.1977 (x018/24.526). Nach anderen Quellen lebten 1944/45 ca. 1,5-2,0 Millionen (x026/104) bzw. rd. 2,1 Millionen Volksdeutsche in der Sowjetunion (x051/603).

4) Ohne zum Kriegsdienst eingezogene ost- und volksdeutsche Männer = 2.280.000 Soldaten. Die deutschen Ostgebiete und polnischen Gebiete stellten ca. 1.500.000, Sudetenland ca. 500.000, Jugoslawien ca. 80.000, Rumänien ca. 110.000 und in Ungarn rekrutierte man ca. 90.000 Soldaten.

Der "Deutsche Kirchliche Suchdienst" konnte u.a. bis zum 31.12.1980 insgesamt 18.637.957 Deutsche, die damals in den "Vertreibungsgebieten" lebten, namentlich erfassen (x025/74).

## **Hitlers Vernichtungsstrategie**

Obwohl während der ersten sowjetischen Vorstöße im Oktober 1944 bereits grauenvolle Massenverbrechen (z.B. in Nemmersdorf/Ostpreußen) verübt wurden, leiteten die NS-Gau- und Kreisleitungen in Ostdeutschland und Polen keine vorsorglichen Evakuierungsmaßnahmen ein, um die Zivilbevölkerung in Sicherheit zu bringen. Lediglich in besonders gefährdeten Gebieten Ostpreußens ordnete man unzureichende Teilevakuierungen an.

Angesichts der Gewalttaten in Nemmersdorf und der sowjetischen Hetzpropaganda, die jahrelang zu Mord und Totschlag, Plünderung und Zerstörung aufgefordert hatte, waren alle maßgeblichen NS-Führer davon überzeugt, daß die sowjetischen Truppen Stalins Befehle ausführen würden.

Für die Evakuierung der Zivilbevölkerung stand genügend Zeit zur Verfügung, aber das NS-Regime ließ die bedrohten Ostgebiete einfach nicht räumen. Der ostpreußische Gauleiter Koch verbot sogar die Ausarbeitung von Fluchtplänen und Räumungsvorbereitungen oder drohte bei jeder Gelegenheit mit der Todesstrafe. Anstatt die gefährdete Zivilbevölkerung frühzeitig zu evakuieren, plante Gauleiter Koch lediglich die Verlagerung von gewerblichen Gütern, Maschinen, Lebensmittelvorräten sowie den Abtransport der ostpreußischen Viehbestände.

Obgleich Räumungsmaßnahmen behindert oder verboten wurden, existierten in einigen ostdeutschen Regierungsbezirken vorbildliche Evakuierungspläne. Die Evakuierungen sollten sofort nach Bekanntgabe der Räumungsbefehle beginnen (Räumungsstufe I = Evakuierung der Zivilbevölkerung; Stufe II = Evakuierung der Mitarbeiter von Behörden, Bahn, Post, Polizei und sonstigen "lebenswichtigen Einrichtungen").

Die Stadtbevölkerung wollte man überwiegend mit der Eisenbahn evakuieren, während die Landbevölkerung, unter Mitnahme des Viehs, mit Trecks fliehen sollte. Jeder Landkreis, jede Stadt und jede Gemeinde erhielt spezielle Aufnahmegebiete und genaue Treckanweisungen. Sämtliche Fluchtstraßen und Fluchtwege, Flußübergänge, Verpflegungs- und Futterstellen sowie Nachtquartiere wurden exakt festgelegt. Die Gemeindebürgermeister sollten die Bevölkerung frühzeitig über Trecksammelplätze informieren, Treckführer bestimmen und die Einwohner auf vorhandene Treckfuhrwerke verteilen.

In den Ämtern und Behörden bereitete man u.a. Evakuierungs- und Fahrtenbescheinigungen, Reichsbahn-, Schiffskarten-, Verpflegungs-, Futter-, Quartier- und Treibstoffbezugsscheine vor. Mit diesen Maßnahmen verhinderte die allmächtige NSDAP unerlaubte Fluchtversuche, denn ohne Bescheinigungen und Bezugsscheine bekam man nirgends Fahrkarten, Lebensmittel oder Unterkünfte. Da die besitzlosen Bevölkerungsschichten keine Beziehungen, Fahrzeuge oder Vermögenswerte besaßen, blieben sie zwangsläufig in ihren Wohnorten.

Eigenmächtige "Abwanderungen" bzw. Fluchtversuche wurden außerdem gemäß Kriegssonderstrafrecht (veröffentlicht am 26.08.1939) als Landesverrat, Wehrkraftzersetzung oder Feindbegünstigung eingestuft und mit schwersten Strafen geahndet. Jeder zivile Widerstand, kritische Äußerungen oder eigenmächtige Handlungen waren damals äußerst gefährlich, denn NS-Spitzel gab es fast überall. Die "fliegenden NS-Standgerichte" verurteilten ungezählte "Volksschädlinge" und "Landesverräter".

Die NS-Justiz hatte schon am 5.09.1939 "Volksschädlingsverordnungen" erlassen, um die Möglichkeiten der Strafverfolgung und Bestrafung drastisch auszuweiten. Die Zahl der todeswürdigen Delikte erhöhte sich von 3 (im Jahre 1933) auf 46 (1942). Die "Verordnung zur Ergänzung der Kriegssonderstrafrechtsverordnung" vom 5.05.1944 ermöglichte es schließlich, Todesstrafen für alle Straftaten zu verhängen.

In den Jahren 1939 und 1942 wurden z.B. 926 bzw. 3.006 Menschen zum Tod verurteilt und hingerichtet (x090/289). Von 1941-45 verurteilte das NS-Regime ca. 15.000 deutsche "Volksschädlinge" zum Tode (x051/613).

Angesichts der hoffnungslosen militärischen Lage mußte jedem Informierten klar sein, daß der Zusammenbruch der deutschen Ostfront nur noch eine Frage der Zeit war. Anstatt alles zu tun, um das Leben und die Gesundheit der wehrlosen Zivilbevölkerung zu bewahren, unternahmen die maßgeblichen NS-Führer schlechthin nichts für die Rettung der ihnen anvertrauten Menschen. Niemand bemühte sich wirklich tatkräftig, die schutzlose Bevölkerung rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

Hitler, der vermutlich bereits im Jahre 1941 die Ermordung der europäischen Juden (sog. "Endlösung") angeordnet hatte und ab 1941/42 ca. 3,3 Millionen sowjetische Kriegsgefangene aus rassenideologischen Gründen umkommen ließ, verhinderte bewußt die mögliche Rettung der Ost- und Volksdeutschen (x041/112). Falls man auch diesen Krieg verlieren würde, sollte das Deutsche Reich vollständig untergehen und vernichtet werden.

Hitler hatte sein "NS-Vernichtungsprogramm" schon im Jahre 1934 angekündigt (x066/77):  
>>Aber wenn wir dann auch nicht siegen können, so werden wir, selbst untergehend, noch die halbe Welt mit uns in den Untergang reißen, und niemand wird seines Sieges über Deutschland froh sein. Ein 1918 gibt es nicht wieder. Wir kapitulieren nicht. Wir werden nicht kapitulieren, niemals! Wir können untergehen. Aber wir werden eine Welt mitnehmen, eine Welt in Flammen. ...<<

Hitler-Rede vom 27.11.1941 (x073/207): >>Wenn das deutsche Volk einmal nicht mehr stark und opferbereit genug ist, sein eigenes Blut für seine Existenz einzusetzen, so soll es vergehen und von einer anderen, stärkeren Macht vernichtet werden. ... Ich werde dann dem deutschen Volk keine Träne nachweinen.<<

Hitler sagte während einer Gauleitertagung am 7.02.1943 (x085/42): >>Würde das deutsche Volk einmal versagen, so verdient es nichts anderes, als von einem stärkeren Volke ausgelöscht zu werden, dann könnte man mit ihm auch kein Mitleid haben. Deutschland stehe vor der Alternative, entweder der Herr Europas zu werden oder eine gänzliche Liquidierung und Ausrottung zu erleben.<<

Joseph Goebbels (NS-Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda; ab Juli 1944 "Generalbevollmächtigter für den totalen Krieg") stellte im März 1943 fest (x051/220): >>Vor allem in der Judenfrage sind wir so festgelegt, daß es für uns gar kein Entrinnen gibt.<<

Am 20.11.1943 verkündete Hitler in Breslau (x033/427,428): >>Wenn Deutschland diesen Kampf für sich selbst und für Europa nicht gewinnt, kommt die Barbarei der Steppe über unseren Kontinent. Bei diesem Krieg handelt es sich um ein gigantisches Ringen zwischen Völkern und Rassen, in dem die eine Weltanschauung siegt und die andere unbarmherzig vernichtet wird. Das heißt: **DAS VOLK, DAS VERLIERT, BEENDET SEIN DASEIN!**<<

Im August 1944 drohte Hitler während einer Gauleitertagung (x066/77): >>Sollte das deutsche Volk in diesem Ringen besiegt werden, dann war es zu schwach, die Prüfung der Geschichte zu bestehen, und nur der Vernichtung würdig.<<

Der "Führer" verfolgte spätestens ab 1944/45 nur noch ein Hauptziel. Er wollte das deutsche Volk mit allen Mitteln auslöschen (x030/179).

Hitler äußerte u.a. auch gegenüber Generaloberst Guderian (x076/261): >>Wenn der Krieg verloren geht, wird auch das deutsche Volk verloren sein. Dieses Schicksal ist unabwendbar. Es ist nicht notwendig, auf die Grundlagen, die das Volk zu einem primitiven Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen. Im Gegenteil ist es besser, selbst diese Dinge zu zerstören, denn das Volk hätte sich als das schwächere erwiesen und dem stärkeren Ostvolk gehöre dann ausschließlich die Zukunft. Was nach dem Kampf übrig bleibt, sind ohnehin nur die Minderwertigen, denn die Guten sind gefallen.<<

Der schwermütige, unberechenbare "Führer", der infolge seiner chronischen Magenbeschwerden und psychischen Krankheiten fast ständig unter Aufputsch- und Beruhigungsmitteln stand, hatte in den letzten Kriegsmonaten jeglichen Realitätssinn verloren. Hitler hoffte

wahrscheinlich bis zum Schluß, Stalins Gewaltherrschaft vor der Weltöffentlichkeit zu enttarnen, um die Alliierten doch noch vorzeitig zu trennen.

Die NS-Gauleiter sollten die Flucht der deutschen Bevölkerung verhindern oder verzögern, um sie an die aufgeputschten, zügellosen Rotarmisten auszuliefern. Hitlers "genialer Schachzug" blieb jedoch völlig wirkungslos. Die westlichen Alliierten hielten alle deutschen Pressemeldungen (z.B. über die sowjetischen Massaker in Nemmersdorf/Ostpreußen im Oktober 1944) für übertriebene Lügen- und Greuelgeschichten der NS-Propaganda.

Hitler beabsichtigte, sein eigenes Leben so teuer wie möglich zu verkaufen. Die Tatsache, daß der Preis zwangsläufig das Leben, die Gesundheit und die Ehre sowie das Vermögen des deutschen Volkes war, entsprach Hitlers Vernichtungsplänen (x054/230).

Nach Hitlers Weisung vom 28.02.1945 sollte man auch Frauen und Mädchen an der Kampffront einsetzen (x053/122): >>Ob Mädchen oder Frauen, ist ganz wurscht: Eingesetzt muß alles werden.<<

Hitler plante außerdem die Vernichtung der jüngeren Generationen des deutschen Volkes (x076/262): >>**DAS SAATKORN SOLL MIT VERMAHLEN WERDEN. ...**<<

Albert Speer (vielleicht der einzige persönliche Freund, den Hitler in den letzten Tagen des NS-Regimes noch hatte) berichtet später, daß Hitlers Pläne plötzlich willkürlich und ziellos geworden wären und zwangsläufig zu katastrophalen Folgen führen mußten. Hitler hätte bewußt versucht, das Volk mit sich untergehen zu lassen. Der verzweifelte Führer hätte keine moralischen Grenzen mehr gekannt. Für Hitler bedeutete das Ende seines eigenen Lebens gleichzeitig auch die Vernichtung des deutschen Volkes (x066/101).

Die späteren Flucht- und Befreiungskatastrophen offenbarten eindrucksvoll die Unmenschlichkeit und Verantwortungslosigkeit des NS-Terrorregimes. Im Jahre 1938 hatte das "kinderfreundliche" NS-Regime z.B. erstmalig feierlich Mutterkreuze verliehen ("dem Führer ein Kind") und gleichzeitig alle kinderlosen Ehepaare mit Strafsteuern belegt.

Im Jahre 1945 wurden schließlich Hunderttausende von wehrlosen Müttern und Kindern dem tödlichen Inferno überlassen. Dieser hinterhältige Verrat an den Ost- und Volksdeutschen bewies nachhaltig, daß der NS-Staat die Masse des Volkes nur für den Krieg und "Heldentod" benötigt hatte.

## **Die ersten sowjetischen Vorstöße nach Ostpreußen im Herbst 1944**

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die ersten sowjetischen Vorstöße nach Ostpreußen (x001/13E-16E): >>... Die ersten sowjetischen Vorstöße nach Ostpreußen und die Flucht eines Teiles der ostpreußischen Bevölkerung im Herbst 1944

Im Verlauf der russischen Anstrengungen zur Einschließung der im Baltikum von der Memel bis zum Peipus-See stehenden deutschen Heeresgruppe Nord kam es Anfang Oktober 1944 zum ersten sowjetischen Vorstoß in das Memelland. Am 5. Oktober 1944 begannen aus der Gegend südlich von Schaulen russische Angriffe in Richtung Memel und Tilsit.

Am 10. Oktober wurde die Stadt Memel eingeschlossen und mit dem sowjetischen Durchbruch zur Ostsee zwischen Memel und Libau die Heeresgruppe Nord von ihrer Landverbindung zum Reich abgeschnitten. Die ganze nördliche Hälfte des Memellandes war verloren gegangen, während gegenüber Tilsit ein ausgedehnter Brückenkopf jenseits der Memel von deutschen Truppen gehalten werden konnte.

Schon wenige Tage später, am 16. Oktober, begann entlang der ca. 140 km breiten Front längs der östlichen Grenze Ostpreußens ein massiver russischer Angriff, der ins Innere Ostpreußens zielte. Zwischen Ebenrode und der Rominter Heide gelang den Russen am 19. Oktober ein tiefer Einbruch, und am 22. Oktober waren sie südlich Gumbinnen bis an die Angerapp vorgedrungen und bedrohten die Stadt Gumbinnen. Am 23. Oktober fielen Ebenrode im Nordabschnitt und Goldap im Südabschnitt des russischen Einbruchs in die Hände der Sowjettruppen. Auch der Südteil des Memellandes mußte aufgegeben und die deutschen Truppen mußten hinter die Memel zurückgenommen werden. Ein weiteres Vordringen nach Ostpreußen gelang der Roten Armee vorerst jedoch nicht.

Deutsche Gegenangriffe vernichteten Ende Oktober/Anfang November durch Flankenangriffe die sowjetische Angriffsspitze, drängten die Russen von der Angerapp nach Osten zurück und befreiten Goldap am 5. November, ohne jedoch verhindern zu können, daß ein Teil der ostpreußischen Kreise Schloßberg, Gumbinnen, Goldap, der gesamte Kreis Ebenrode und das Memelland in russischer Hand blieben.

Es war ein Glück, daß trotz des Zögerns der für die Räumung verantwortlichen Parteistellen der größte Teil der Bevölkerung aus diesen Kreisen gerade noch rechtzeitig herauskam. Am wenigsten gelang dies im Memelland.

Erst zwei Tage nach Beginn des sowjetischen Angriffs vom 5. Oktober wurde für die memelländischen Kreise der Räumungsbefehl gegeben. Teile der Bevölkerung befanden sich bereits auf der Flucht, andere gingen nichtsahnend ihrer Arbeit nach. Nachdem die Russen südlich der Stadt Memel zum Haff vorgestoßen waren, war eine Flucht der Bevölkerung aus dem nördlichen Teil des Kreises Memel auf dem Landweg unmöglich geworden. Nur diejenigen, die sich in die Stadt Memel begeben hatten, konnten während der Zeit der Einschließung Memels (Oktober 1944 bis Januar 1945 auf die Kurische Nehrung entinnen.

Die Bevölkerung der weiter südlich gelegenen Gebiete des Memellandes strömte teilweise entlang der Haffküste nach der Windenburger Halbinsel, von wo aus mehrere Tausende nach der Kurischen Nehrung und nach dem Kreis Elchniederung übersetzt wurden. Andere versuchten in Richtung Tilsit über die Memel zu kommen.

Aber auch dabei wurden noch zahlreiche Flüchtlinge von den russischen Truppen erfaßt. Mindestens 30.000 Menschen, das ist knapp ein Viertel der Bevölkerung des Memellandes, darunter sowohl deutsch als auch litauisch Sprechende, sind entweder nicht geflohen oder bei der Flucht in russische Hände gefallen.

Nicht nur im Memelland, auch bei dem russischen Vorstoß an die Angerapp versagte der Reichsverteidigungskommissar, dem die Räumung oblag. Als der Befehlshaber der 4. Armee, General Hoßbach, erkannte, daß ein russischer Angriff bevorstand, beantragte er die Evakuierung der Zivilbevölkerung aus den östlichen Kreisen, jedoch ohne Erfolg.

Erst mehrere Tage nach dem Beginn des russischen Angriffs, nachdem ein Teil der östlichen Kreise bereits in russischen Händen war, kamen die Räumungsbefehle. Inzwischen war durch Zusammenarbeit der Militärbefehlshaber mit dem Regierungspräsidenten des Regierungsbezirkes Gumbinnen aus eigener Initiative und gegen den Willen des Gauleiters die Evakuierung der Zivilbevölkerung veranlaßt worden.

Dort, wo dies nicht rechtzeitig oder nicht vollständig gelang, zeigte sich in aller Deutlichkeit, was die deutsche Bevölkerung von den russischen Truppen zu erwarten hatte. Am 20. Oktober fuhren südlich von Gumbinnen russische Panzerspitzen bei Großwaltersdorf an der Rominte und bei Nemmersdorf an der Angerapp in Flüchtlingstrecks hinein, und es kam dabei zu furchtbaren Gewalttaten.

Diese Vorfälle erhielten dadurch noch eine besondere Bedeutung, daß sie nach der Rückeroberung dieser Gebiete in aller Form bekanntgemacht wurden, was erheblich dazu beitrug, in der Bevölkerung den Schrecken vor der Roten Armee zu verbreiten und sie zur Flucht anzu-spornen.

Der russische Vorstoß bis an die Angerapp trieb fast die gesamte Bevölkerung des Regierungsbezirks Gumbinnen auf die Flucht. Besonders Stadt und Kreis Insterburg standen im Zentrum dieser Fluchtbewegung. Nicht nur aus den in russischer Hand befindlichen Gebieten, sondern auch aus den Kreisen Lyck, Treuburg, Angerburg, Angerapp, Insterburg, Tilsit-Ragnit und Elchniederung retteten sich große Teile der Bevölkerung nach Westen.

Nachdem sich die Lage Ende Oktober gefestigt und der russische Einbruch eingedämmt war, zog auch die Gauleitung die Konsequenz aus begangenen Fehlern und ordnete auf Drängen der Militärs und der zivilen Verwaltungsbehörden an, daß ein etwa 30 km breiter Streifen hinter der Front von der Zivilbevölkerung geräumt werden müsse. Die Räumungsgrenze verlief von Norden nach Süden etwa längs der Linie Elchwerder am Kurischen Haff – Kreuzingen – Insterburg – Angerburg - Lyck.

Das Evakuierungsgebiet umfaßte mit Ausnahme des östlichen Teiles des Kreises Insterburg und Angerapp das gesamte Gebiet des Regierungsbezirkes Gumbinnen sowie die östliche Hälfte des zum Regierungsbezirk Allenstein gehörigen Kreises Lyck, das ist ca. 30 Prozent der Fläche der Provinz Ostpreußen. Über 600.000 Menschen, die in diesem Gebiet wohnten, d.h. ca. 25 Prozent der ostpreußischen Bevölkerung, mußten somit bereits im Oktober 1944 die Heimat verlassen.

Von ihnen wurde die Mehrzahl der städtischen und der sonstigen nichtbäuerlichen Bevölkerung, ferner Frauen mit kleinen Kindern, Alte und Kranke nach Sachsen, Thüringen und Pommern verbracht, während die mit Fuhrwerken und Vieh unterwegs befindliche ländliche Bevölkerung in den weiter westlich gelegenen Kreisen Ostpreußens aufgenommen wurde. Zu diesem Zweck war für jeden der geräumten Kreise je ein bestimmter Aufnahmekreis festgelegt, der außer der Bevölkerung und den Verwaltungsbehörden auch das Vieh und die Sachgüter aus den geräumten Kreisen aufzunehmen hatte.

Da die Unterbringungsmöglichkeiten in den Aufnahmekreisen nicht ausreichten, ging man jedoch bald dazu über, größere Teile der Bevölkerung aus Ostpreußen heraus ins Innere des Reiches zu transportieren. Sehr viele begaben sich auch freiwillig zu Verwandten ins Reich. Überhaupt riefen die Ereignisse im Oktober 1944 in der ostpreußischen Bevölkerung ein starkes Gefühl des Bedrohtseins hervor, wie es die anderen östlichen Gebiete des Reiches zu diesem Zeitpunkt noch nicht kannten.

Dies führte dazu, daß neben der Evakuierung aus dem Regierungsbezirk Gumbinnen auch in anderen ostpreußischen Gebieten allmählich eine stille Abwanderung einsetzte, gegen: die auch alle Drohungen der Gauleitung nichts ausrichten konnten.

Zusammen mit einem großen Teil der Flüchtlinge aus der evakuierten Zone im Ostteil der Provinz verließen auch Zehntausende aus den Regierungsbezirken Königsberg und Allenstein das gefährdete Ostpreußen, insbesondere der größte Teil der Bombenevakuierten aus Berlin

und Westdeutschland, daneben aber auch Frauen und Kinder sowie viele Personen, die zur Ausübung ihres Berufes nicht an Ostpreußen gebunden waren.

Während sich im März 1944 noch 2.346.000 Menschen in Ostpreußen befanden, lebten am Ende des Jahres 1944 nur noch 1.754.000 Personen in dem noch in deutscher Hand befindlichen ostpreußischen Gebiet. Etwa eine halbe Million Menschen hatte unter dem Druck der Roten Armee bereits vor der russischen Großoffensive vom Januar 1945 Ostpreußen verlassen und war nach weiter westlich gelegenen Provinzen des Reiches abgewandert, und ca. 100.000 Menschen waren im Memelland und im Regierungsbezirk Gumbinnen in die Hände der sowjetischen Truppen gefallen.

Soweit sich die aus Ostpreußen Geflohenen in Pommern und Ostbrandenburg befanden, gerieten sie jedoch noch einmal in den Strudel der Ereignisse hinein, die sich mit dem russischen Vormarsch und der russisch-polnischen Verwaltung für die deutsche Zivilbevölkerung der Gebiete jenseits von Oder und Neiße ergeben sollten.<<

### **Die sowjetische Winteroffensive im Januar 1945**

Am 18. Februar 1943 hatte Reichspropagandaminister Goebbels vor ausgewählten NS-Partei-genossen den "totalen Krieg" verkündet und die "Berliner Sportpalastrede" mit folgenden Worten beendet (x033/343): >>**Nun, Volk, steh auf, und Sturm brich los!**<<

Im Januar 1945 war es schließlich soweit, aber es war kein NS-Sturm, sondern Stalins "roter Orkan", der in den deutschen Ostprovinzen losbrach, um Tod und Entsetzen zu verbreiten.

Die sowjetische Winteroffensive vom 12.01.1945 kam für die Wehrmachtsführung nicht überraschend, denn dieser Großangriff wurde bereits seit Tagen erwartet. Der Nachrichtendienst "Fremde Heere Ost" hatte sogar ausnahmsweise den exakten sowjetischen Angriffstermin ermittelt.

Die deutschen Ostprovinzen und Westpolen wurden von 4 sowjetischen Heeresgruppen angegriffen. Jede sowjetische Heeresgruppe verfügte über mindestens 1.100.000 Soldaten (nur Kampftruppen; ohne Nachschubeinheiten), 55,0 Millionen Liter Benzin- und Dieseltreibstoffe und 35.000 Fahrzeuge, von denen die Mehrzahl aus Nordamerika kam, sowie über 1,5-2,5 Millionen Artillerie- und Werfergranaten. Während der langen Kämpfe um Stalingrad hatten die sowjetischen Truppen z.B. "nur" rd. 1,0 Millionen Granaten eingesetzt (x052/46).

Nach sowjetischen Angaben betrug die Gesamtstärke der Roten Armee etwa 9,0 Millionen Soldaten (einschl. Reserven, Nachschub etc.). Die sowjetischen Kampftruppen besaßen über 12.000 Panzer, mehr als 106.300 Geschütze und Granatwerfer und 15.000 Kampfflugzeuge (x047/277).

Die Wehrmacht konnte nichts Gleichwertiges aufbieten. Während der monatelangen Rückzugsgefechte hatte man den größten Teil der schweren Waffen in den endlosen russischen Ebenen und Sümpfen zurücklassen müssen. Obwohl die deutschen Soldaten mit der knappen Munition und den Treibstoffen äußerst sparsam umgingen, besaßen sie nicht einmal die erforderlichen Mindestbestände.

Im Verlauf des deutsch-sowjetischen Ostkrieges waren schon Hunderttausende von kampferprobten Wehrmachtssoldaten erfroren, verblutet oder in sowjetische Gefangenschaft geraten, so daß vielerorts ein abgekämpfter Landser oder ein schlechtbewaffneter Volkssturmmann 11 kampfgewohnte, schwerbewaffnete Rotarmisten aufhalten sollte.

Die sowjetischen Angriffe wurden stets mit einem vernichtenden Trommelfeuer eröffnet. Mit 250 Geschützen und Granatwerfern pro 1.000 m verfügte die sowjetische Artillerie vielerorts über unvorstellbare Feuerkräfte (x044/17). Viele Stellungen wurden wie durch Erdbeben erschüttert, systematisch zertrümmert bzw. vollständig ausgelöscht. In den vorderen Verteidigungsstellungen und Schützengräben kamen gewöhnlich alle Soldaten um. Manche Artilleriestellungen erlitten ebenfalls hohe Verluste (z.T. mehr als 50 %).

Die zerschlagenen Wehrmachtsverbände stellten sich trotz der großen Übermacht "zum letzten Gefecht" und kämpften überall verbissen, denn für die Zivilbevölkerung konnte jede gewonnene Stunde die Rettung bedeuten. Die große Verzweiflung, ständige Todesangst, ohnmächtige Hilflosigkeit und erbitterte Wut setzten zwar ungeahnte Kräfte frei, aber die überlegenen sowjetischen Truppen konnten fast nirgends aufgehalten werden. Tausende von deutschen Frontsoldaten wurden in ihren Schützengräben zusammengeschossen oder von Panzern überrollt.

Nach den sowjetischen Durchbrüchen waren die deutschen Abwehrlinien (HKL) teilweise kilometerweit unterbrochen. In diesen Frontabschnitten bildeten sich schon bald "Kessel", in denen sich Tausende von Flüchtlingen aufhielten. Einzelne deutsche Truppenverbände nahmen diese Flüchtlingstrecks in ihre Mitte, um sie vor den Sowjets zu schützen. Diese "wandernden Kessel" schlugen sich in wochenlangen Kämpfen bis an die Oder durch und flohen danach weiter zur Elbe. Einige "wandernde Kessel" wurden erst direkt vor der Oder bzw. Elbe von sowjetischen Truppen überrannt und vollständig niedergemacht.

Die letzten ostdeutschen Bastionen ("Festungen", Häfen und "Kessel") wurden besonders zäh und unglaublich selbstlos verteidigt. Die Truppen der "Festungen" (Breslau, Königsberg, Danzig, Kolberg, Elbing, Posen u.a.) konnten die Rote Armee zwar nur vorübergehend stoppen, aber der sowjetische Vorstoß wurde vielfach erheblich verzögert. Im Verlauf der z.T. wochen- oder monatelangen Belagerungen wurden wichtige Verkehrsknotenpunkte blockiert und gleichzeitig erhebliche Angriffskräfte gebunden.

Obgleich die Rote Armee teilweise große Verluste hinnehmen mußte, stürmten die Panzer- und Infanterietruppen täglich 30-40 km nach Westen. In jeder Ortschaft östlich der Oder-Neiße-Linie hörte man irgendwann den Schreckensruf: **"DIE RUSSEN KOMMEN! DIE RUSSEN KOMMEN!"**

Am 23. Januar 1945 erreichten sowjetische Truppen schon die Ostsee und schnitten Ostpreußen vom Deutschen Reich ab. Andere Truppen der Roten Armee legten in 18 Tagen über 400 km zurück (vom Weichselbogen bis zur mittleren Oder) und besetzten innerhalb von 14 Tagen die Provinz Ostpommern.

Im März/April 1945 ließ Hitler die letzten halbwegs kampffähigen Panzer- und Infanterietruppen zur Verteidigung der Reichshauptstadt Berlin und des Sudetenlandes abziehen und beschleunigte den Zusammenbruch der Ostfront in Danzig und Ostpommern. In Schlesien blieb die Frontlage relativ stabil, da den Sowjets im Gebirge kein entscheidender Durchbruch gelang.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über den sowjetischen Angriff im Winter 1945 (x001/16E-23E): >>Überblick über die militärischen Operationen und die Fluchtbewegungen in den Provinzen jenseits der Oder-Neiße-Linie seit Januar 1945

Nach Abschluß der sowjetischen Sommeroffensive, die bis zur Weichsel führte, und nach Beendigung der Kämpfe in Ostpreußen vom Oktober 1944 blieben die Fronten in Ostpreußen und Polen bis zum Januar 1945 im wesentlichen stabil. Doch mußte jeden Tag mit dem Losbrechen einer neuen Offensive der Sowjets gerechnet werden. Trotzdem wurden im Winter 1944/45 mehrere deutsche Divisionen aus Ostpreußen und der Weichselfront herausgezogen und teils nach Ungarn, teils nach der Rheinfront übergeführt, wo im Dezember die deutsche Ardennenoffensive begann.

Die an der Ostfront zur Verfügung stehenden deutschen Kräfte waren damit weiter geschwächt worden; so gut wie völlig fehlten hinter der dünn besetzten Frontlinie kampffähige Reserven, die bei einem etwaigen Durchbruch sowjetischer Truppen hätten eingesetzt werden können.

Nachdem die deutsche Armeeführung Anfang Januar 1945 den Aufmarsch von mehr als zehnfach überlegenen russischen Kräften in den drei russischen Weichselbrückenköpfen von

Baranow, Pulawy und Magnuszew festgestellt und trotz dringender Vorstellungen beim Führerhauptquartier keine Verstärkung erhalten hatte, war bereits deutlich, daß der zu erwartende russische Angriff eine militärische Katastrophe auslösen und die Zivilbevölkerung in ihren Wirbel reißen mußte.

Hatten die erbittert geführten Kämpfe auf allen Kriegsschauplätzen des 2. Weltkrieges eine möglichst vorsorgliche Evakuierung der Zivilbevölkerung notwendig gemacht und auch allenthalben eine Fluchtbewegung ausgelöst, so ließen die Erfahrungen mit dem ersten Einbruch sowjetischer Truppen in Ostpreußen erst recht ein Ausweichen der ostdeutschen Bevölkerung vor den ihr drohenden Gefahren geraten sein.

Ihre einzige Chance lag darin, sich durch rechtzeitige Flucht dem Zugriff der Roten Armee zu entziehen. Ob und wie weit es für sie noch Fluchtmöglichkeiten geben würde, sollte ganz von der Schnelligkeit und der Richtung der russischen Vorstöße abhängen, die in den einzelnen Operationsgebieten sehr verschieden waren.

Die militärischen Operationen bestimmten weitgehend die Fluchtwege, die Fluchtrichtung, die Entstehung gewisser Brennpunkte der Fluchtbewegung. Eine erste Orientierung über den Verlauf des sowjetischen Vormarsches nach Ostdeutschland ermöglicht deshalb bereits eine Übersicht über die Hauptfluchtwege und die verschiedenen Fluchtsituationen in den einzelnen Operationsgebieten.

Vom 12.-15. Januar erfolgte - bei kurzer zeitlicher Staffelung der einzelnen Vorstöße aus den verschiedenen Aufmarschräumen - an der gesamten Front von der Memel bis zur oberen Weichsel der russische Großangriff.

Am 12. Januar brachen die Truppen der 1. Ukrainischen Front (Konjew) aus dem Baranow-Brückenkopf in Richtung Schlesien vor, am 13. folgte aus den Weichselbrückenköpfen Magnuszew und Pulawy der Angriff der 1. Weißrussischen Front (Shukow), der zum frontalen Stoß über Lodz und Kalisch auf die mittlere Oder angesetzt war.

Zwei weitere Vorstöße sollten Ostpreußen abschnüren: Am 13. Januar vom Osten her der Angriff der 3. Weißrussischen Front (Tschernjachowski) in Richtung Königsberg, zwei Tage später, am 15. Januar, der aus dem Narew-Brückenkopf Pultusk über Ciechanów und Soldau angesetzte Vorstoß der 2. Weißrussischen Front (Rokossowski), der auf Thorn und Elbing zielte, um Ostpreußen vom Reich abzuschneiden.

Die mit ungeheurem Truppen- und Materialeinsatz geführten sowjetischen Angriffe erzielten schon in wenigen Tagen große Erfolge. Am schlimmsten entwickelte sich die Lage für die deutsche Abwehrfront im großen Weichselbogen und im Raum von Warschau. Schon am ersten Tag waren hier tiefe Einbrüche erfolgt, und am 15. Januar gab es in diesem Gebiet keinerlei zusammenhängende deutsche Front mehr.

Im südlichen Teil der Weichselfront konnten Durchbrüche und Umgehungen nur dadurch verhindert werden, daß die deutschen Truppen sich vor den überlegenen sowjetischen Streitkräften nach Westen absetzten und hierbei wenigstens der Zusammenhalt der Front gewahrt blieb.

Am 18. Januar befanden sich die Armeen Shukows und Konjews auf der Linie Plock - Lodz - Tschenstochau - Krakau in weiterem, schnellem Vorgehen. Zwischen ihnen bewegten sich noch einzelne deutsche Verbände, die nach Westen auszubrechen suchten. Am 20. Januar überschritten russische Truppen östlich Breslau die alte Reichsgrenze und stießen bis an die Außenbezirke des oberschlesischen Industriegebietes vor. Schon wenige Tage später hatten sie bei Brieg (23.1.) und nördlich Breslau bei Steinau (28.1.) die Oder erreicht.

Im Gebiet des Warthegaues waren zu dieser Zeit die Städte Wreschen und Gnesen von russischen Truppen besetzt und am 25. Januar die Festung Posen eingeschlossen worden (Kapitulation Posens am 23. Februar), und noch immer drängten die Truppen Shukows in zügigem Vormarsch weiter nach Westen. Ihre Spitzen stießen bald beiderseits der Obra-Stellung vorbei und erreichten schon in den letzten Januartagen die Oder bei Fürstenberg und Küstrin. Am

2./3. Februar war ganz Ostbrandenburg bereits von russischen Truppen besetzt.

In kürzester Zeit waren die sowjetischen Angriffsarmeen vom großen Weichselbogen bis an den Mittellauf der Oder vorgestoßen und hatten mit den deutschen Truppen auch die flüchtende deutsche Bevölkerung aus dem Warthegau und Ostbrandenburg vor sich hergetrieben. Infolge der Schnelligkeit des russischen Vormarsches waren viele Flüchtlingstrecks auf dem Wege nach Westen überrollt worden. Nur diejenigen, die rechtzeitig über die Oder gelangten, waren vorerst in Sicherheit, denn bis zum April blieb die Front am der mittleren Oder stehen. Inzwischen war auch in Ostpreußen die strategische Entscheidung bereits gefallen.

Der am 13. Januar zwischen Ebenrode und Schloßberg begonnene Angriff führte am 18. Januar zu einem Durchbruch bis an die Inster, der alle nördlich der Einbruchsstelle stehenden deutschen Truppen zwang, sich hinter die Deime zurückzuziehen. Am 22. Januar fiel Insterburg, und am 25. Januar waren bereits alle ostpreußischen Kreise westlich der durch die Deime, den Masurischen Kanal und die Masurischen Seen gekennzeichneten Linie in russischer Hand.

Nicht minder erfolgreich war der aus dem Narew-Brückenkopf Pultusk vorgetragene sowjetische Angriff. Bis zum 19. Januar waren Ciechanów und Soldau gefallen und die ostpreußische Grenze im Kreis Neidenburg von russischen Truppen überschritten. Noch am gleichen Tage erreichten die ersten sowjetischen Verbände die Kreise Ortelsburg und Osterode und setzten ihren Vormarsch in Richtung Allenstein und Elbing fort.

Bald fielen die Städte Allenstein (21.1.) und Mohrungen (23.1.), und noch am 23. Januar drangen russische Panzer vorübergehend in Elbing ein, das jedoch erst nach schweren Kämpfen am 9. Februar eingenommen wurde. Schon am 26. Januar hatten die Russen bei Tolkemit das Frische Haff erreicht und damit die Land- und Bahnverbindung Ostpreußens zum Reich unterbrochen.

Nur einem geringen Teil der ostpreußischen Flüchtlinge war es gelungen, vor der Einschließung Ostpreußens die Weichsel nach Westen zu überschreiten. Jede weitere Fluchtbewegung in Richtung Westpreußen war nunmehr unmöglich geworden, und als letzter Ausweg für die im mittleren Teil Ostpreußens unterwegs befindlichen Trecks blieben nur das Samland mit dem Hafen von Pillau und vor allem das zugefrorene Frische Haff und die Nehrung, die noch eine letzte Landverbindung nach Westen bot.

Am 26. Januar mußte auch die Deimestellung ostwärts Königsberg aufgegeben werden, so daß die russischen Truppen ins Samland vorstoßen und am 31. Januar Königsberg einschließen konnten. - Indessen hatten die unter General Hoßbach stehenden Truppen der 4. Armee in Eilmärschen die Stellung entlang der Masurischen Seen verlassen, um durch eine gegen den Willen des Führerhauptquartiers unternommene Angriffsoperation nach Westen die Abschnürung Ostpreußens zu durchstoßen und den Anschluß an die westlich der Weichsel stehenden deutschen Truppen wiederzugewinnen.

Nach anfänglichen Erfolgen hat dieser kühne Versuch am 26. Januar mit der Absetzung Hoßbachs und der Einstellung der von ihm begonnenen Operation sein Ende gefunden.

Am 30. Januar war die Besetzung des ostpreußischen Territoriums durch konzentrische russische Angriffe von Osten, Süden und Westen bereits weit fortgeschritten. Die Linie, auf der die deutschen Truppen in dieser Zeit standen, verlief von Tolkemit am Frischen Haff in südöstlicher Richtung nach Wormditt, bog dann ganz nach Osten um und folgte der Alle über Heilsberg nach Bartenstein, von wo aus sie in nordwestlicher Richtung bis nach Brandenburg bei Königsberg dicht an das Frische Haff zurückschwenkte und sich dann im Belagerungsring um Königsberg fortsetzte.

In diesem schlauchartigen Kessel, der an das Frische Haff angelehnt war und in seinem Zentrum die Kreise Braunsberg und Heiligenbeil umfaßte, waren Hunderttausende von ostpreußischen Flüchtlingen zusammengedrängt, die von dort aus in endlosen Trecks den gefährvollen Weg über das Eis des Frischen Haffs antraten. Neben dem Kessel südlich des Frischen Haffs

waren noch die Stadt Königsberg sowie das westliche Samland mit Neukuhren, Rauschen, Pillau und Fischhausen in deutscher Hand. Hier hatten sich ebenfalls unzählige Flüchtlinge versammelt.

Diese letzten deutschen Bastionen in Ostpreußen wurden in den folgenden Monaten äußerst zäh verteidigt, um Zeit zum Abtransport der Zivilbevölkerung über das Haff und über den Seehafen Pillau zu gewinnen. Erst am 25. März verließen die letzten, auf der Halbinsel Balga zusammengedrängten deutschen Truppen über das Haff den Heilsberger Kessel. Am 9. April fiel Königsberg und am 25. April Pillau, während sich auf der Frischen Nehrung noch bis zum Waffenstillstand am 9. Mai deutsche Truppen hielten.

Zu einer ähnlichen Aufspaltung der deutschen Abwehrfront und zur Zusammenballung deutscher Truppen und Flüchtlinge in einzelnen Kesseln war es unterdessen auch in den weiter westlich gelegenen Ostseegebieten um Danzig und in Pommern gekommen.

Der gleiche russische Vorstoß, der mit seinem rechten Flügel Soldau, Osterode und Elbing erfaßte, zielte mit seinem linken Flügel am Nordufer der Weichsel entlang nach Westen. Am 23. Januar wurde Thorn eingeschlossen, das sich bis zum 30. Januar hielt. Schon vorher war Bromberg in russische Hand gefallen (27.1.), und bald waren sowjetische Panzerspitzen auch bis zur Festung Graudenz vorgestoßen, die allerdings noch bis Anfang März zäh verteidigt wurde.

Etwa gleichzeitig mit Elbing wurde auch Marienburg erreicht, so daß Ende Januar die Nogat-Weichsel-Linie von Elbing bis Graudenz in russischer Hand war. Bei Graudenz bog die Front über die Weichsel weit nach Osten vor, wo in den letzten Januartagen Schneidemühl eingeschlossen worden war (Kapitulation am 14. Februar) und die ersten Einbrüche der Roten Armee in die südpommerischen Kreise Flatow, Deutsch Krone, Netzekreis, Friedeberg, Arnswalde, Pyritz und Greifenhagen erfolgt waren. Schon damals versuchten die Sowjets, Stettin und die Oder-Mündung zu erreichen, doch diese Versuche scheiterten an der deutschen Abwehr.

Während des ganzen Monats Februar blieb die Front in Pommern und Westpreußen mit nur geringen Veränderungen ca. 50 km nördlich der Warthe-Netze-Linie stehen. Die Weichselmündung, Danzig und die nördlichen Kreise Westpreußens sowie Ostpommerns blieben somit für alle über das Haff und die Nehrung aus Ostpreußen kommenden und für die aus dem Südtail Westpreußens und aus den polnischen Gebieten verdrängten deutschen Truppen und Bevölkerungsmassen noch als Zufluchtsstätten offen.

Erst Anfang März begann von Süden her die Aufspaltung Pommerns. Am 1. März stießen russische Angriffsspitzen bei Köslin an die Ostseeküste vor, versperrten dadurch den im Danziger Raum und in den östlichsten Kreisen Pommerns nach Westen Fliehenden den Weg und zwangen sie zur Umkehr nach Osten, wo über die Häfen von Danzig und Gdingen noch eine Möglichkeit des Entkommens bestand. –

Für die Bevölkerung und die deutschen Truppen, die sich in der westlichen Hälfte Ostpommerns aufhielten, wurde der Flucht- und Rückzugsweg über die Oder nach Westen in den ersten Märztagen immer mehr eingeengt, bis auch hier der Landweg nach Westen am 10. März endgültig unterbrochen war.

Nur die Stadt Kolberg, die erst am 18. März nach 14-tägiger Belagerung fiel, stellte noch einen letzten Zufluchtsort dar, von dem aus mit Schiffen noch zahlreiche Flüchtlinge und Truppenteile nach dem Westen gebracht werden konnten. Nachdem dann am 27. März auch Gdingen und Danzig, von allen Seiten umfaßt, aufgegeben werden mußten, blieben nur noch die Weichselmündung bei Schiewenhorst und die Landzunge von Hela feindfrei.

Wie die Frische Nehrung in Ostpreußen konnten diese durch ihre natürliche Lage geschützten Gebiete bis zur Kapitulation gehalten und als letzte Ausgangspunkte für Seetransporte nach Rügen, Kiel oder nach Dänemark benutzt werden.

Es bleibt schließlich nur noch ein Blick auf Schlesien zu tun. Hier waren die sowjetischen

Vorstöße auf Brieg und Steinau nach den Seiten hin so weit verbreitert worden, daß Ende Januar bereits alle östlich der Oder gelegenen schlesischen Gebiete in russischer Hand waren. Außerdem war es den Russen gelungen, bei Brieg und Steinau Brückenköpfe am Westufer der Oder zu bilden. Auch Oppeln war am 26. Januar gefallen.

Nur um Glogau hielt sich in Niederschlesien noch ein deutscher Brückenkopf östlich der Oder, und in Oberschlesien wurde noch heftig um Teile des Östlich der Oder gelegenen Industriegebietes gekämpft, nachdem dessen Zentrum mit den Städten Beuthen, Gleiwitz, Hindenburg und Kattowitz bereits in den letzten Januartagen verloren gegangen war.

Am 10. Februar mußten sich die letzten im oberschlesischen Industriegebiet stehenden deutschen Truppen nach dreiwöchigen Kämpfen hinter die Oder zurückziehen, wo sie dann bis Anfang April einen ebenso hartnäckigen Kampf zur Verteidigung des Mährisch-Ostrauer Industriereviers führten.

Am 8. Februar begannen die in Niederschlesien an der Oder stehenden sowjetischen Divisionen einen erneuten Angriff nach Westen. Aus dem Brückenkopf Steinau vorstoßend und gleichzeitig nördlich Glogau die Oder überschreitend, erreichten die russischen Truppen nach schweren Kämpfen und deutschen Gegenangriffen am Bober die Görlitzer Neiße. Zwischen Guben im Norden und Penzig im Süden gingen die deutschen Truppen am 25. Februar hinter die Neiße zurück, nur um Görlitz wurde noch ein deutscher Brückenkopf gehalten.

Im Zuge dieses sowjetischen Angriffs war am 10. Februar Liegnitz fast kampflos in russische Hände gefallen und am 12. Februar Glogau eingeschlossen worden. Gleichzeitig mit dem Vorstoß zur Neiße begann am 8. Februar eine Zangenbewegung der Roten Armee aus den Brückenköpfen Steinau und Brieg, die nach harten Kämpfen am 16. Februar zur Einschließung Breslaus führte. Auch Jauer, Striegau und Schweidnitz wurden Mitte Februar von den Russen eingenommen.

Nachdem am 3./4. März ein Versuch zur Überschreitung der Görlitzer Neiße nach Sachsen hinein in der Panzerschlacht von Lauban abgewehrt worden war, änderte sich die seit Mitte Februar entstandene Lage in Schlesien nur noch unerheblich. Bis Ende März konnte sich Glogau halten, und Breslau ergab sich erst am 6. Mai, zwei Tage vor der allgemeinen Kapitulation.

Anfang März verlief die Front von Ratibor bis zur Höhe von Oppeln entlang dem westlichen Oderufer und von dort über Strehlen - Striegau - Lauban bis zur Neiße bei Görlitz. In der zweiten Märzhälfte wurde auch der westlich der Oder gelegene Teil Oberschlesiens nahezu vollständig besetzt, und nur längs des böhmisch-schlesischen Grenzgebirges blieb ein sich durch ganz Schlesien hindurchziehender breiter Streifen noch bis in die Tage unmittelbar vor dem Waffenstillstand in deutscher Hand.

Entsprechend der geographischen Lage Schlesiens und dem Verlauf der Kampfhandlungen erfolgte die Flucht der schlesischen Bevölkerung in zwei Hauptrichtungen: Entweder in westlicher Richtung unter Benutzung der Hauptverkehrswege nach Sachsen oder in südlicher Richtung nach dem von allen Gegenden Schlesiens aus relativ schnell erreichbaren Gebirge bzw. über das Gebirge hinweg nach Böhmen und Mähren.

In allen deutschbewohnten Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie waren die Kampfhandlungen im wesentlichen bereits Ende März beendet und mit Ausnahme von einigen Häfen, Landzungen, Festungsstädten und Gebirgsgegenden das ganze Land von russischen Truppen besetzt.

Die umfassendsten militärischen Operationen und demzufolge auch die Hauptfluchtbewegungen fielen in die Wochen von Mitte Januar bis Ende März 1945. Vor allem während dieser Zeit, vereinzelt auch noch in den darauffolgenden Wochen, strömten Millionen Deutsche aus dem Osten über die Oder und Neiße in das mittlere und westliche Reichsgebiet sowie über die alte Reichsgrenze nach Böhmen und Mähren oder auf dem Seewege nach den westlichen deutschen und dänischen Häfen. ...<<



## **Die "Große Flucht" der Ost- und Volksdeutschen vor der Roten Armee**

### Lebensverhältnisse und Fluchtvorbereitungen in Ostdeutschland 1944/45

Das Sicherheitsgefühl der Ostdeutschen wurde zunächst nicht beeinträchtigt, da sich die Kampfhandlungen bis zum Sommer 1944 noch Hunderte von Kilometern östlich von Memel und Weichsel abspielten.

Nach dem Beginn der sowjetischen Großoffensive am 22. Juni 1944 änderte sich diese Lage jedoch grundlegend, weil die Truppen der Roten Armee bis nach Ostpreußen und zur Weichsel durchbrachen. Die Ostdeutschen fühlten sich trotz alledem noch geschützt und sicher. Fast alle glaubten weiterhin an den propagierten "Endsieg".

Im Herbst 1944 und im Januar 1945 rückte die Front jedoch täglich näher und der Gefechtslärm wurde ständig lauter. Der Flüchtlingsstrom vergrößerte sich unaufhörlich. In allen Dörfern und Städten der Ostprovinzen "brodelte" es. Niemand wußte genau, wo der Feind wirklich stand. Fast stündlich waren neue Gerüchte im Umlauf. Vielerorts zogen bereits abgehetzte, halberfrorene Wehrmachtssoldaten nach Westen. Die einheimische Bevölkerung reagierte erschüttert und fassungslos, denn sie erkannte nur zu deutlich die große Not der geschundenen Landser. Die ehemals stolze Wehrmacht war längst eine geschlagene Armee. Geschlossene Truppeneinheiten, die zur Kampffront nach Osten marschierten, sah man immer seltener.

Der dröhnende Kampflärm, unübersehbare dunkle Rauchschwaden und zurückflutende Truppen wiesen eindeutig darauf hin, daß die Ostfront vor dem Zusammenbruch stehen mußte. Vor allen Ämtern und Rathäusern bildeten sich Menschenansammlungen. Für die bevorstehende Flucht benötigte jeder Verpflegungs-, Futter- und Quartiersscheine oder Zug- und Schiffsfahrkarten.

Vor der Flucht wurde in allen Haushalten gepackt. In hektischer Eile sammelte man alles zusammen, was unentbehrlich erschien. Nachdem sie die Fuhrwerke beladen hatten, warteten die ostdeutschen Bauern diszipliniert auf den Marschbefehl. Die Landbevölkerung verfügte über ein ausgeprägtes Pflicht- und Zusammengehörigkeitsgefühl. Fast niemand wollte eigenmächtig oder allein flüchten und die Dorfgemeinschaft im Stich lassen.

In jenen trostlosen Tagen und endlosen Nächten wurden die Nervosität und bedrückende Angst von Stunde zu Stunde größer. Da die Kampffront oftmals nur noch wenige Kilometer entfernt war, begab man sich nur noch angekleidet zur "Nachtruhe".

In der größten Not bewahrheitete sich wieder die uralte Lebensweisheit: "Not lehrt beten". Sämtliche Gottesdienste waren regelmäßig überfüllt, denn die verzweifelten Menschen suchten im Gebet sowie im Glauben neue Kraft und Trost.

Alle fürchteten sich vor der düsteren und ungewissen Zukunft. Viele Mütter baten um vorzeitige Konfirmation bzw. Kommunion ihrer Kinder. Neugeborene wurden gewöhnlich sofort nach der Geburt im Elternhaus getauft.

Die Pfarrämter und Kirchen waren bevorzugte Zufluchtsstätten. Tagein und tagaus "belagerten" durchziehende Flüchtlinge die Pfarrhäuser; hier wurde niemand abgewiesen. Die Kirchengemeinden arbeiteten damals besonders eng und brüderlich zusammen. Im allgemeinen waren die evangelischen und katholischen Geistlichen furchtlose, treue Hirten, die ihre Gemeinden nicht verließen.

Vor der Flucht rüstete man sich oft noch einmal zum letzten Kirchengang. Diese Gottesdienste wurden unvergeßliche Abschiedsfeiern. Alle Gemeindemitglieder waren tief beeindruckt und bewegt. Viele Gottesdienstteilnehmer weinten bitterlich. Zum Schluß ging die Kirchengemeinde gemeinschaftlich auf den Friedhof, um sich von den Toten zu verabschieden.

### Die Flucht der Gauleiter und NS-Führer

Die höheren NSDAP-Funktionäre (sog. "Goldfasane") waren über die Greuelthaten und Massenmorde, die Himmlers SD- und SS-Sondereinsatzgruppen in der Sowjetunion und in Polen

verübt hatten, informiert. Sie kannten selbstverständlich auch Stalins Vergeltungsaufrufe und die Vertreibungspläne der Tschechen und Polen.

Kein NSDAP-Führer dachte natürlich daran, das unerfreuliche Schicksal der Bevölkerung zu teilen. Alle ostdeutschen Gauleiter brachten sich in Sicherheit und ließen die Zivilbevölkerung schmachvoll im Stich. Die allmächtigen "NS-Gaufürsten" ordneten außerdem verdeckte Fluchtbefehle an, um wichtige NS-Führer, führende NS-Behördenleiter und persönliche Freunde rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Hunderte von "Würdenträgern" der NSDAP, der gleichgeschalteten Ämter und Behörden sowie der Wirtschaft und Kirchen flohen heimlich mit Flugzeugen, Sonderzügen, Schiffen oder Dienstfahrzeugen.

Nachdem sich die Gauleitungen "verabschiedet" hatten, folgten unverzüglich die NS-Partei- und Behördendienststellen der Landkreise. Fast alle NSDAP-Kreis- und Ortsgruppenleiter waren plötzlich "über Nacht" verschwunden. Die großspurigsten NS-Führer machten sich gewöhnlich zuerst "aus dem Staub". Nach der NS-Führung flüchtete auch die Mehrheit der "oberen Zehntausend" (höhere Beamte und Angestellte, Ärzte, Anwälte, Apotheker und andere Freiberufler).

Vor der eigenen Flucht erteilten einige Gau- und Kreisleiter sogar Fluchtverbote und ließen Bahnhöfe sowie Fluchtstraßen sperren. Obwohl die meisten NS-Führer längst "über alle Berge waren" und der sowjetische Einmarsch nur noch eine Frage der Zeit war, verhängten NS-Sonderstandgerichte weiterhin willkürliche Todesstrafen, die sofort an Ort und Stelle vollzogen wurden.

Das perfekt organisierte NS-Terrorregime funktionierte fast bis zum Untergang des "Tausendjährigen NS-Reiches". Jeder Parteigenosse fürchtete sich vor dem höheren NSDAP-Vorgesetzten. Die NS-Ortsgruppenleiter fürchteten den NS-Kreisleiter. Die NS-Kreisleiter fürchteten den Gauleiter und die Gauleiter fürchteten Hitler. Vor lauter Kadavergehorsam und Feigheit war fast kein NS-Führer bereit, persönliche Verantwortung zu übernehmen.

Nachdem die "Obrigkeit" geflüchtet war, blieb das "Fußvolk" schließlich allein zurück. Bei den zurückgebliebenen Bevölkerungsschichten, die "Hitlers Zeche" zahlen mußten, handelte es sich überwiegend um alte Menschen, Frauen, Kinder und "kleine NS-Mitläufer".

Zum Glück gab es in einigen Kreisen und Gemeinden noch verantwortungsbewußte Landräte, Behördenleiter, Kreisbauernführer und Bürgermeister, die eigenmächtige Evakuierungen und Räumungen veranlaßten. Diese umsichtigen Männer erkannten, daß man sofort handeln und aufbrechen mußte, um die Bevölkerung zu retten. Bis zur letzten Minute suchte man nach Fahrzeugen, um kinderreiche Familien, gebrechliche Alte und kranke Menschen in Sicherheit zu bringen. In jener Zeit des Zusammenbruchs gab es jedoch viel zu wenig beherzte, mutige Männer, die eigenverantwortlich handelten.

### Fluchtbeginn

Die geregelten, planmäßigen Evakuierungen, die nicht selten monatelang bis in alle Einzelheiten ausgearbeitet wurden, gingen letztendlich im totalen Chaos unter, weil niemand damit gerechnet hatte, daß die sowjetischen Truppen im Januar 1945 derart schnell durchbrechen würden. In fast allen deutschen Siedlungsgebieten entwickelten sich panikartige, überstürzte Fluchtbewegungen, die zwangsläufig mit Katastrophen enden mußten.

Als die feindlichen Truppen immer näher kamen, floh die Zivilbevölkerung schließlich trotz Fluchtverbot und fehlender Räumungserlaubnis, denn überall fürchtete man die Rotarmisten, Milizen und feindlichen Partisanen. Die Massenflucht der Ostdeutschen begann oftmals erst 2-3 Tage vor dem sowjetischen Einmarsch. VIELERORTS flüchtete die Bevölkerung auch nur wenige Stunden vor dem Eintreffen der Roten Armee.

Allgemeiner Fluchtbeginn 1944/45 (im Überblick): Rumänien (ab August 1944), Memelland/Ostpreußen (ab August/Okttober 1944), Jugoslawien und Slowakei (ab September 1944), Ungarn (ab Oktober 1944), Generalgouvernement (ab 16.01.1945), Oberschlesien (ab

18.01.1945), Niederschlesien, Ostpreußen und Danzig-Westpreußen (ab 19.01.1945), Reichsgau Wartheland (ab 20.01.1945), Ostpommern (ab 26.01.1945) und Ostbrandenburg (ab 28.01.1945).

Den alten Menschen fiel der Abschied besonders schwer. In den bitteren Stunden des Aufbruchs herrschten jedoch chaotische Verhältnisse, Aufregung und Hektik, so daß der Abschiedsschmerz zunächst verdeckt wurde. Für Abschiedstrauer blieb damals keine Zeit, denn die sowjetischen "Befreier" stürmten unaufhaltsam nach Westen.

Der Abmarschbefehl war Erlösung und Schrecken zugleich. Die Zeit der Angst, das nervtötende Stillsitzen und das endlose, zermürbende Warten, war zwar zu Ende, aber dafür begann jetzt ein Leidensweg voller Not und Elend. Bei eisiger Kälte und mächtigen Schneestürmen folgte ein trostloses Landstraßendasein, das Tausende nicht überstehen sollten.

Die Landbevölkerung flüchtete mehrheitlich mit Pferde- und Ochsenfuhrwerken, während die Stadtbevölkerung vorwiegend auf die Eisenbahn oder auf Lastkraftwagen und Omnibusse angewiesen war. Da zahlreiche Schienenwege frühzeitig zerstört oder besetzt wurden, mußte die Stadtbevölkerung größtenteils zu Fuß flüchten. Die Zivilisten wurden vielfach durch abrückende Polizeikräfte aufgefordert, sich umgehend auf eigene Faust in Sicherheit zu bringen. Jeder war plötzlich allein und mußte versuchen, so schnell wie möglich fortzukommen.

Tausende von Fußgängern begaben sich mit Hand- und Kinderwagen, Rodelschlitzen, schwerbeladenen Fahrrädern oder nur mit Handgepäck und Rucksäcken auf den beschwerlichen Weg. Alle Straßen und Fluchtwege waren mit zivilen und militärischen Fahrzeugen sowie Fußgängern überfüllt. Viele alte, gebrechliche Menschen verloren schon bald jeglichen Mut und schlichen nach Hause zurück.

Den ersten Gemeindetrecks folgten stets weitere Trecks der benachbarten Gemeinden und Kreise, so daß ein ständig wachsender Flüchtlingsstrom nach Westen zog. Auf allen Straßen, Bahnhöfen und in den Häfen der Ostprovinzen herrschten unvorstellbare Zustände.

Sämtliche Fluchtwege waren mit hochbepackten Fuhrwerken, vollbesetzten Kraftwagen, Fußgängern und geschlossenen oder bereits aufgelösten Militärkolonnen überfüllt. Insassen der Alters- und Kinderheime, Krankenhäuser, Irrenanstalten, Jugenderziehungsanstalten, Gefängnisse, Zuchthäuser u.v.a. waren damals unterwegs. Alle flohen nach Westen. Millionen von Heimatlosen zogen einem ungewissen Flüchtlingsschicksal entgegen.

### Fluchtprobleme, Fluchtrichtungen und Witterungsverhältnisse

Da man fast alle Männer zum Kriegsdienst einberufen oder zum Volkssturm abkommandiert hatte, mußten die Frauen unendliche Strapazen und lebensgefährliche Situationen meistern, um die Gesundheit und das Leben ihrer Kinder und der alten Leute zu retten. Tatkräftige Frauen entwickelten sich unerwartet schnell zu umsichtigen Treckführerinnen, die ihre Schicksalsgefährten mit erstaunlicher Tapferkeit und entschlossener Härte antrieben und immer wieder mitrissen.

Die Flucht der Ostdeutschen entwickelte sich schnell zum erbarmungslosen "Wettlauf auf Leben und Tod". In der letzten Januarhälfte 1945 war es außerdem ungewöhnlich kalt (15-30° Kälte). Seit Jahren hatte man keine vergleichbaren Temperaturen und Schneestürme erlebt. Es war gerade so, als hätte sich auch die Natur gegen die Deutschen verschworen.

Den Menschen blieb damals jedoch keine andere Wahl. Sie mußten trotz der tödlichen Kälte ihre schützenden Häuser und Wohnungen verlassen. Nach tagelangen Schneefällen und Schneestürmen waren alle ostdeutschen Straßen und Wege vereist oder vielerorts durch meterhohe Schneewehen blockiert. Die klimatischen Bedingungen wurden erst ab Mitte März 1945 etwas günstiger.

Verstopfte Straßen, kilometerlange Staus vor Brücken und Fähren sowie feindliche Terrorangriffe strapazierten die Nerven der gehetzten Flüchtlinge. Um erforderliche Truppen- und Nachschubtransporte durchzuführen, sperrte die Wehrmacht oft Hauptstraßen, so daß die

Flüchtlingskolonnen stundenlang warten mußten. In manchen Landkreisen verhängten verbrecherische NS-Funktionäre willkürliche Treckverbote, die auch allen durchziehenden Trecks zum Verhängnis wurden. Durch diese Zwangspausen verloren viele Trecks den mühsam erkämpften Vorsprung und büßten ihre letzten Fluchtchancen ein.

In den ostdeutschen Hafenstädten ballten sich urplötzlich riesige Flüchtlingsmassen zusammen, welche nicht selten tage- und wochenlang auf Schiffe warten mußten. In diesen Fluchtzentren war die Suche nach freien Quartieren und Schlafplätzen fast aussichtslos. Alle Zimmer, Flure, Keller, Dachböden, Ställe und Scheunen waren mit durchgefrorenen oder kranken Flüchtlingen und Soldaten überfüllt.

In kleinen Räumen kampierten z.T. 20-30 erkältete Menschen. Heimatlose, die während der eisigen Wintertage und in den endlosen Winternächten keine Unterkunft fanden, waren rettungslos verloren. Niemand kümmerte sich um die steifgefrorenen "Bündel", die zusammengekrümmt auf Koffern und Rucksäcken hockten oder reihenweise am Straßenrand lagen. Später fand man überall erfrorene oder verhungerte Menschen und Tiere.

Trotz eisiger Kälte, Hagel, Sturm oder Regen gingen die Fluchtbewegungen tage-, wochen- und manchmal sogar monatelang unentwegt weiter. Vor allem Säuglinge, Kleinkinder und ältere Menschen waren den unmenschlichen Strapazen nicht lange gewachsen. Fortwährend sah man unfaßbare Bilder des Elends und des Grauens.

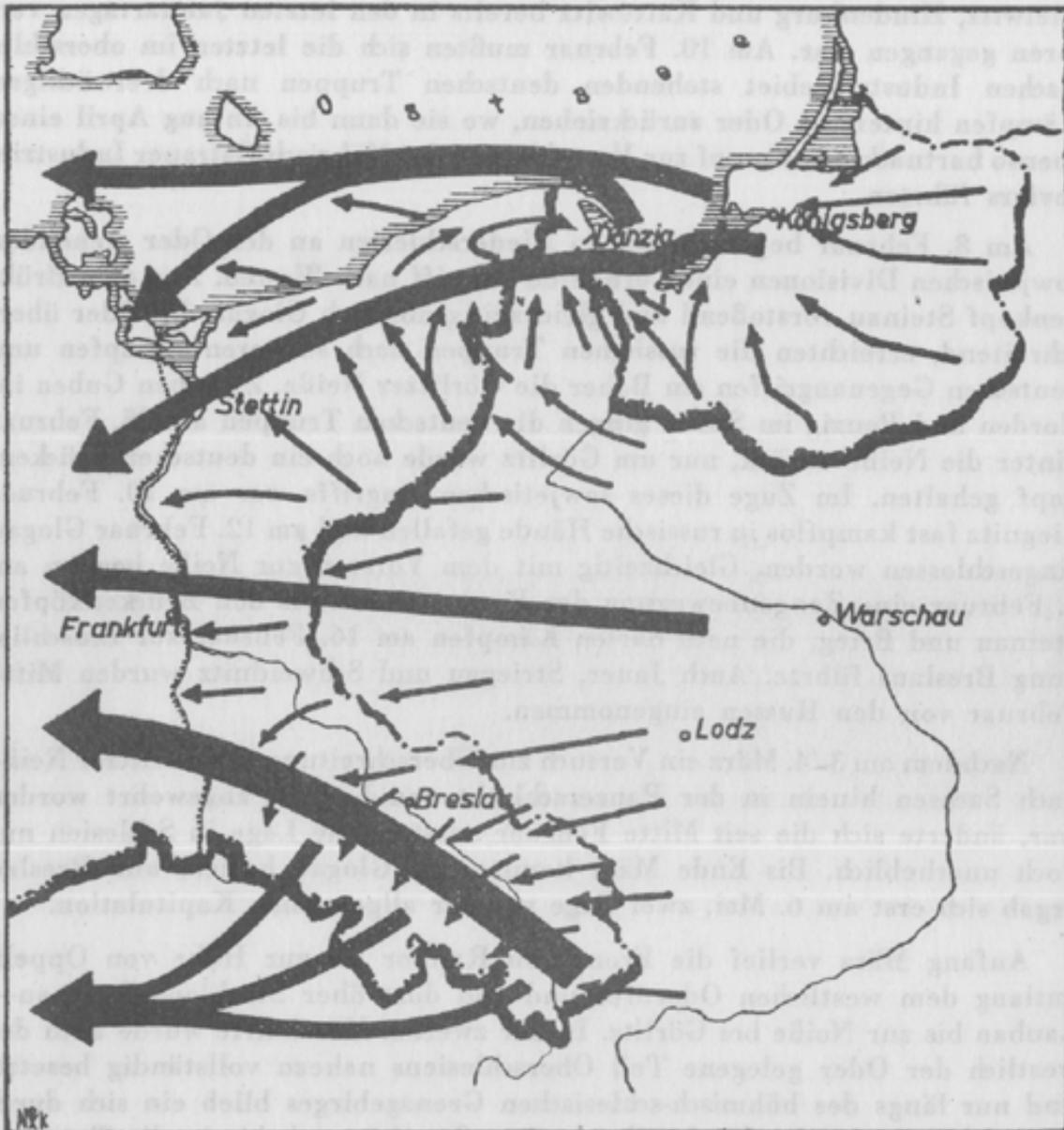
An den Straßenrändern und in den Gräben lagen immer wieder Leichen, Tierkadaver, Fahrzeugtrümmer und Flüchtlingsgepäck jeglicher Art. Hunderttausende mußten z.B. lebensgefährliche Wanderungen über das brüchige Eis des Frischen Haffs überstehen oder steile, vereiste Gebirgspässe sowie zugefrorene Flüsse überqueren. Feindliche Tiefflieger- und Bombenangriffe, Panzerüberfälle, Artilleriebeschuß oder Untergänge von Schiffen verursachten täglich zahllose Fluchtkatastrophen.

Die Fluchtwege richteten sich schon bald nach den militärischen Aktionen. Erfolg oder Mißerfolg hing fast ausschließlich von der Richtung und Schnelligkeit der sowjetischen Vorstöße ab. Die Flucht war von Anfang an aussichtslos, wenn die Flüchtlinge noch größere Strecken bis zur Oder zurücklegen mußten. Im Verhältnis zu den sowjetischen Panzertruppen, die mit unheimlicher Schnelligkeit nach Westen stürmten, kamen die Flüchtlingstrecks nur sehr langsam voran, denn die eisglatten Straßen waren fast überall hoffnungslos verstopft.

Obwohl die Wehrmachts-, Waffen-SS- und Volkssturmeinheiten erbitterten Widerstand leisteten, wurden Ost- und Westpreußen, Westpolen, der Reichsgau Wartheland, Ostbrandenburg sowie Ostpommern praktisch im Handstreich genommen bzw. überrollt. Hunderttausende wurden von sowjetischen Panzertruppen in ihren Wohnorten überrascht oder schon nach kurzer Flucht eingeholt. Aufgrund der Gebirgsregionen verfügten nur Nieder- und Oberschlesien über stabile Frontlinien. Hier konnte man die sowjetische "Dampfwalze" vorübergehend stoppen.

Die folgende Skizze der Hauptfluchtwege soll diese Bevölkerungsbewegung von Ost nach West veranschaulichen (x001/22E):

*Die Fluchtwege der ostdeutschen Bevölkerung während des Vordringens der Roten Armee bis zur Oder-Neiße-Linie. (Januar—April 1945).*



-  = Allgemeine Fluchtrichtungen und Hauptfluchtwege.
-  = Örtliche Fluchtbewegungen, verursacht durch das jeweilige Vordringen der Roten Armee.

### Klimatische Verhältnisse östlich der Oder (Januar bis Mai 1945):

- 12.01.-16.01.1945 ⇒ 10-20° Kälte - eisiger Ostwind.  
17.01.-23.01.1945 ⇒ 15-23° Kälte - starke Schneefälle – Schneestürme - hohe Schneeverwehungen - Glatteis.  
24.01.-30.01.1945 ⇒ 20-30° Kälte - gewaltige Schneestürme – Schneefälle - meterhohe Schneewehen.  
31.01.-07.02.1945 ⇒ Naßkaltes Tauwetter - Sturm und Regen – Nachtfrost und Eisglätte.  
08.02.-14.02.1945 ⇒ Schneestürme - Regen - mäßiger Frost.  
15.02.-21.02.1945 ⇒ Eisiger Wind - Schneetreiben - Dauerregen – vereiste Straßen.  
22.02.-28.02.1945 ⇒ Mildere Temperaturen - aufgeweichte Wege - Tauwetter - Regen und Schneefälle.  
01.03.-07.03.1945 ⇒ 10-20° Kälte - Schneestürme - Regen- und Graupelschauer - Hagel – Regen - Nebel und Glatteis.  
08.03.-20.03.1945 ⇒ Eisiger Nordostwind - Schneefälle und Schneestürme.  
21.03.-31.03.1945 ⇒ Regen und naßkaltes Frühlingswetter.  
01.04.-09.05.1945 ⇒ Niedrige Nachttemperaturen - warmes Frühlingswetter - wolkenloser Himmel - Sonnenschein und Regen.

### Fluchtverlauf, Fluchtdauer, Not und Elend, Notgemeinschaften

Im Verlauf der sowjetischen Winteroffensive stürmte die Rote Armee unaufhaltsam vorwärts und legte in kurzer Zeit große Entfernungen zurück.

Ostpreußen wurde bereits am 23.01.1945 vom Deutschen Reich abgeschnitten. Bis zum 31.01.1945 besetzten die sowjetischen Truppen alle westpolnischen Gebiete sowie Ostbrandenburg und erreichten die Oder. Im Raum Danzig und in Ostpommern ließen sich viele Flüchtlinge von den friedlichen Verhältnissen täuschen. Anstatt zügig nach Westen zu fliehen, legten die erschöpften Flüchtlinge oftmals längere Ruhepausen ein. Anfang März 1945 verboten NS-Parteibehörden außerdem vielerorts jegliche Fluchtbewegungen.

Da Ostpommern innerhalb von 2 Wochen durch sowjetische Truppen überrollt wurde und ab Mitte März 1945 alle Fluchtwege über die Oder versperrt waren, flohen ca. 2,5 Millionen Ostpommern, Danziger und Flüchtlinge aus Ostpreußen, Westpreußen, Ostbrandenburg und dem Wartheland in die ostdeutschen Ostseehäfen.

In Schlesien konnte man zwar relativ geordnete Evakuierungen und Fluchtbewegungen durchführen, aber nach der Kapitulation mußten mehr als 800.000 Schlesier, die in das Sudetenland oder nach Böhmen und Mähren geflüchtet waren, zurückkehren.

Falls es keine längeren Staus, Pannen oder Unfälle gab, schafften die Trecks täglich etwa 20 km.

Während der rastlosen Irrfahrt hörten die Fliehenden ständig lauten Kampfärm und sahen nachts überall brennende Dörfer und Städte. Vor den Flußübergängen der Warthe, Weichsel, Oder und Neiße stauten sich schnell riesige Flüchtlingsskolonnen. Unzählige Flüchtlingstrecks kamen nicht schnell genug voran, so daß sie durch sowjetische Truppen oder Partisanen überholt, eingekreist, ausgeplündert, mißhandelt und zur Umkehr gezwungen wurden.

### Beispiele für erfolgreiche Fluchtversuche:

Kreis Znin (Posen) - Niedersachsen = 20.01.-15.02.1945 (Treck).

Kreis Lyck (Ostpreußen) - Thüringen = 21.01.-28.02.1945 (Treck, Bahn und Schiff).

Kreis Rosenberg (Westpreußen) - Niedersachsen = 21.01.-21.03.1945 (Treck).

Kreis Stuhm (Westpreußen) - Ostholstein = 23.01.-01.05.1945 (Treck, Wehrmachtsfahrzeuge und Fußmarsch).

Kreis Neumarkt (Niederschlesien) - Sudetenland = 27.01.-28.02.1945 (Treck).

Kreis Marienburg (Westpreußen) - Ostpommern - Danzig - Dänemark = 24.01.-18.03.1945 (Treck und Schiff).

Beispiele für gescheiterte Fluchtversuche:

Kreis Posen - ... = 18.01.-19.01.1945 (Treck).

Kreis Marienwerder (Westpreußen) - Ostpommern = 22.01.-11.03.1945 (Treck).

Kreis Samland (Ostpreußen) - ... = 24.01.-29.01.1945 (Treck).

Kreis Dirschau (Westpreußen) - Ostpommern = 24.01.-7.03.1945 (Treck).

Kreis Regenwalde (Ostpommern) - ... = 3.03.-4.03.1945 (Treck).

Auf der Flucht um Leben oder Tod hatte man meistens nicht einmal genug Zeit, gestorbene Kinder, Eltern oder andere Familienmitglieder zu bestatten, denn die sowjetischen Truppen waren den Deutschen fast immer "dicht auf den Fersen". In den Wintermonaten war der Boden steinhart gefroren, so daß man die Toten ohnehin nicht begraben konnte. Man wickelte die Leichen lediglich in Tücher oder Decken und legte sie einfach in Straßengraben oder an Straßenränder.

In jener barbarischen Zeit wurden Fluchtwege zu Friedhöfen. Totenscheine, Trauerfeiern oder Kreuze gab es nicht. Falls man die Dörfer und Städte noch nicht geräumt hatte, legten durchfahrende Flüchtlinge ihre Toten kurzerhand vor Kirchentüren ab. Sie fuhren danach sofort weiter, ohne Personalien anzugeben oder ohne die Beerdigung abzuwarten.

In den ostdeutschen Fluchtzentren mußten Wehrmachtssoldaten unentwegt große Massengräber ausheben, um die zahllosen Toten zu beerdigen. Die Wehrmachtspfarrrer hielten täglich kurze Totenfeiern. Auf diese Weise blieben doch noch Tausende von Flüchtlingen in der geliebten Heimat.

Im Verlauf der langen Flucht mußten viele Ost- und Volksdeutsche die bittere Erfahrung machen, daß Not und Elend nicht nur verbindet. Je härter der Kampf um "Sein oder Nichtsein" wurde, desto auffälliger setzten sich Egoismus und Rücksichtslosigkeit durch. Infolge der unmenschlichen Fluchtstrapazen stumpften die Menschen allmählich ab. Die allgemeine Endzeitstimmung wurde zusehends von Mißgunst und Haß geprägt.

In jener "Wolfszeit" war es keine Seltenheit, daß "alte Bekannte" und "gute Freunde" manchen Hilfesuchenden im Stich ließen. Die unübersehbare Not und das Elend der Mitmenschen wurden lediglich teilnahmslos registriert. Der natürliche Überlebenswille und die Lebengier verdrängten Menschlichkeit, Mitgefühl, Mitleid oder Tränen. Jeder wollte nur entkommen und seine eigene Haut retten.

Die gehetzten Flüchtlinge gaben trotz der aussichtslosen Lage meistens nicht auf. Sie flüchteten praktisch bis zur letzten Minute, so weit und so lange ihre Füße sie schließlich trugen. Während der Flucht gab es grundsätzlich nur ein Schlagwort: **"WEITER, WEITER, IMMER WEITER!"**

Wer kraftlos zurückblieb, war rettungslos verloren. Alte, Säuglinge, schwache und kranke Menschen waren diesen erbarmungslosen Überlebenskämpfen gewöhnlich nicht gewachsen. Damals gab es glücklicherweise nicht nur trostlose Barbarei und Unmenschlichkeit. Trotz der unsäglichen Not traf man noch gütige Menschen, die Mitleid und Verständnis aufbrachten. Für diese "wahren Christen" zählten Gastfreundschaft, Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe nicht nur "in guten Tagen".

Im Gegensatz zum NS-Regime tat die Wehrmacht alles Menschenmögliche, um den Verfolgten zu helfen. In allen Ostprovinzen mobilisierten die deutschen Soldaten ihre letzten Kräfte, wenn es darum ging, wehrlose Flüchtlinge zu schützen und die größte Not zu lindern. Die Wehrmacht stellte z.B. an vielbefahrenen Fluchtstraßen Feldküchen und Feldlazarette auf, um den durchziehenden Flüchtlingen heiße Getränke und Suppen zu reichen oder um Kranke und Verletzte medizinisch zu versorgen.

Viele Flüchtlinge trafen mit schwersten Erfrierungen in den Wehrmachtsskasernen ein, so daß man häufig erfrorene Gliedmaßen amputieren mußte. In den Behelfskrankenhäusern der

Wehrmacht richtete man schon bald Sonderabteilungen ein, um kranke Flüchtlingskinder und alte Menschen zu behandeln. Die unermüdeten Wehrmachtsärzte waren pausenlos im Einsatz, denn sie mußten ungezählte halberfrorene Säuglinge wieder zum Leben erwecken.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Flucht der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße (x001/24E-59E): >>...

Die Ursachen, die den Flüchtlingsstrom aus Ostdeutschland in den ersten Monaten des Jahres 1945 auslösten, waren zwingender, als dies bei anderen Evakuierungs- und Fluchtbewegungen der Zivilbevölkerung im Ersten oder Zweiten Weltkrieg der Fall war.

Es galt nicht allein, der Front und den Kampfhandlungen auszuweichen, sondern einem Gegner, der, wie die im Herbst 1944 in Ostpreußen und schon vorher in den baltischen Ländern gemachten Erfahrungen gezeigt hatten, keinerlei Rücksicht auf die Zivilbevölkerung nahm, sondern - zur Vergeltung gegenüber der deutschen Bevölkerung und zum Beutemachen ermuntert - zügellos und brutal plünderte, die Frauen vergewaltigte und nach Belieben Zivilisten erschoss, Tausende in provisorisch errichtete Lager zusammentrieb und nach Osten verschleppte.

Der Entschluß zur Flucht vor den sowjetischen Truppen war deshalb unter der gesamten deutschen Ostbevölkerung nahezu allgemein. Wohl benutzte die Parteipropaganda die Kunde von Greuelthaten für ihre Zwecke, vor allem um eine Stärkung des Widerstandswillens zu erreichen, aber auch unabhängig davon war man in Ostdeutschland einer Meinung darüber, daß die Zivilbevölkerung Schlimmstes von den sowjetischen Truppen zu erwarten hatte.

Die ostdeutsche Bevölkerung machte sich auf die Flucht, obwohl von Januar bis März 1945 in allen ostdeutschen Provinzen ein äußerst strenger Winter herrschte, der unterwegs Erfrierungen, auf den eisglatten Straßen und schneeeverwehten Wegen härteste Strapazen befürchten ließ. Hierzu kam, daß die Plötzlichkeit des russischen Vormarsches und der Mangel an ausreichenden Transportmitteln dazu zwangen, nur die nötigsten Gebrauchsgegenstände und Lebensmittel mitzunehmen.

Der größte Teil des Besitzes, die Habe in Haus und Hof, mußten zurückgelassen werden, vor allem auch zahlreiches Vieh, was gleichbedeutend war mit seinem Verlust. Außerdem war vielerorts die Chance des Entkommens schon äußerst gering, da die russischen Panzer schneller waren als die Flüchtlingstrecks und überdies ständig die Gefahr bestand, eingeschlossen zu werden oder auf offener Straße in die Kampfhandlungen hineinzugeraten. Auch das Fehlen der zum Kriegsdienst eingezogenen Männer machte sich in dieser Notzeit für die Zivilbevölkerung sehr erschwerend bemerkbar.

Die hohe Zahl von Verzweiflungstaten und Selbstmorden in jener Zeit und bereits vor dem Eintreffen der russischen Truppen verdeutlicht die verzweifelte Notlage der ostdeutschen Bevölkerung in ihrer Furcht vor den Gefahren der Flucht und den unermesslichen Leiden, die von der Roten Armee drohten. - In dieser entsetzlichen Not entschied sich dennoch die überwiegende Mehrzahl in allen deutschbewohnten Gebieten jenseits der Oder-Neiße für den Aufbruch zur Flucht, da alle Bedenken, die davon abhalten konnten, von der Furcht vor den Kampfhandlungen und vor den zu erwartenden Übergriffen der sowjetischen Truppen übertroffen wurden.

Bei der panikartigen Flucht, die überall allein das Erscheinen der Roten Armee auslöste, waren die amtlichen Anordnungen zur Räumung oft nahezu ohne Bedeutung. Eine geregelte Evakuierung im großen war meistens nicht mehr möglich oder zu spät begonnen worden. Die für die Räumung verantwortlichen Behörden vermochten eine überstürzte und regellose Flucht nicht zu verhindern, und die mit der Evakuierung beauftragten Organisationen waren trotz mancher aufopfernder Bemühungen, vor allem bei der NSV. und den Kreis- und Ortsbauernschaften, nicht imstande, den plötzlich anwachsenden Flüchtlingsstrom hinreichend zu lenken und zu versorgen.

Die Befehlsgewalt der Partei in allen Räumungsangelegenheiten hatte im ganzen zweifellos

nachteilige Folgen, sie bedeutete aber keineswegs, daß die Flucht oder Evakuierung gegen den Willen der ostdeutschen Bevölkerung erzwungen worden ist. Dies geht allein schon daraus hervor, daß die Bevölkerung auch dann, wenn keine Räumungsbefehle gegeben wurden, in gleicher Weise flüchtete.

Der Zwangscharakter, den die Räumung infolge der Anordnungen der Partei erhielt, bezog sich nur auf die von den Gau- und Kreisleitern angeordneten Räumungstermine, nicht auf die Flucht als solche. Nicht darin lag die Unverantwortlichkeit der parteiamtlichen Maßnahmen, daß Räumungsbefehle gegeben wurden, sondern daß dies infolge des Unvermögens der Parteibehörden, sich die wirkliche Lage einzugestehen, meist zu spät erfolgte und damit der Aufbruch zur Flucht eine Verzögerung erlitt, die ein rechtzeitiges Entkommen für Teile der ostdeutschen Bevölkerung unmöglich machte.

Obwohl die Flüchtenden, als sie sich auf die Flucht begaben, zweifellos nicht absehen konnten, was ihnen im einzelnen unter russischer Herrschaft bevorstand, so hat sich doch später an der vielfältigen schrecklichen Erfahrung derjenigen, die zurückgeblieben waren oder denen die Flucht mißlang, eindeutig erwiesen, daß die Flucht im Rahmen des Gesamtschicksals der ostdeutschen Bevölkerung nach 1945 noch das geringste Übel war.

Unzählige Menschen sind dadurch vor Schlimmerem bewahrt geblieben, denn die Verluste, die während der Flucht entstanden, reichten - so schmerzlich sie waren - nicht an die viel höheren Verluste und Schädigungen heran, die als Folge der russisch-polnischen Herrschaft über Ostdeutschland für diejenigen entstanden, die in diesen Gebieten zurückgeblieben waren.

#### **a. Die Flucht der deutschen Bevölkerung aus den westpolnischen Gebieten**

Das annähernd 100.000 qkm umfassende Gebiet, das im Norden durch die Warthe, Netze und Weichsel, im Osten durch den großen Weichselbogen, im Süden durch den Oberlauf der Weichsel und die schlesisch-polnische Grenze und nach Westen hin durch den Mittellauf der Oder begrenzt wird, stellte im Angriffsplan der russischen Großoffensive vom Januar 1945 einen einheitlichen Operationsraum dar. Es wurde der Schauplatz des russischen Frontalangriffs, der in ungeheurer Schnelligkeit innerhalb von 18 Tagen die über 400 km weite Strecke vom Weichselbogen bis zur mittleren Oder überwand.

Gleichsam keilförmig brach die Rote Armee in diesem sich schon in seiner äußeren Konfiguration nach Westen verengenden Gebiet bis in die Mitte des Reiches vor, während an den beiderseitigen Flanken in Ostpreußen, in Westpreußen, in Pommern und in Schlesien selbständige Fronten entstanden und strategische Räume, um die noch monatelang der Kampf ging.

Wie der Verlauf der Operationen, so unterschied sich auch die Flucht der deutschen Bevölkerung in diesem mittleren Gebiet zunächst dadurch von den übrigen Ostgebieten, daß sie Ende Januar 1945 im wesentlichen bereits abgeschlossen war. Während sich in Ostpreußen und Schlesien die Fluchtbewegung der Bevölkerung durch vier Monate hinzog, entschied sich das Fluchtschicksal der Deutschen aus den Gebieten des damaligen Generalgouvernements, des Warthegaues und Ostbrandenburgs innerhalb von vierzehn Tagen.

Im Verhältnis zu den Dimensionen dieses Gebietes, dessen Fläche fast doppelt so groß wie die Ostpreußens ist, war die Zahl der deutschen Bevölkerung relativ gering. Sie betrug ca. 1,4 Millionen. Davon entfielen allein 640.000 auf das kleine Gebiet Ostbrandenburgs. Im Warthegau lebten rund 670.000 und in der westlichen Hälfte des Generalgouvernements rund 90.000 Deutsche.

Abgesehen von dem rein deutsch bewohnten Ostbrandenburg war die deutsche Bevölkerung weit in der Minderheit. Sie war am dichtesten in der westlichen Hälfte des Warthegaues, im Bereich der alten Provinz Posen, insbesondere in den unmittelbar an die alte Reichsgrenze von 1937 angrenzenden Gegenden. Hier betrug der Anteil der deutschen Bevölkerung etwa 30 Prozent, östlich der Linie Hohensalza - Kalisch war die Dichte der deutschen Bevölkerung geringer.

Eine zahlenmäßig starke deutsche Minderheit gab es nur noch im Gebiet von Lodz, in dem

über 100.000 Deutsche lebten. Im übrigen wird der Anteil der deutschen Bevölkerung - verstärkt durch den Zuzug von Volksdeutschen Umsiedlern und Deutschen aus dem Reich - durchschnittlich 10 Prozent betragen haben. Im Gebiet des Generalgouvernements war er jedoch weit geringer. Auf einhundert Polen kam hier durchschnittlich nur ein Deutscher.

Die Flucht der in ihrer Masse in Brandenburg und der Provinz Posen lebenden und mit ihren Ausläufern weit nach Osten verstreuten deutschen Volksteile war in hohem Maße eine Frage der Zeit und der Entfernungen.

Die weiten Strecken, die bis zur Oder zurückzulegen waren, und das Tempo des Vormarsches der sowjetischen Armeen ließen für die überwiegende Zahl der aus Zentralpolen und dem östlichen Teil des Warthegebietes fliehenden Deutschen die Flucht mißlingen. Dazu kam, daß die verantwortlichen Parteibehörden sich und die Bevölkerung völlig über den Ernst der Lage und die Schnelligkeit des sowjetischen Vormarsches täuschten und kostbare Zeit vergehen ließen, indem sie noch mehrere Tage nach dem Beginn der russischen Offensive kategorisch die Flucht der Bevölkerung verboten.

Wie die Stoßrichtung der russischen Armeen verlief in Zentral- und Westpolen auch die Flucht der deutschen Bevölkerung gleichmäßig von Osten nach Westen. Dabei führte die Mehrzahl der Fluchtwege nach Ostbrandenburg. Teile der deutschen Bevölkerung aus dem nördlichen Warthegebiet zogen nach Pommern, und im Süden flohen viele Deutsche nach Schlesien.

Entsprechend dem russischen Vordringen begann die Flucht zuerst in den am weitesten östlich gelegenen Bezirken an den Tagen des 16., 17. und 18. Januar und ergriff dann die sich nach Westen anschließenden Gebiete. Am 20.-23. Januar war im Gebiet der Provinz Posen der Höhepunkt der Fluchtwelle erreicht, während die Flucht der ostbrandenburgischen Bevölkerung, soweit sie überhaupt in Gang kam, erst in die letzten Januartage fiel.

Entsprechend dem Räumungsplan der deutschen Behörden, der eine Einteilung des Warthegaus in drei Zonen vorsah und auf Grund dessen die Räumungsbefehle an die einzelnen Zonen in zeitlicher Aufeinanderfolge ergingen, verlief die Flucht zunächst in zeitlicher Staffelung und gleichsam wellenförmiger Bewegung, ehe sie in ein Chaos allgemeiner Überstürzung mündete.

Erst am 16. Januar wurde für das Gebiet östlich der Linie Kutno - Sieradz - Wielun die Räumung angeordnet, und auch dies zunächst nur für Frauen mit kleinen Kindern und für Kranke und Gebrechliche. Diese beschränkte Räumungsaktion blieb für die östlichen Gebiete die einzige, die mit einigem Erfolg durchgeführt werden konnte.

Es gelang z.B., mit mehreren Sonderzügen einige tausend Frauen und Kinder aus Lodz nach dem Kreis Wollstein zu bringen, von wo aus sie dann wenig später die Flucht über die Oder fortsetzen konnten. Auch aus Wielun wurden durch tatkräftigen Einsatz der örtlichen Behörden 3.000 Frauen und Kinder in den Kreis Lissa und anschließend weiter über die Oder transportiert.

Durch fehlende Eisenbahnzüge und Verkehrsstockungen wurde aber auch diese am 16. Januar zur Rettung der Mütter und Kinder angeordnete Maßnahme stark behindert, und als am 18. Januar die Evakuierung der ganzen östlichen Zone des Warthegaus befohlen wurde, konnten aus diesem Gebiet bereits keine Züge mehr nach Westen fahren, da russische Truppen inzwischen Lodz erreicht hatten und die Eisenbahnstrecken Lodz - Posen, Kutno - Posen und die südliche Strecke Wielun - Lissa schon unterbrochen waren.

Mit Ausnahme eines Teiles der städtischen Bevölkerung, der schon in den Tagen vorher trotz Fluchtverbot mit der Eisenbahn nach dem Westen gelangt war, wurde mit dem 18. Januar die Flucht der Bevölkerung aus der östlichen Hälfte des Warthegebietes ein fast aussichtsloses Beginnen. Lastkraftwagen und motorisierte Verkehrsmittel standen nur in ganz seltenen Fällen zur Verfügung, und so blieb trotz starker Kälte nichts anderes übrig als der Treck mit Pferd und Wagen.

Sehr viele Deutsche haben versucht, auf diesem Wege den vorstoßenden Russen zu entgehen, aber sie wurden nahezu sämtlich unterwegs von russischen Panzern eingeholt, meist schon im Raum Kalisch - Konin. In Lodz, dem östlichsten Zentrum des Deutschtums in Polen, fielen Zehntausende von Deutschen, ehe sie noch aufgebrochen waren, den Russen in die Hände.

Erfolgreicher verlief die Flucht der deutschen Bevölkerung aus dem Zentrum des Warthegebietes, das etwa durch die Städte Hohensalza – Posen - Kalisch abgesteckt werden kann. Obwohl für dieses Gebiet erst am 20. Januar die Räumungserlaubnis gegeben wurde, ist die Mehrzahl der städtischen Bevölkerung teilweise schon vor diesem Datum mit der Eisenbahn nach dem Westen gelangt. Nach dem 20. Januar war allerdings auch hier eine Flucht auf dem Schienenwege nicht mehr möglich.

Da die Entfernungen bis zur Oder aus dem Raum Hohensalza - Posen - Kalisch im allgemeinen unter 200 Kilometer lagen, bestand jedoch auch für die Trecks der Dörfer und Güter eine Chance des Entkommens, sofern nicht Straßenverstopfungen, Wagenbrüche und sonstige Verzögerungen eintraten oder Erfrierungen und Erkrankungen bei der schneidenden Kälte die Flucht behinderten.

Die knappe Hälfte der auf dem Treck befindlichen Bevölkerung mag aus diesem Gebiet bis über die Oder gelangt sein. Dagegen haben es die Trecks mit besonders langen Fluchtwegen in der Regel nicht vermocht, die Oder vor den Russen zu erreichen.

In den am weitesten westlich gelegenen Gebieten der ehemaligen Provinz Posen, die an Pommern, Brandenburg und Schlesien angrenzten, waren die Aussichten für eine erfolgreiche Flucht hinsichtlich der Zeit und der Entfernungen am günstigsten. Ab 20. Januar lag die Räumungserlaubnis vor, und die Bahnverbindungen Wollstein - Guben, Bentschen - Frankfurt, Birnbaum – Schwerin - Soldin und Filehne – Landsberg - Küstrin stellten ein intaktes Eisenbahnnetz dar.

Ein großer Teil der städtischen Bevölkerung konnte auf diesem Wege rechtzeitig in das innere Reichsgebiet und nach Pommern gelangen. Die Mehrzahl aber begab sich auf den Treck mit Pferden und Fuhrwerken. Denn auch die städtische Bevölkerung zog vielerorts die Flucht mit Fuhrwerken vor, da hierbei mehr Gepäck mitgeführt werden konnte.

Diejenigen Trecks, die bereits am 20. oder 21. Januar aufgebrochen waren und keinen weiten Weg bis zur alten Reichsgrenze zurückzulegen hatten, gelangten fast ausnahmslos an die Bestimmungsorte in Pommern und Brandenburg. Die Hauptfluchtlinie aus den Kreisen Kolmar, Czarnikau, Obornik, Samter und Birnbaum war die von Posen kommende Hauptstraße, auf der die Trecks über Schwerin – Landsberg - Soldin durch die Neumark und weiter nach der Prignitz zogen.

Zahlreiche Flüchtlinge zogen auch über Schneidemühl und Deutsch Krone nach Ostpommern hinein. Weiter südlich waren die Straßen Bentschen - Schwiebus - Frankfurt und Wollstein - Grossen - Guben die meist befahrenen Treckwege. In die östlich der Oder gelegenen Kreise Schlesiens strömten auf den von Wielun und Ostrowo kommenden Straßen viele Trecks aus dem südlichen Warthegebiet.

Da in den Tagen vom 20.-24. Januar auch die aus den weiter östlich, gelegenen Gebieten stammenden Trecks die westlichen Grenzkreise erreichten, kam es hier auf den Straßen bald zu erheblichen Ansammlungen von Fahrzeugen und infolgedessen zu Stockungen der Fluchtbewegung. Im Kreis Kolmar nahmen die Straßenverstopfungen bereits solche Ausmaße an, daß ganze Gemeinden geschlossen zurückblieben, weil ein Weiterkommen unmöglich war. Zur Katastrophe kam es vor Czarnikau.

An diesem Kreuzungspunkt dreier Straßen, von dem aus eine Brücke über die Netze nach Pommern führte, ballten sich die Trecks massenweise zusammen, als völlig unerwartet schon am 23. Januar - zu einer Zeit, als sonst in dieser Gegend noch keinerlei russische Truppen erschienen waren - sowjetische Panzer anrollten, und große Verheerungen unter den Flüchtlingsmassen anrichteten.

Auch von schon weiter westlich unterwegs befindlichen Trecks aus dem Wartheland wurden manche im Raum von Schneidemühl, im Netzekreis und den nördlich der Netze gelegenen südpommerischen Kreisen Friedeberg und Deutsch Krone von sowjetischen Panzern überrollt, nachdem die Russen am 26. Januar die Netze in breiter Front überschritten und bald darauf Schneidemühl eingeschlossen hatten.

Trotz solcher nicht seltenen Fluchtkatastrophen kann als sicher gelten, daß über die Hälfte der deutschen Bevölkerung aus dem westlichen, am stärksten von Deutschen bewohnten Gebiet des Warthegaus über die Oder gelangt ist.

Anders verhielt es sich jedoch in Ostbrandenburg. Obwohl die dortige Bevölkerung etwa seit dem 22. Januar den Durchzug von Flüchtlingen aus dem Wartheland erlebte, glaubte sie zunächst nicht, daß eine ernsthafte Gefahr bestünde. War es doch in der Tat schwer vorstellbar, daß die russischen Truppen, ohne entscheidenden Widerstand zu finden, so nahe an die Reichshauptstadt Berlin herankommen würden. Überdies glaubte sich Brandenburg geschützt durch die alte, entlang der Reichsgrenze führende Odra-Stellung, an der während des ganzen Herbstes 1944 geschanzt worden war.

Vor allem die Parteibehörden wiegten sich in diesem optimistischen Glauben oder schützten ihn zumindest vor. Noch in den letzten Januartagen verboten sie die Flucht der brandenburgischen Bevölkerung. Nur die ca. 100.000 nach Ostbrandenburg evakuierten Bombenflüchtlinge aus Berlin, die hier eine Notaufnahme gefunden hatten, wurden nicht gehindert, und sie verließen deshalb z.T. rechtzeitig das Gebiet östlich der Oder.

Kaum irgendwo sonst haben die für die Räumung verantwortlichen Kreisleitungen der NSDAP, eine solche verhängnisvolle Rolle gespielt wie in Brandenburg. Fast überall löste erst das unmittelbare Auftauchen russischer Panzer eine überstürzte Flucht der Bevölkerung aus, für die bis zu diesem Zeitpunkt noch keine Räumungserlaubnis vorlag, oft war dann auch eine Flucht völlig unmöglich geworden.

Die zeitlich frühesten russischen Vorstöße nach Ostbrandenburg fanden etwa gleichzeitig am 28. Januar im Süden und im Norden statt. Der südliche Angriff führte durch die Kreise Züllichau-Schwiebus, Grossen und Guben bis an die Oder südlich von Frankfurt (Fürstenberg). Nur einem äußerst geringen Teil der Bevölkerung dieser Kreise gelang die Flucht, die Mehrzahl wurde völlig überrascht, ehe sie noch an einen Aufbruch gedacht hatte.

Im Norden hatten sowjetische Truppen am 26. Januar zwischen Usch und Czarnikau die Netze überschritten, waren am 28. Januar durch den Netzekreis und durch den pommerischen Kreis Friedeberg gestoßen und eilten am nördlichen Netzeufer nördlich an Landsberg vorbei durch die Kreise Landsberg, Soldin und Königsberg/Neumark in Richtung Küstrin, wo sie in den letzten Januartagen die Oder erreichten. Der Bevölkerung der Neumark und des Kreises Schwerin, die durch diesen Vorstoß am unmittelbarsten betroffen war, erging es nicht viel anders als der Bevölkerung der südlichen Kreise Ostbrandenburgs.

In der Zeit vom 29. bis zum 31. Januar begann eine panikartige Flucht der Bevölkerung aus den Kreisen Schwerin, Landsberg, Soldin und Königsberg/Neumark. Die Masse der ländlichen Bevölkerung wurde jedoch so von den Ereignissen überrascht, daß fast nirgends mehr die Möglichkeit des Fortkommens bestand. Aus der Stadt Landsberg konnte ebenfalls nur noch ein geringer Teil mit der Eisenbahn entkommen. Etwas größer war die Zahl der Stadtbevölkerung von Schwerin und Königsberg/Neumark, die teilweise mit Sonderzügen noch rechtzeitig hinter die Oder gelangte.

Die Tatsache, daß die Russen sowohl vor Küstrin als auch vor Frankfurt standen, verhinderte auch, daß aus den mittleren Kreisen Brandenburgs noch Eisenbahnstrecken nach Westen benutzt werden konnten; denn über Frankfurt und Küstrin führten die einzigen Bahnverbindungen aus Ostbrandenburg über die Oder. Die Strecke über Frankfurt war schon seit dem 28. Januar gesperrt und drei Tage später auch die über Küstrin.

Als am 1. Februar ein Zug mit Flüchtlingen aus der Stadt Drossen (Kreis Weststernberg) in

Richtung Küstrin fuhr, wurde er unterwegs von russischen Panzern unter hohen Menschenverlusten völlig zerschossen.

Wie in den südlichen und nördlichen Kreisen Ostbrandenburgs gelang es auch in den mittleren Gebieten (Meseritz, Ost- und Weststernberg) nur ganz geringen Teilen der Bevölkerung zu fliehen.

Nahezu in allen ostbrandenburgischen Kreisen hatte der sowjetische Vorstoß eine heillose Verwirrung verursacht, was zur Folge hatte, daß die Masse der Bevölkerung von den Russen überrollt worden ist. Der Anteil derer, die noch zu fliehen vermochten und die Gebiete jenseits der Oder erreichten, wird 30 bis 40 Prozent nicht überschritten haben.

Für das gesamte Gebiet zwischen dem großen Weichselbogen und der mittleren Oder, das den westlichen Teil des damaligen Generalgouvernements, den Warthegau und Ostbrandenburg umfaßt, kann abschließend gesagt werden:

Fast die gesamte deutsche Bevölkerung, schätzungsweise 80 bis 90 Prozent, hatte sich - mit Ausnahme der in den östlichen Gebieten und in Ostbrandenburg völlig überraschten Bevölkerung - auf die Flucht begeben. Die ansässigen Polen haben, von einzelnen Fällen abgesehen, von der Möglichkeit der Flucht keinen Gebrauch gemacht.

Sie wurden auch dort, wo eine reguläre Evakuierung der Bevölkerung stattfand, seitens der deutschen Behörden nicht gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, und haben ihrerseits in der Regel den Abzug der Deutschen nicht gestört. Nur in Einzelfällen ist die flüchtende deutsche Bevölkerung von fanatischen Polen belästigt oder bedroht worden.

Über die Gesamtzahl der Deutschen, die durch Evakuierung und Flucht das Reichsgebiet westlich der Oder erreichten, lassen sich vorerst nur Schätzungen anstellen. Eine vorsichtige Auswertung der verfügbaren Unterlagen ergibt, daß von den 1,4 Millionen Deutschen, die Anfang 1945 zwischen großem Weichselbogen und mittlerer Oder lebten, 40 bis 60 Prozent bis Ende Januar 1945 dieses Gebiet verließen. Mindestens 600.000 Deutsche wurden entweder auf der Flucht von den sowjetischen Truppen überrollt oder fielen bereits in ihren Heimatorten den Russen in die Hände.

Schon auf der Flucht traten durch Feindeinwirkung und vor allem infolge der großen Kälte und auf Grund von Entkräftung unter Alten und Kindern z.T. hohe Verluste ein, deren Gesamtzahl jedoch nie zu ermitteln sein wird.

#### **b. Die Flucht der ostpreußischen Bevölkerung**

Der russische Vorstoß vom Oktober 1944 hatte dazu geführt, daß die östliche Zone Ostpreußens nahezu völlig von der Bevölkerung geräumt und die Gesamteinwohnerzahl des noch unbesetzten Landes Ende 1944 auf  $1\frac{3}{4}$  Millionen abgesunken war.

Da ein beträchtlicher Teil der evakuierten Bevölkerung in den Regierungsbezirken Königsberg und Allenstein untergebracht worden war, hatte sich dort die Einwohnerzahl der Städte und Landgemeinden durchschnittlich um rund 15 Prozent erhöht. Diese dichte Ansammlung von Menschen in dem kleiner gewordenen ostpreußischen Raum erschwerte von vornherein die Flucht.

Als Mitte Januar 1945 vom Osten und Süden der russische Großangriff auf Ostpreußen begann, traf er auf eine Provinz, deren oberste Parteiführung ohne Bedacht auf die exponierte Lage Ostpreußens hartnäckig die Notwendigkeit vorsorglicher Evakuierungen leugnete und an dieser Haltung auch dann noch festhielt, als der Vormarsch der Roten Armee nach Ostpreußen in vollem Gange war.

Die Eifersucht, mit der der Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar von Ostpreußen darüber wachte, daß kein Räumungsbefehl in den Städten und Landgemeinden gegeben wurde, den er nicht genehmigt hatte, führte dazu, daß die Anordnungen der Gauleitung in Königsberg ständig hinter der Entwicklung der militärischen Lage herhinkten und die Räumungserlaubnis oft erst gegeben wurde, als eine ordnungsgemäße und gelenkte Evakuierung längst unmöglich geworden war. Vielerorts waren die Räumungsbefehle völlig überflüssig

geworden, weil sich die Bevölkerung bereits selbständig auf die Flucht begeben hatte. Eine rechtzeitige und organisierte Räumung fand fast nirgends statt, vielmehr stellte der Aufbruch der ostpreußischen Bevölkerung meist eine regellose, im letzten Moment ausgelöste und oft völlig verwirrte Flucht dar. Und dabei erwies es sich noch als ein Glück, daß sich wenigstens ein Teil der Bevölkerung nicht um das Fluchtverbot kümmerte, sondern, ohne die Bekanntgabe des Räumungsbefehls abzuwarten, mit der Eisenbahn oder auf dem Treckwege die bedrohten Wohnorte verließ.

Der Verlauf, die Richtung und der Erfolg der Flucht der ostpreußischen Bevölkerung waren in erster Linie bestimmt vom Ablauf der militärischen Operationen. Durch diese und die geographische Lage Ostpreußens bedingt, ergaben sich für die Flucht verschiedene zeitliche und örtliche Schwerpunkte.

Der erste Abschnitt der Flucht setzte etwa am 19./20. Januar ein und dauerte bis zur Abschnürung Ostpreußens bei Elbing am 26. Januar. Während dieser Zeit verlief die Fluchtbewegung im allgemeinen von Osten nach Westen. Aus den nordöstlichen Kreisen Labiau und Wehlau floh die Bevölkerung seit dem 19. Januar ins Samland und in Richtung Königsberg. Aus den östlich der Masurischen Seen gelegenen Kreisen Angerburg, Lötzen, Lyck, Johannisburg, die im Oktober entweder gar nicht oder nur teilweise geräumt waren, begann der Aufbruch ziemlich gleichzeitig am 20. Januar.

Die Flüchtlingstrecks versuchten zunächst, quer durch Ostpreußen zu kommen, um dann bei Marienwerder oder Dirschau die Weichsel zu überqueren; denn jedermann glaubte, an der unteren Weichsel werde der Vormarsch der Russen zum Stehen kommen. Der russische Vorstoß von Süden nach Elbing machte diese Absicht jedoch weitgehend zunichte.

Nur ein geringer Teil der Bevölkerung der östlichen Kreise, der schon am 20., 21. und 22. Januar auf dem Schienenwege flüchtete, hat noch vor der Einschließung Ostpreußens die westlich der Weichsel gelegenen Gebiete erreichen können. Vor allem aus Königsberg sind auf diesem Wege schon ab 15. Januar schätzungsweise 75.000 Menschen herausgekommen. Am 21. Januar fuhren die letzten Flüchtlingzüge aus Königsberg ab, von denen einige aber bereits nicht mehr nach Elbing durchkamen und von Braunsberg nach Königsberg zurückgeleitet werden mußten. –

Schon am Vortage war durch die Einnahme Allensteins die südliche Strecke blockiert. Über andere Eisenbahnverbindungen, wie die von Lötzen über Rastenburg nach Heilsberg und Elbing, mögen am 22. Januar ebenfalls noch einige Tausende Ostpreußen verlassen haben. Spätestens ab 22. Januar war jedoch der Zugverkehr von Ostpreußen nach dem Reich auf allen Strecken eingestellt.

Ganz aussichtslos war es für die Masse der Bevölkerung aus den östlichen Kreisen, die mit dem Treck losgezogen war, auf dem Wege nach Westen über die Weichsel zu gelangen. Schnee und Kälte trugen das Ihre dazu bei, daß ein Vorwärtskommen der Trecks auf den von Flüchtlings- und Wehrmachtsfahrzeugen verstopften Straßen sehr verzögert wurde. Es gelang kaum einem dieser Trecks, auf dem Landweg in westlicher Richtung die Weichsel zu erreichen. Am 21. Januar fiel Allenstein in russische Hand, wodurch für die südöstlichen Gebiete der Fluchtweg auf den nach Westen führenden Straßen endgültig versperrt wurde.

Die unterwegs befindlichen Trecks mußten nach Norden ausweichen, und als am 23. Januar erste russische Panzer durch Elbing fuhren, war jeglicher Landweg nach Westen über die Weichsel abgeschnitten. Nur am Frischen Haff entlang konnten noch einige wenige Flüchtlinge aus der Elbinger Gegend sowie aus Tolkemit durch die Niederungen von Nogat und Weichsel nach Westen gelangen, bis am 26. Januar durch den russischen Vorstoß nach Tolkemit ans Haff auch diese beschränkte Möglichkeit fortfiel.

Zunächst etwas günstiger war die Situation für die südwestlichen und westlichen Kreise Ostpreußens, durch die der sowjetische Durchbruch aus dem Raum Ciechanów - Soldau nach Elbing führte.

Vom 19. bis 21. Januar fuhren aus den Kreisen Neidenburg, Ortelsburg, Allenstein, Osterode, Mohrunen und Preußisch Holland noch mehrere Flüchtlingszüge entweder über Deutsch Eylau und Thorn nach Südwesten oder über Marienburg und Elbing nach Nordwesten.

Der ungeheuer schnelle russische Vormarsch, der bereits am 18. Januar den am weitesten südlich gelegenen Kreis Neidenburg erreichte, am 19. und 20. die Kreise Ortelsburg, Osterode und Deutsch Eylau erfaßte und sich am 21./22. Januar auf das Gebiet um Allenstein, Mohrunen und Preußisch Holland ausdehnte, verursachte auf den Bahnhöfen der Städte ungeheure Menschenansammlungen.

Dieser russische Vorstoß wurde aber vor allem denen zum Verhängnis, die sich seit dem 19. Januar auf dem Treck nach Norden und Nordwesten unterwegs befanden. Mit Ausnahme derjenigen Trecks aus dem Kreise Preußisch Holland und aus der westlichen Hälfte des Kreises Mohrunen, die den direkten Weg nach Westen in Richtung Marienburg eingeschlagen hatten und sich auf diese Weise der Einschließung Ostpreußens entziehen konnten, bewegten sich die Dorf- und Gutstrecks aus den südlichen und südwestlichen Kreisen auf den Straßen nach Nordwesten in Richtung Elbing/Frisches Haff, also genau auf der Linie und in der Richtung, die die sowjetischen Panzer für ihren Vormarsch gewählt hatten.

Ein Teil der Trecks aus den Kreisen Ortelsburg, Allenstein, Mohrunen konnte noch rechtzeitig nach Norden abschwanken, der größere Teil aber fiel in russische Hand. Besonders die Trecks aus dem Kreise Osterode, der im Zentrum der russischen Angriffsbewegung lag, wurden meist schon im Kreisgebiet von sowjetischen Panzern überrollt.

Groß war in diesem südwestlichen Teil Ostpreußens auch die Zahl derer, die noch, ehe sie sich zur Flucht entschlossen hatten, in ihren Heimatdörfern und -Städten unter die Russen gerieten. In Allenstein war noch die Hälfte der Bevölkerung in der Stadt, als diese völlig überraschend von sowjetischen Truppen besetzt wurde, und auch in der Stadt Osterode hielten sich während des russischen Einmarsches noch Tausende von Einheimischen und Flüchtlingen auf.

Von den über 500.000 Menschen, die im Südwestteil Ostpreußens (südlich der Linie Elbing - Allenstein - Ortelsburg) lebten, wurde etwa die Hälfte infolge des sowjetischen Vorstoßes, der zur Abschnürung Ostpreußens führte, überrascht bzw. unterwegs überrollt. Rund ein Viertel gelangte mit der Eisenbahn, mit Kraftwagen oder mit dem Treck nach Westen über die Weichsel, und die übrigen flohen in den Raum südlich des Frischen Haffs, der in den folgenden Wochen im Brennpunkt der Fluchtbewegung in Ostpreußen stehen sollte.

Nachdem schon eine Woche nach dem Beginn der Fluchtbewegung der direkte Landweg von Ostpreußen nach dem Reich unterbrochen war, blieben nur noch zwei Fluchtmöglichkeiten: über See im Schiffstransport von Pillau aus oder über das Eis des Frischen Haffs auf die Nehrung und von dort aus über Kahlberg und die Weichselmündung nach Danzig und dann weiter nach Pommern.

Für die Bevölkerung, die sich im nördlichen Zipfel Ostpreußens (nördlich des Pregels) befand, war der Weg nach dem Samland und Pillau der gegebene, während die Masse der aus den südöstlichen und mittleren ostpreußischen Gebieten fliehenden Bevölkerung den Weg zum Frischen Haff einschlug. Diejenigen Trecks, die aus den östlich der Masurischen Seen gelegenen Kreise Lötzen, Lyck und Johannisburg schon am 20./21. Januar aufgebrochen waren und sich zunächst in westlicher Richtung bewegt hatten, bogen jetzt nach Nordwesten um und zogen durch die Kreise Sensburg, Rössel und Rastenburg.

Dazu kamen noch Teile der Trecks aus dem Kreis Ortelsburg, die vor dem südlichen russischen Angriff geflohen waren. Dadurch strömte in dem Gebiet unmittelbar westlich der Masurischen Seen bald eine unübersehbare Menge von Flüchtlingen zusammen. Als schließlich seit dem 25. Januar auch die Bevölkerung der Kreise Rastenburg, Sensburg und Rössel vor den nachdrängenden Russen die Flucht ergriff, waren die Straßen bald so verstopft, daß die Bewohner mancher Ortschaften die Flucht als aussichtslos betrachteten und die sowjetischen

Truppen zu Hause erwarteten.

Der harte ostpreußische Winter, die Nachrichten von dem Vorstoß der Sowjets bis nach Elbing und bis vor Königsberg sowie das sichtbare Elend der Flüchtlingszüge nahmen Teilen der Bevölkerung allen Mut, sich an den Aufbruch zu machen. Am 26. Januar wurde Rastenburg, am 28. die Städte Sensburg und Rössel von Truppen der Roten Armee eingenommen, und dabei fielen nicht nur zahlreiche Bewohner dieser Städte in russische Hand, sondern auch viele Trecks aus den weiter östlich gelegenen Gebieten, die nicht schnell genug vorangekommen waren.

Dennoch gab die Bevölkerung im ganzen die Flucht keineswegs auf. Obwohl der feindfreie Raum südlich des Haffs Ende Januar zusehends kleiner wurde, strömten weitere Massen von Osten und Süden in die Kreise Preußisch Eylau, Heilsberg, Braunsberg und Heiligenbeil ein, wobei die nachdringenden Russen unter der fliehenden Bevölkerung immer wieder heillose Verwirrung anrichteten.

Trecks und Flüchtlinge aus nahezu allen ostpreußischen Kreisen trafen hier zusammen, und es entstand eine Zusammenballung von Menschen, der das Organisationsvermögen der Behörden nicht mehr gewachsen war. Kälte, Hunger und Luftangriffe kamen hinzu und verursachten besonders in den Städten Braunsberg, Mehlsack und Heiligenbeil hohe Verluste.

Seit Ende Januar bis in die letzten Februartage vollzog sich von der Haffküste bei Heiligenbeil und Braunsberg der Abmarsch von Hunderttausenden von Flüchtlingen über das Eis des Frischen Haffs nach der Nehrung. Während der Kessel südlich des Haffs hartnäckig von deutschen Truppen verteidigt und nur in wochenlangen Kämpfen eingeengt werden konnte, zogen Tag und Nacht auf abgesteckten Treckwegen Tausende von Menschen und hochbeladenen Pferdewagen durch diese letzte, gefahrvolle Öffnung des russischen Einschließungsringes um Ostpreußen.

Einbrüche in das Eis, russische Luftangriffe auf den endlosen Flüchtlingszug und Bombenabwürfe auf die Eisdecke sowie Erfrierungen, Hunger, Durst und das Übermaß der Anstrengungen kosteten während dieser Flucht über das Eis und die Nehrung vielen Menschen das Leben.

Vom Haff aus führte der Weg der Flüchtlinge auf der Nehrungsstraße in westlicher Richtung nach Kahlberg und Stutthof. Der weitaus größte Teil der Menschen, die glücklich die Nehrung erreichten, setzte die Flucht auf diesem Wege nach Danzig und Pommern fort. Ein geringer Teil wandte sich auf der Landzunge ostwärts nach Neutief und suchte, unter Zurücklassung von Pferden und Wagen, von Pillau aus über See in das westliche Reichsgebiet zu gelangen. Ende Februar begann die Eisdecke zu schmelzen; damit wurde der Flucht über das Haff ein Ende gesetzt.

Inzwischen war auch der Kessel an der Haffküste immer enger geworden. Ein Teil der einheimischen Bevölkerung und der Flüchtlinge war in den Kreisen Braunsberg und Heiligenbeil während der wochenlangen schweren Kämpfe, die diesen Landstreifen verwüsteten, bereits unter die Russen geraten oder hatte sich, von dem Elend und den Gefahren der Flucht über das Haff abgeschreckt, zur Aufgabe weiterer Fluchtversuche entschlossen. Die überwiegende Mehrzahl der Menschen, die sich in den Monaten Januar und Februar südlich des Haffs zusammengedrängt hatten, war jedoch über das Eis entkommen. Ihre Zahl kann auf knapp eine halbe Million berechnet werden.

Nachdem Ende Februar die Flucht über das Haff geendet hatte und Ende März die Abwehrkämpfe im Kessel von Heiligenbeil endgültig eingestellt werden mußten, blieben nur noch in Königsberg und im Samland letzte Schlupfwinkel für die deutsche Bevölkerung. In den letzten Januartagen war der Angriff sowjetischer Truppen mit voller Wucht in den Raum um Königsberg und ins Samland hineingetragen worden. Er hatte dazu geführt, daß Königsberg eingeschlossen und die Samlandfront bis dicht an die Ostseeküste zurückgedrängt wurde.

Einige Zehntausende von Einheimischen und Flüchtlingen waren in Cranz und anderen Orten

des Samlandes von sowjetischen Einheiten überrascht worden, und auch nördlich von Königsberg kam es im Zuge der Einschließung der Stadt in und bei Metgethen für die in Richtung Pillau fliehenden Menschen zu einer Begegnung voller Schrecken mit russischen Truppen.

Der Masse der im Samland zusammengeströmten Flüchtlinge und der einheimischen Bevölkerung gelang es jedoch, sich zunächst entweder in die Stadt Königsberg oder in den schmalen Küstenstreifen von Neukuhren bis nach Pillau und Fischhausen zu retten. Über 150.000 Menschen befanden sich zu dieser Zeit in Königsberg und über 200.000 wurden in den noch feindfrei gebliebenen Raum des Samlandes zusammengedrängt.

Die Königsberger Bevölkerung war zunächst mit Eisenbahnzügen geflohen, bis der Zugverkehr nach dem Reich am 21. Januar aufhörte. Danach hatten sich große Teile nach Pillau begeben, um von dort aus entweder über die Nehrung nach Westen zu gelangen oder über See ins Reich abtransportiert zu werden.

Als Ende Januar 1945 die Einschließung der Stadt vollendet war, wurden noch geringe Teile der Bevölkerung zu Schiff von Königsberg nach Pillau gebracht, und Mitte Februar, nachdem im Norden der Stadt die Verbindung nach dem Samland für einige Wochen wieder freigezogen war, konnten noch weitere Teile der Zivilbevölkerung aus Königsberg ins Samland übergeführt werden.

Dennoch blieben ca. 100.000 Menschen in Königsberg zurück. Viele von ihnen kamen den Räumungsaufforderungen der Partei absichtlich nicht nach, weil sie sich in der Stadt sicherer glaubten als im Samland oder auf dem gefährvollen Fluchtweg über Pillau.

Fortgesetzte Bombenabwürfe und Artilleriebeschuss auf Königsberg zerstörten während der Wochen der Einschließung einen großen Teil der ohnehin durch Luftangriffe schon früher schwer mitgenommenen Stadt und richteten unter der nur noch in Kellern lebenden Zivilbevölkerung hohe Verluste an. Als schließlich am 6.-9. April der Generalangriff der Roten Armee auf Königsberg erfolgte, wurden nochmals viele Zivilisten in die Kriegsereignisse hineingerissen. Ca. 25 Prozent der in Königsberg verbliebenen Bevölkerung waren im Laufe der Kampfhandlungen ums Leben gekommen, als am 9. April die Stadt an die Russen übergeben wurde.

Als letzte Bastion in Ostpreußen blieb nunmehr nur noch der Streifen entlang der Samlandküste und der Raum um Pillau - Fischhausen in deutscher Hand. Noch immer betrug die Zahl der aus Königsberg, dem Samland und aus weiter östlich gelegenen Kreisen in Pillau, Fischhausen, Palmnicken, Rauschen und Neukuhren untergebrachten Menschen viele Tausende, obwohl die Hauptmasse der Flüchtlinge bereits von Pillau aus über See abtransportiert worden war.

Die ersten mit Flüchtlingen beladenen Schiffe hatten am 25. Januar Pillau verlassen, und am 15. Februar konnte in Pillau bereits registriert werden, daß 204.000 Flüchtlinge mit Schiffen abgefördert und weitere 50.000 nach Neutief übersetzt und im Treck oder Fußmarsch auf der Frischen Nehrung weiter geleitet worden waren.

Aber noch immer strömten viele Tausende nach Pillau. Sie kamen nicht nur über Land, sondern auch von Neukuhren aus mit kleinen Schiffen an. Die Stadt beherbergte an manchen Tagen über 75.000 Menschen, unter denen die ständigen sowjetischen Fliegerangriffe hohe Verluste anrichteten. Allein in der Zeit von Anfang März bis Mitte April fanden 13 schwere Luftangriffe auf Pillau statt, während gleichzeitig auch sowjetische Artillerie Stadt und Hafen beschoss.

Vom 8. März an mußte für ca. drei Wochen der Abtransport von Flüchtlingen aus Pillau eingestellt werden, weil aller zur Verfügung stehende Schiffsraum in dieser Zeit zum Abtransport der Flüchtlinge aus den Städten Danzig und Gdingen benötigt wurde, denen in Kürze die Einnahme durch sowjetische Truppen drohte. In dieser Zeit, als keine Schiffe von Pillau abfahren, zogen viele Tausende nach Neutief herüber und die Nehrung entlang, denn von der

Danziger Niederung aus verkehrten auch nach der Einnahme Danzigs noch Fährprähme nach Hela, von wo aus dann der Weitertransport ins Reich erfolgen konnte.

Ab Ende März wurde der Schiffsverkehr von Pillau aus nach dem Westen wieder aufgenommen. Erst als nach dem Fall von Königsberg der sowjetische Großangriff gegen die Samlandfront Mitte April begann, stand auch für das Fluchtzentrum Pillau das Ende bevor. Innerhalb weniger Tage mußten die letzten Verteidigungsstellungen längs der Samlandküste aufgegeben werden. Aus Neukuhren, Rauschen und z.T. auch aus Palmnicken und der Stadt Fischhausen konnte nur noch ein Teil der Bevölkerung fliehen.

Zahlreich waren auch diejenigen, denen der Mut zu einer weiteren Flucht gesunken war und die resigniert den Einzug der Russen abwarteten. Am 20. April begann der Kampf um die Festung Pillau, der nach fünf Tagen mit dem Übersetzen sowjetischer Truppen nach Neutief endete. Zahlreiche Soldaten fielen dabei in russische Hände, aber der Hauptteil der Flüchtlinge war bereits vorher abbefördert worden.

Die Flucht nach Pillau hatte sich für Hunderttausende als Rettung erwiesen. Insgesamt verließen von Ende Januar 1945 bis Ende April 451.000 Flüchtlinge mit Schiffen den Hafen von Pillau, und in der gleichen Zeit wurden 180.000-200.000 Menschen nach Neutief übergesetzt. Durch Schiffsuntergänge fanden mehrere Tausende ein entsetzliches Ende. Die überwiegende Mehrzahl der über See abtransportierten Flüchtlinge kam jedoch wohlbehalten im westlichen Reichsgebiet oder in dem damals noch von deutschen Truppen besetzten Dänemark an.

Während der sowjetischen Offensive gegen Ostpreußen haben über 75 Prozent der ostpreußischen Bevölkerung, die Anfang 1945 noch im Lande war, Ostpreußen verlassen, um dem sowjetischen Zugriff und den russischen Truppen zu entgehen. Nur ca. 400.000 Menschen sind entweder durch den sowjetischen Vormarsch überrascht worden oder aus persönlichem Entschluß in Ostpreußen zurückgeblieben. Es kann angenommen werden, daß dazu die zahlenmäßig kleine Gruppe der echten polnischen Minderheit gehörte, obwohl darüber keine Zeugnisse vorliegen.

Zusammen mit den ca. 100.000 Menschen, die schon im Herbst 1944 im Memelland und im Regierungsbezirk Gumbinnen in die Hände der Russen gefallen waren, blieben somit rund eine halbe Million Menschen in Ostpreußen zurück. - Faßt man den Verlauf der Flucht der ostpreußischen Bevölkerung vom Herbst 1944 bis zum April 1945 in wenige große Abschnitte und ungefähre Zahlen zusammen, so ergibt sich folgendes Bild:

Zahl der Anfang 1944 in Ostpreußen lebenden Bevölkerung (einschließlich Memelland, ohne Reg.-Bez. Westpreußen)	2 350 000
im Herbst 1944 evakuiert oder abgewandert	500 000
ab Januar 1945:	
auf dem Landwege (Eisenbahn oder Treck) nach Westen	250 000 <sup>1)</sup>
über das Haff in den Raum Danzig—Pommern	450 000 <sup>1)</sup>
von Pillau über die Nehrung in den Raum Danzig—Pommern	200 000
von Pillau über See abtransportiert	450 000
in Ostpreußen in russische Hand gefallen	500 000

1) Nach umfangreichen Erhebungen rechnerisch ermittelt (x001/41E).

Für Hunderttausende von Menschen war mit dem Verlassen der ostpreußischen Heimat jedoch ihr Leidensweg noch nicht beendet. Sie gerieten im Raum um Danzig und in Ostpommern abermals in das Chaos des Krieges hinein, und viele von ihnen wurden noch dort von russischen Truppen erfaßt.

### **c. Die Flucht der deutschen Bevölkerung aus Danzig-Westpreußen und Ostpommern**

Das von der Provinz Ostpreußen sich nach Westen hin erstreckende Land, das im Süden durch den Lauf der Netze, im Westen durch die Oder und im Norden durch die Ostseeküste begrenzt wird, war im Verlauf der militärischen Kampfhandlungen seit Ende Januar 1945 ein gesondertes Operationsgebiet. Der russische Vorstoß über Thorn - Bromberg - Schneidemühl nach Küstrin hatte wohl auch die südlichen Kreise Westpreußens und Pommerns berührt, er ließ aber an seiner nördlichen Flanke zwischen Weichsel und Oder einen ca. 100 km breiten Landstrich entlang der Ostseeküste verschont.

Zur gleichen Zeit war dieses Gebiet durch den sowjetischen Angriff in Richtung Elbing auch von Ostpreußen getrennt worden. Nur über die Landzunge der Frischen Nehrung bestand, wie erwähnt, eine schmale Verbindung mit Ostpreußen, über die Hunderttausende von Flüchtlingen nach der Weichselniederung und nach Danzig und Pommern hineinströmten.

So wurde dieses Gebiet, das den Nordteil Westpreußens mit der Weichselmündung, Danzig, Gdingen und Hela sowie Ostpommern umfaßte, seit Ende Januar der große Auffang- und Durchmarsch-Raum für die Flüchtlinge aus Ostpreußen und den westpolnischen Gebieten. Mit rund 800.000 Flüchtlingen stellte Ostpreußen den Hauptanteil dieses Zuzuges.

Die ostpreußischen Flüchtlinge durchlebten, nachdem sie Ostpreußen verlassen hatten, ein sehr verschiedenes Schicksal. Viele durchzogen in endlosen Trecks Pommern, ein Teil trat mit der Eisenbahn von Danzig oder Pommern die Fahrt nach dem Reichsgebiet westlich der Oder an, und anderen gelang es, in Danzig ein Schiff zu besteigen, das sie in Sicherheit brachte.

Schätzungsweise die Hälfte aller ostpreußischen Flüchtlinge blieb aber im Raum von Danzig oder Pommern und wurde später, im März, von russischen Truppen überrollt. Zu dieser großen Anzahl ostpreußischer Flüchtlinge kamen schätzungsweise noch 100.000-200.000 Flüchtlinge hinzu, die in den letzten Januartagen aus den nördlichen Kreisen des Warthegebietes fliehen mußten und von Süden her nach Pommern hineinzogen.

Abgesehen von all diesen Flüchtlingen, von denen etwa die Hälfte (ca. eine halbe Million) in Westpreußen, Danzig und Pommern blieb, lebten zu dieser Zeit fast drei Millionen einheimischer Deutscher in dem Gebiet zwischen Ostpreußen und dem Unterlauf der Oder: über 1,6 Millionen allein in Ostpommern, 404.000 im Gebiet der Freien Stadt Danzig, 310.000 in den alten westpreußischen Gebieten, die bis 1939 zu Ostpreußen gehört hatten, und weitere 307.000 in dem seit 1920 polnischen Teil des Reichsgaues Danzig-Westpreußen.

Die zeitlich früheste Berührung mit den sowjetischen Truppen innerhalb dieses Bereichs fand in Westpreußen statt, dessen östlich der Weichsel gelegene Teile von Elbing bis Thorn von dem russischen Vorstoß zur Abschnürung Ostpreußens gleichzeitig und in gleichem Maße erfaßt wurden wie die benachbarten ostpreußischen Kreise.

Im Gegensatz zur Provinz Ostpreußen waren für die östlich der Weichsel gelegenen Bezirke Westpreußens seit dem Herbst 1944 detaillierte Räumungspläne mit begrenzten, nahegelegenen Zielen aufgestellt, die Treckwege für die Bevölkerung festgelegt und Aufnahmekreise im benachbarten Gebiet westlich der Weichsel bestimmt worden.

Dennoch wurde auch hier die Ausgabe der Räumungsbefehle in den entscheidenden Tagen der zweiten Januarhälfte so lange verzögert, daß die vorbereiteten Pläne durch die Ereignisse über kurz oder lang umgestoßen wurden. Lediglich in den am weitesten östlich gelegenen Kreisen Lipno, Rypin, Strasburg und Neumark wurde der Räumungsbefehl bereits am 18. Januar gegeben und dadurch - so vor allem im Kreise Neumark - eine rechtzeitige und nahezu vollständige Evakuierung der deutschen Bevölkerung nach den vorgesehenen Aufnahmekreisen westlich der Weichsel ermöglicht.

Weniger reibungslos verlief die Flucht der Bevölkerung vor den von Süden nach Norden vorstoßenden sowjetischen Truppen in den nördlich angrenzenden Kreisen Rosenberg und Marienwerder, die erst am 20. Januar Fluchterlaubnis erhielten, und in den Kreisen Stuhm und

Marienburg, wo die Räumung bis zum 23. Januar hinausgezögert wurde.

Da russische Panzer bereits am 23. Januar auf ihrem Vorstoß in Richtung Elbing diese Gebiete erreichten und da überdies die Straßen und die Nogat- und Weichselübergänge bereits von ostpreußischen Flüchtlingen verstopft waren, wurden mehrere Trecks noch östlich von Nogat und Weichsel von russischen Truppen erfaßt.

Immerhin gelangte die große Mehrheit der Bevölkerung aus den fast ausschließlich deutsch bewohnten Kreisen zwischen Nogat, Weichsel und der ostpreußischen Grenze nach dem westlichen Teil Westpreußens oder nach Pommern, wo allerdings ein beträchtlicher Teil im März von den sowjetischen Truppen eingeholt wurde. Auch der Abtransport der städtischen Bevölkerung mit der Eisenbahn gelang zum größten Teil noch in letzter Minute.

Die Weichselübergänge bei Marienwerder und Dirschau sowie an der Nogat bei Marienburg und die Stadt und Umgebung von Elbing standen in diesen Tagen im Brennpunkt der Fluchtbewegung. Seit dem 15. Januar waren die von Elbing abfahrenden Eisenbahnzüge bereits durch Flüchtlinge aus Königsberg überfüllt, zahlreiche Trecks aus Ostpreußen waren durch Elbing hindurchgefahren, und viele Flüchtlinge hatten sich in der für sicher geltenden Stadt niedergelassen.

Zusammen mit den über 90.000 einheimischen Elbingern bildeten sie eine große Massierung von Menschen, die plötzlich in panischer Angst die Flucht zu ergreifen begannen, als am 23. Januar die ersten russischen Panzer nach Elbing eindringen. In den folgenden Tagen begann ein Sturm auf die wenigen noch fahrenden Züge und alle sonstigen Transportmittel.

Da bis zum 30. Januar der Weg nach dem Westen und Norden mit Unterbrechungen offen blieb, ist es schließlich ca. 80 Prozent der in Elbing zusammengedrängten Menschen noch gelungen, nach Danzig und Pommern, teils sogar mit Booten in einer Fahrrinne quer durch das Haff nach Pillau zu entkommen. Mehrere Tausende blieben jedoch während der Einschließung in der Stadt und fielen am 9. Februar bei der Einnahme Elbings in die Gewalt der sowjetischen Truppen. Im Landkreis Elbing war der Anteil der Bewohner, die durch den überraschenden russischen Vorstoß überrollt wurden, jedoch wesentlich größer.

Etwa gleichzeitig mit dem Aufbruch der Bevölkerung aus den alten deutschen Gebieten längs der ostpreußischen Grenze setzte der Abzug der deutschen Einwohner der teils deutsch, teils polnisch bewohnten Gebiete um Graudenz, Kulm, Schweiz, Thorn und Bromberg ein. Bis Ende Januar 1945 waren auch hier alle Gebiete östlich der Weichsel und südlich der Linie Graudenz - Zempelburg von russischen Angriffen erfaßt worden.

Ab 22./23. Januar begann die Flucht der Deutschen aus Thorn, Bromberg und Graudenz und Umgebung, teils mit der Bahn, teils mit dem Treck, und innerhalb kürzester Frist war im ganzen Südabschnitt Westpreußens der Abzug der deutschen Bevölkerung nach Westen im Gange.

Da die Weichselbrücken den Wehrmachtkolonnen vorbehalten waren, mußten die Trecks über das Eis des Stromes ziehen. Je weiter die Flüchtlingszüge nach Westen kamen, desto ärger wurden die Verstopfungen der Wege und Straßen. Im Kreis Wirsitz, an der pommerschen Grenze, war das durch die Flüchtlinge erzeugte Chaos so groß geworden, daß für Teile der dort ansässigen Bevölkerung alle Fluchtversuche vergeblich blieben. Ganz allgemein muß angenommen werden, daß aus den südlichen Kreisen Westpreußens nur ein geringerer Teil der deutschen Bevölkerung herausgelangte als aus den einheitlich deutsch besiedelten Gebieten an der ostpreußischen Grenze.

Im Anschluß an die Ereignisse in Westpreußen und die gleichzeitigen Operationen im Warthegebiet und Ostbrandenburg begann Ende Januar 1945 der erste Einfall sowjetischer Truppen in die südlichen Gebiete Ostpommerns. Im Zusammenhang mit dem russischen Vorstoß über Schneidemühl nach Küstrin, dessen offensichtliches Ziel es war, auch die Odermündung bei Stettin zu erreichen, drang die Rote Armee in den letzten Januartagen nördlich der Netze in den Netzekreis und die Kreise Flatow, Deutsch Krone, Friedeberg und Arnswalde vor. Die

Bevölkerung dieser ostwärts der Pommernstellung gelegenen Kreise hatte etwa ab 20. Januar die Aufforderung bekommen, sich auf den Treck vorzubereiten; aber als schließlich am 26. Januar die ersten russischen Panzer erschienen, herrschte eine völlige Verwirrung.

Räumungsbefehle wurden ausgegeben und widerrufen. Teile der Bevölkerung machten sich trotz Schneesturms und härtester Kälte auf den Weg. Teile blieben zurück und wurden von den sowjetischen Truppen noch in ihren Wohnorten angetroffen, andere gerieten schon kurz nach dem Abmarsch unter vorrückende russische Einheiten.

Außer der Stadt Schneidemühl, die schon seit dem 20. Januar bis auf wenige Tausende von der Bevölkerung geräumt war, konnte sich von den Bewohnern des Netzekreises sowie der Kreise Flatow, Deutsch Krone und Friedeberg nur etwa ein Viertel bis ein Drittel der Bevölkerung über die Oder retten. Günstiger lagen die Verhältnisse in den Kreisen Arnswalde, Pyritz und Greifenhagen, die erst in den ersten Februartagen von russischen Truppen erreicht wurden. Über die Hälfte der Bevölkerung konnte aus diesen nahe der Oder gelegenen Kreisen entkommen.

Im Gebiet dieser Kreise kam der russische Vormarsch in Richtung Odermündung schließlich zum Stehen. Er griff zwar noch auf die südlichen Ausläufer der Kreise Stargard, Dramburg, Neustettin und Schlochau über, konnte aber an der unteren Oder keinen Raum mehr gewinnen, da kampffähige deutsche Truppen die Oderübergänge verteidigten, Anfang Februar in Gegenangriffen sogar Geländegewinne erzielten und einen Teil der bereits unter russischer Gewalt stehenden deutschen Bevölkerung befreien konnten.

Für Pommern und Westpreußen trat nunmehr eine vierwöchige relative Ruhe ein. Die Front, die sich während des Monats Februar nur wenig veränderte, verlief ungefähr entlang der Linie Graudenz - Zempelburg - Märkisch Friedland - Stargard - Pyritz bis zum nördlichen Zipfel des Kreises Königsberg/Neumark.

Innerhalb des Raumes nördlich dieser Linie, der zusätzlich zu den Flüchtlingen aus Ostpreußen und dem Warthegau große Teile der Bevölkerung aus Westpreußen und aus südpommerischen Gebieten aufzunehmen hatte, konzentrierte sich die Fluchtbewegung während der folgenden Wochen auf die Stadt und Umgebung von Danzig. Dorthin zog im Monat Februar der Hauptstrom der ostpreußischen Flüchtlinge, die über das Frische Haff gekommen waren.

Ungeheure Mengen von Menschen und Fuhrwerken drängten sich auf der schmalen Nehrungsstraße zusammen, und schreckliche Szenen der Verzweiflung und Not spielten sich hier ab. Trotz umfangreicher Hilfsmaßnahmen der NSV-Stellen, des Roten Kreuzes und anderer Organisationen in Kahlberg und Stutthof konnte dem Andrang der Verpflegung und Unterkunft Suchenden sowie der unterwegs Verletzten und Erkrankten nicht annähernd in hinreichendem Maße begegnet werden.

Da die Straßen überfüllt waren, wurden viele Flüchtlinge von Kahlberg und Stutthof in Kähnen und Schiffen nach Danzig gebracht, andere warteten in Barackenlagern in Stutthof auf den Weitertransport. Auch in Danzig mußte ein Teil der Flüchtlingsmassen zunächst in Auffanglagern untergebracht werden, da die abfahrenden Schiffe am Hafen ebenso überfüllt waren wie die noch über Stettin nach dem westlichen Reichsgebiet verkehrenden Eisenbahnzüge.

Viele Flüchtlinge aus Ost- und Westpreußen haben sich durch die relativ friedlichen Verhältnisse, die in Danzig und Pommern während des Februar 1945 herrschten, verleiten lassen, in diesen Gebieten zu bleiben. Noch mehr gilt dies für die einheimische Bevölkerung, von der nur sehr geringe Teile die noch bestehenden Verbindungen nach dem Westen benutzten, um mit der Bahn, zu Schiff oder im Treck in die Gebiete westlich der Oder zu gelangen.

Erschwerend wirkte in dieser Beziehung, daß für ganz Pommern und das nördliche Westpreußen die Flucht der Bevölkerung von den Parteibehörden ausdrücklich verboten und teilweise sogar den aus dem Osten kommenden Trecks die Weiterfahrt in Pommern untersagt wurde.

Infolgedessen hatte Anfang März, als der russische Großangriff auf Ostpommern und Danzig begann, die Bevölkerung dieser Gebiete keineswegs abgenommen, sondern war durch den Zuzug von Flüchtlingen noch um einige Hunderttausende vermehrt worden. Noch mindestens 2 ½ Millionen Deutsche, davon über 25 Prozent Flüchtlinge, befanden sich im nördlichen Teil Westpreußens, im Raum um Danzig und in Ostpommern, und nur ein geringer Teil von ihnen vermochte nach Beginn des russischen Angriffs in den ersten Märztagen nach Westen über die Oder zu gelangen.

In den letzten Februartagen begannen die sowjetischen Armeen - unterstützt von der 1. polnischen Armee - gleichzeitig in Westpreußen und in Ostpommern ihre entscheidenden Angriffe zur Gewinnung der Ostseeküste und zur Besetzung des Landes zwischen dem Unterlauf der Weichsel und dem Unterlauf der Oder. Von Süden nach Norden wurde innerhalb von knapp 14 Tagen ganz Ostpommern in Besitz genommen.

Die zwei Hauptstöße der sowjetischen Truppen im Raum Ostpommerns führten einerseits aus dem Raum Friedeberg - Arnswalde nach der Odermündung bei Stettin und weiter nordwärts zur Ostseeküste bei Cammin und andererseits aus dem Raum Schneidemühl - Deutsch Krone über Neustettin, Bublitz nach der Ostseeküste östlich Köslin. Beide Ziele wurden in kürzester Zeit erreicht, und damit entstand eine für die flüchtende Bevölkerung Pommerns fast aussichtslose Lage.

Schon am 1. März standen russische Truppen östlich Köslin an der Ostseeküste, wodurch Ostpommern in zwei Teile gespalten und für alle östlich der Linie Neustettin - Köslin liegenden Kreise die Landverbindung nach Westen abgeschnitten war.

Aber auch für die westliche Hälfte Ostpommerns waren die Fluchtmöglichkeiten sehr zusammengeschrumpft, da die russischen Truppen schon am 3. März die Odermündung bei Stettin erreicht hatten und die wichtigsten Straßen- und Bahnverbindungen, die aus Ostpommern herausführten, versperrt waren.

Größer als in anderen ostdeutschen Provinzen war deshalb in Ostpommern die Zahl derjenigen, denen die Flucht nicht mehr gelang, zumal auch in Pommern Räumungsverbote der Partei von einem rechtzeitigen Aufbruch abhielten oder ihn verhinderten. Teils ohne, teils mit Räumungserlaubnis suchten dennoch Hunderttausende aus Pommern den Russen zu entkommen.

In der westlichen Hälfte Ostpommerns erreichte die Fluchtwelle, die in den Kreisen Neustettin und Köslin schon in den letzten Februartagen begann, ihren Höhepunkt in den Tagen vom 3.-7. März. Ein Teil der Bevölkerung aus den Kreisen Köslin, Belgard, Dramburg flüchtete zunächst mit dem Treck oder der Eisenbahn in Richtung Kolberg, um von dort aus entweder mit dem Schiff oder an der Ostseeküste entlang über Dievenow nach dem Westen zu kommen.

Auch in den anderen Kreisen zielte die allgemeine Fluchtrichtung nach Norden und Nordosten. Doch in den meisten Fällen waren die russischen Truppen schneller als die durch Verkehrsstauungen gehemmten Fuhrwerke der Zivilbevölkerung. Zahllose Trecks und mehrere mit Flüchtlingen belegte Eisenbahnzüge wurden auf den von Süden nach Norden und Nordosten führenden Straßen und Bahnstrecken bei Belgard und vor Kolberg überrollt.

Als schließlich am 3. März der Vorstoß sowjetischer Truppen an die Küste bei Kolberg erfolgte, war abermals für eine große Zahl von Trecks der Weg nach Westen abgesperrt. Manche von ihnen retteten sich nach Kolberg und konnten später während der Belagerung der Stadt über See abtransportiert werden.

Immer mehr verengte sich die noch vom Feinde freie nordwestliche Ecke Ostpommerns zwischen Stettiner Haff und Ostseeküste. Am 3. März waren russische Truppen bereits in die Kreise Cammin, Regenwalde und Greifenberg eingebrochen, hatten am 4. März Treptow genommen und auf den Straßen Labes - Schivelbein und Kolberg - Treptow zahllose Flüchtlinge überrascht.

Im Schutze deutscher Truppen, die sich ebenfalls in aller Eile von Ost nach West bewegten, gelang es bei der allgemeinen Verwirrung der Lage noch einigen wenigen, die bereits von russischen Vorhuten eingeholt worden waren, die Flucht fortzusetzen. Für die meisten aber war es viel zu spät, um noch dem Feinde zu entrinnen.

Am 7. März waren russisch-polnische Einheiten beiderseits Kolberg bis an die Ostseeküste vorgestoßen, und damit begann die Belagerung der Stadt. Trotz eiligen Abzuges großer Teile der Bevölkerung in westlicher Richtung an der Küste entlang über Treptow befanden sich zur Zeit der Einschließung noch ca. 80.000 Menschen in Kolberg, von denen über die Hälfte Flüchtlinge aus den Kreisen Köslin und Belgard waren. Dank der zähen Verteidigung gelang es aber bis zur Einnahme der Stadt (18. März) 70.000 Menschen über See abzutransportieren. Nur einige Tausende blieben zurück.

Ehe Kolberg fiel, war auch der letzte Durchschlupf nach Westen an der Ostseeküste bei Dievenow geschlossen worden. Bis zum 10. März hatte dort noch ein schmaler Streifen unmittelbar am Ostseestrand gehalten werden können, durch den noch Tausenden von Menschen der Übergang auf die Insel Wollin oder der Abtransport zu Schiff nach Swinemünde ermöglicht wurde.

Indessen hatte sich im östlichsten Zipfel Pommerns eine Fluchtbewegung in entgegengesetzter Richtung vollzogen. Für die Bevölkerung der Kreise Rummelsburg, Bütow, Schlawe, Stolp und Lauenburg bestand, seitdem die Russen am 1. März die Ostsee bei Köslin erreicht hatten, keine Möglichkeit mehr, auf dem Landweg nach Westen zu gelangen.

Und auch alle Flüchtlinge, die von Ostpreußen, Westpreußen oder Danzig her sich in diesem Gebiet auf dem Wege nach Westen befanden, mußten kehrmachen und nach Osten auszuweichen versuchen. Denn den einzigen Ausweg konnten jetzt nur die pommerschen Häfen Stolpmünde und Leba und vor allem die Häfen von Gdingen und Danzig bieten.

Da die sowjetischen Truppen gleichzeitig mit dem Angriff auf Pommern auch in Westpreußen nach Norden vorstießen und in die Kreise Konitz, Preußisch Stargard und Berent eindringen, wurde in den ersten Märztagen eine Massenflucht von Süden, Südwesten und Westen in den Raum um Danzig ausgelöst. Völlig rat- und hilflos irrte die mit ihren Fahrzeugen treckende bäuerliche Bevölkerung umher.

In der Mehrzahl konnte sie sich nicht entschließen, die Trecks zu verlassen und sich von ihren letzten Habseligkeiten zu trennen, um noch über See zu entkommen. So wurden besonders in der Gegend von Stolp unzählige ostpreußische, westpreußische und pommersche Trecks von den sowjetischen Truppen überrollt.

Da die Russen bereits am 5. März nach Bütow eindringen, am 8. März Stolp und die Hafencity Stolpmünde besetzten und schon am 9. und 10. März auch Leba und Lauenburg erreichten und die Räumungserlaubnis für die Bevölkerung meist erst 24 Stunden vorher gegeben wurde, begann in diesen Tagen eine wilde überstürzte Flucht, mit Zügen, Kraftwagen und zu Fuß nach dem Gebiet von Danzig. Bald waren alle Straßen verstopft und in den ostpommerschen Kreisen Stolp und Lauenburg sowie in den westpreußischen Kreisen Neustadt und Karthaus entstand eine heillose Verwirrung.

Einem sehr großen Teil der Bevölkerung des Landes sowie der Städte gelang es jedoch nicht mehr zu entkommen. Selbst dort, wo die Zeit noch ausgereicht hätte, hinderten entweder völlige Ermattung nach wochenlanger Flucht oder die Furcht vor dem gefahrvollen Seewege viele, die letzte Chance zu ergreifen. Die Versenkung mehrerer Flüchtlingsschiffe, vor allem der "Wilhelm Gustloff", die von Danzig kommend am 30. Januar vor Stolpmünde von russischen U-Booten versenkt worden war und über 5.000 Flüchtlinge in der Ostsee begrub, schreckte manche Flüchtlinge von der Besteigung der Schiffe ab.

In den Städten Stolp, Bütow, Lauenburg und in den Landgemeinden blieben viele Tausende zurück und erlebten bald die Schrecken des russischen Einmarsches. Von den kleinen pommerschen Häfen von Stolpmünde und Leba fuhren vor der Besetzung durch die Russen

nur noch wenige Schiffe ab, und zahlreiche Flüchtlinge warteten vergeblich auf einen Abtransport nach dem Westen, bis die Russen von Land her diese Häfen in Besitz nahmen. Mit Ausnahme von Kolberg, das bis zum 18. März verteidigt wurde, war am 10. März ganz Ostpommern von der Roten Armee besetzt.

Der Ring um Danzig wurde inzwischen immer enger. In Gdingen und Danzig waren die Kais überfüllt von Menschen, die die Gefahr eines Seetransportes der Auslieferung an die Russen vorzogen und sehnlichst auf die Ankunft von Schiffen warteten.

Aller verfügbare Schiffsraum wurde nach den Häfen von Danzig, Gdingen und Hela beordert, selbst in Pillau wurde der Abtransport von Flüchtlingen vorübergehend eingestellt, um vor der drohenden Einnahme Danzigs und Gdingens möglichst viele der Hunderttausende aus Ostpreußen, Westpreußen und Pommern abzutransportieren, die sich in dem Küstengebiet der Danziger Bucht, vor allem in Danzig selbst zusammengedrängt hatten.

Täglich legten Transportschiffe in den Häfen von Danzig und Gdingen an und brachten Flüchtlinge nach dem Westen, doch immer noch strömten neue Menschen hinzu. So zogen, nachdem Mitte März die deutsche Bevölkerung von Gdingen fast restlos auf Schiffe verladen worden war, in den folgenden Tagen Flüchtlinge aus Westpreußen, Ostpreußen und Pommern in großer Zahl in die leergewordenen Wohnungen ein.

Am 22. März gelang den sowjetischen Truppen zwischen Danzig und Gdingen der Durchbruch an die Küste. Damit begann der Endkampf um diese beiden "Festungen".

Am 25. März wurden von Oxhöft, nördlich von Gdingen, als die Russen bereits in der Nähe waren, noch einmal ca. 35.000 Soldaten und Flüchtlinge in Booten und Pontons nach Hela übergeführt. Nur wenige Tausende blieben zurück.

Nachdem am 25. März die Hafenanlagen von Danzig und Gdingen gesprengt, der Schiffsverkehr eingestellt worden war, mußten viele Tausende in Danzig zurückbleiben, das am 27. März von den Russen besetzt wurde.

Knapp eine halbe Million Menschen hatte sich in den Märzwochen in Danzig befunden, und höchstens die Hälfte von ihnen war in den letzten Tagen noch zu Schiff nach dem westlichen Reichsgebiet oder mit Fähren nach Hela gebracht worden. Ca. 200.000 Einheimische und Flüchtlinge, die in Danzig und den Städten Zoppot und Gdingen Unterschlupf gesucht hatten, erlebten dort schreckensvolle Szenen beim Eindringen der sowjetischen Truppen, nachdem sie bereits Wochen schwerer Luftangriffe hinter sich hatten.

Nach dem Fall der Festung Danzig-Gotenhafen blieben bis zur Kapitulation des Reiches noch Hela und ein schmaler Küstenstreifen an der Weichselniederung bei Schiewenhorst als letzte Ausgangspunkte für den Seetransport von Flüchtlingen. Begünstigt durch ihre natürliche Lage, konnten sich die beiden Plätze bis Kriegsende halten.

Zehntausende von Flüchtlingen und Soldaten befanden sich in dem kleinen Raum an der Weichselniederung um Schiewenhorst und Nickelswalde, und sie wurden fast sämtlich im Laufe der Monate April/Mai mit Kähnen und Fähren nach Hela übergesetzt. Der in die Danziger Bucht hineinragende Zipfel der schmalen Nehrung mit dem Dorf und Hafen Hela wurde das Zentrum der letzten Seetransporte in den Monaten April/Mai 1945.

Von Oxhöft im Westen, von der Weichselmündung (Schiewenhorst - Nickelswalde) und Kahlberg im Süden und von Pillau im Osten trafen Marinefahrzeuge, Boote und Frachtschiffe ein und brachten Soldaten und Flüchtlinge in unablässiger Folge.

Zu den über 100.000 Menschen, die bereits im März nach Hela gelangt waren, kamen im April noch 265.000 hinzu. Ständige russische Luftangriffe riefen nicht nur hohe Verluste unter den in Hela unvorstellbar dicht zusammengedrängten Soldaten und Zivilisten hervor, sondern erschwerten auch den Abtransport auf das äußerste. Es war eine beachtliche Leistung, daß es dennoch gelang, die überwiegende Zahl dieser Menschen über See nach Schleswig-Holstein oder Dänemark zu schaffen. Im Monat April allein waren es 387.000 Menschen, die Hela auf dem Seewege verließen. Die letzten Schiffe mit über 40.000 Soldaten und Flüchtlin-

gen gingen am 6. Mai von Hela ab. 60.000 Menschen blieben zurück, die Mehrzahl von ihnen Angehörige der Wehrmacht.

Insgesamt waren aus der Danziger Bucht und von den ostpommerschen Häfen von Ende Januar bis Ende April rund 900.000 Flüchtlinge nach Westen verschifft worden. Demgegenüber ist die Zahl derer, die in den ersten Märztagen noch auf dem Landweg aus Pommern herausgelangten, weitaus niedriger. Sie wird kaum mehr als 200.000-300.000 betragen haben.

Ein weitaus größerer Teil der einheimischen deutschen Bevölkerung als in Ostpreußen mußte in Ostpommern, im Raum um Danzig und in Westpreußen trotz unermüdlichen Einsatzes der Kriegsmarine zurückbleiben. Etwa 1,5 bis 2 Millionen Deutsche, von denen viele Tausende aus Ostpreußen stammten, gerieten hier unter russische Herrschaft.

#### **d. Die Flucht der schlesischen Bevölkerung**

Die Tatsache, daß ca. 40 Prozent aller jenseits der Oder-Neiße sesshaft gewesenen Deutschen aus Schlesien stammten, verleiht dem Vertreibungsschicksal der Schlesier im Hinblick auf den Gesamtvorgang der Vertreibung ein besonderes Gewicht.

Zu Anfang des Jahres 1945 lebten in Schlesien (in den Grenzen von 1937) rund 4,7 Millionen Menschen deutscher Staatsangehörigkeit. Unter ihnen war auch eine kleine Bevölkerungsgruppe, besonders in Oberschlesien, deren Angehörige sich entweder als Polen fühlten, polnisch sprachen oder polnischer Herkunft waren und deshalb den Einfall der Roten Armee weniger befürchteten und in der Folgezeit tatsächlich von Russen und Polen anders behandelt wurden als die Masse der deutschen Bevölkerung.

Dieser Bevölkerungsgruppe im westlichen Teil Oberschlesiens kamen in Ostoberschlesien, das seit 1921 zum polnischen Staat gehört hatte, die Personen deutscher Volkszugehörigkeit und Sprache etwa gleich. Sie wurden von der Vertreibung in gleicher Weise betroffen wie die deutsche Bevölkerung der ostdeutschen Reichsgebiete und müssen deshalb auch bei der Betrachtung des Fluchtverlaufs in Schlesien miteinbegriffen werden.

Für die Flucht der schlesischen Bevölkerung war es von besonderer Bedeutung, daß sie im allgemeinen unter günstigeren Bedingungen stattfand als die Flucht anderer Teile der ostdeutschen Bevölkerung. Anders als die westpolnischen Gebiete, als Ostpreußen, Ostpommern und Ostbrandenburg konnte Schlesien nicht im Handstreich überrollt werden, und außerdem blieb für die schlesische Bevölkerung bis zuletzt die Möglichkeit zur Flucht auf dem relativ unbehinderten Weg in das schlesisch-böhmische Gebirge oder hinüber nach Böhmen und Mähren offen. –

Die Überrollung von Trecks, die Einschließung in Kessel und die Versperrung der Fluchtwege, die in so vielen Fällen das Fluchtschicksal der deutschen Bevölkerung aus Ostpreußen, Pommern, Brandenburg und den polnischen Gebieten besiegelte, ist auch in Schlesien oft genug vorgekommen, hat aber dort nicht in gleicher Weise den Verlauf der Fluchtbewegung bestimmt.

Die Evakuierung bzw. Flucht der schlesischen Bevölkerung verlief in einzelnen aufeinanderfolgenden Wellen, die, vom Vordringen der Russen bestimmt, jeweils verschiedene Landesteile ergriffen.

Die erste große Fluchtwelle brach in den Tagen vom 19.-25. Januar los. Sie berührte das ganze Gebiet östlich der Oder vom Industriegebiet im äußersten Südosten bis in den Kreis Grünberg an der schlesisch-brandenburgischen Grenze. In diesem sich längs des rechten Oderufers hinziehenden Teil Schlesiens lebten rund 1 ½ Millionen Deutsche: die knappe Hälfte davon in den vorwiegend ländlichen Kreisen Niederschlesiens und im Reg.-Bez. Oppeln und die übrigen in dem flächenmäßig kleinen, aber vorwiegend städtischen Industriebezirk um Kattowitz, Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg.

In das ausgedehnte ländliche Gebiet rechts der Oder und in das städtisch-industrielle Revier an der Südostecke Schlesiens, stießen die russischen Truppen gleichzeitig in den Tagen vom 19.-25. Januar vor.

Im ostoberschlesischen Industriegebiet waren lediglich Frauen mit kleinen Kindern zur Evakuierung aufgerufen und mit der Eisenbahn abtransportiert worden, als die Front näher kam. Für alle anderen, besonders die in der Industrie und Verwaltung Beschäftigten, bestand das strikte Gebot der oberschlesischen Gauleitung, daß niemand seinen Wohnort verlassen dürfe, damit die Produktion in vollem Umfange aufrecht erhalten werden könne.

Dennoch machten sich in den Tagen um den 20. Januar, als die sowjetischen Truppen immer näher an Kattowitz, Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg heranrückten, noch zahlreiche Deutsche auf und suchten vor allem mit der Eisenbahn, teilweise auch mit Lastkraftwagen nach Westen zu gelangen. Nachdem erste russische Einheiten am 22. Januar zwischen Brieg und Ohlau die Oder überschritten hatten, war der Zugverkehr aus dem Industriegebiet über Breslau nach Westen auf allen Hauptstrecken gesperrt, und so blieb nur noch die Möglichkeit, über die südliche Strecke Ratibor - Neiße zu fliehen.

Auch hier reichten die Züge aber schon bald nicht aus, um die nach Westen strebenden Menschen befördern zu können. Entlang der ganzen Südstrecke waren die Bahnhöfe von Ratibor bis Schweidnitz und Liegnitz von Menschen aus Oberschlesien überfüllt, und manche Entfernung mußte zu Fuß zurückgelegt werden. Viele der Flüchtlinge aus dem Industriegebiet begaben sich in die Grenzgebiete oder nach dem Sudetenland, andere setzten die Fahrt bis nach Sachsen, Thüringen und in das westliche Reichsgebiet fort, um dort bei Verwandten oder Bekannten Unterkunft zu finden.

Obwohl unzählige Einwohner das ostoberschlesische Industriegebiet inzwischen verlassen hatten, befanden sich mehrere Hunderttausende von Deutschen, der größte Teil der Polen und der polnisch sprechenden Oberschlesier nach dort, als sowjetische Truppen in den letzten Januartagen die Städte Kattowitz, Gleiwitz, Beuthen, Hindenburg und damit den Hauptteil der oberschlesischen Zechen und Industrieanlagen in Besitz nahmen.

Besonders die in der Industrie tätigen Menschen hatten sich meist dem Befehl zum Dableiben nicht entziehen können, und viele von ihnen förderten unter der Erde noch Kohlen, als oberhalb schon um die Zechenanlagen gekämpft wurde. Insgesamt mögen es eine halbe Million Deutsche gewesen sein, die freiwillig zurückblieben oder zurückbleiben mußten.

Vielen von denen, die Polnisch sprechen oder wenigstens verstehen konnten und mit den gleichfalls im oberschlesischen Industriegebiet arbeitenden Polen eng zusammengelebt hatten, mag die Zuversicht auf die im Alltag erprobte Verständigungsmöglichkeit den eigenen Entschluß zum Bleiben gestärkt haben. Aber der Einmarsch der Russen, der in Oberschlesien ein besonders schweres Schicksal über die deutsche Bevölkerung brachte, hat alle darauf gegründeten Hoffnungen zunichte gemacht.

Anders als im oberschlesischen Industrieviertel hat von der Bevölkerung in den östlich der Oder gelegenen Landkreisen Ober- und Niederschlesiens nur ein sehr geringer Teil den Einzug der Roten Armee in seiner Heimat erlebt. Durchziehende Trecks aus dem Warthegebiet hatten schon seit Tagen die Kunde von dem bedrohlichen Ansturm der Roten Armee gebracht.

Aber erst am 19., 20. und 21. Januar wurde - meist auf Drängen der Militärbefehlshaber - mit der Evakuierung begonnen, und mitunter drangen schon 24 Stunden nach dem Räumungsbefehl die ersten russischen Truppen ein. Dennoch blieben von den rund 700.000 Einwohnern der zwischen Oppeln und Glogau östlich der Oder gelegenen Kreise höchstens 100.000 in ihren Wohnorten zurück.

Nachdem die Räumungsbefehle ergangen waren, stürmte die Masse der Bevölkerung, mit Ausnahme der älteren Leute, von denen viele freiwillig zurückblieben, die Eisenbahnzüge, Omnibusse und Kraftfahrzeuge, die zum Abtransport zur Verfügung standen. Da diese nicht ausreichten, mußten große Teile der städtischen Bevölkerung mit nur wenig Gepäck auf die verfügbaren Fuhrwerke verteilt und zusammen mit den Trecks der Landgemeinden in Marsch gesetzt werden.

Für die einzelnen Kreise östlich der Oder wurden Aufnahmekreise auf der anderen Oderseite bestimmt. Da man daran glaubte, daß die Oder den russischen Truppen für längere Zeit Halt bieten würde, wurde die evakuierte Bevölkerung zunächst in relativ nahe gelegene Kreise längs des linken Oderufers untergebracht, in die Gegend von Liegnitz, Goldberg, Schweidnitz oder in andere Kreise auf dem linken Oderufer.

Als die militärische Führung die Evakuierung einer 20-km-Zone hinter der Oderfront durchsetzte und später die Kampfhandlungen auch auf diese Gebiete übergriffen, erfolgte dann der Weitertransport entweder nach Sachsen oder über das Gebirge nach dem Sudetenland und ins Innere Böhmens.

Innerhalb von 4-5 Tagen wurden die Kreise Glogau-Land, Fraustadt, Guhrau, Wohrlau, Militsch, Trebnitz, Groß Wartenberg, Oels, Namslau, Kreuzberg, Rosenberg sowie die östliche Hälfte der Kreise Oppeln und Brieg von dem überwiegenden Teil der Bevölkerung geräumt und dadurch die verfügbaren Transportmittel und die Straßen aufs äußerste beansprucht.

Um die Flüchtlingsnot zu lindern, die durch die winterliche Kälte noch verschärft wurde, wurden hier und dort in den Durchmarsch-Gebieten provisorische Verpflegungsstationen errichtet, doch der Andrang ging bald schon über deren Kräfte.

Mit der Räumung des rechten Oderufers hatte die erste große Fluchtwelle noch kein Ende gefunden. Denn die russischen Truppen, die in den letzten Januartagen auf die Oder vorstießen, bedrohten nicht nur zahlreiche ländliche Kreise Nieder- und Oberschlesiens, sondern vor allem auch Breslau, die Hauptstadt Schlesiens, mit ihren über 500.000 Einwohnern.

Als am 20./21. Januar die ersten russischen Truppen in die Kreise Groß Wartenberg, Oels und Trebnitz eingedrungen waren und in Breslau bereits der Geschützdonner zu hören war, wurden alle Frauen, Kinder, Kranke und Alte dringend aufgefordert, die Stadt zu verlassen, und alle verfügbaren Organisationen zur Räumung der Stadt aufgeboten.

Da die Züge und Kraftfahrzeuge zum Abtransport nicht ausreichten, mußten über 100.000 Menschen, meist Frauen, die Stadt zu Fuß verlassen. Viele Kilometer zogen sie mit nur wenigem Handgepäck während härtester Kälte auf den Landstraßen nach Südwesten und Westen, und manche, die durch die Kälte, die harten Strapazen und die Überfüllung aller Transportmittel mutlos geworden waren, kehrten heimlich wieder nach Breslau zurück.

Als die russischen Truppen Mitte Februar den Ring um das zur Festung erklärte Breslau geschlossen hatten, waren noch ca. 200.000 Zivilpersonen in der Stadt, die in der folgenden langen Belagerungszeit durch Luftangriffe und Kampfhandlungen Schweres zu erleiden hatten und von denen schätzungsweise 40.000 umgekommen waren, als die Stadt am 6./7. Mai kapitulierte.

Noch waren auf den Straßen und Bahnlinien, die aus dem Industriegebiet, aus Breslau und aus den Kreisen östlich der Oder nach Süden und Westen führten, mit Flüchtlingen überfüllte Züge und endlose Trecks nach dem Sudetenland und nach Sachsen unterwegs, als am 8. Februar auch westlich der Oder weite schlesische Gebiete in das Kampfgeschehen einbezogen und neue Fluchtbewegungen ausgelöst wurden.

Nach einer kurzen Kampfpause an der Oderfront während der ersten Februartage gingen die sowjetischen Armeen am 8. Februar beiderseits Breslau mit starken Kräften zum Angriff über, erreichten trotz erbitterter deutscher Gegenwehr in einer Zangenbewegung aus den Brückenköpfen bei Brieg und Steinau die Einschließung der Hauptstadt, stießen über den Biber nach Westen vor und besetzten nach heftigen Kämpfen bis Ende des Monats einen breiten Streifen westlich der Oder zwischen den Einmündungen der Glatzer und der Lausitzer Neiße. Im Verlauf dieser Kämpfe war es den russischen Truppen im Süden und Westen von Breslau gelungen, bis nach Grottkau, Strehlen, Striegau und Jauer vorzustoßen.

Die Bevölkerung aus den Bezirken längs der Oder war z.T. schon vorher evakuiert worden. Sofern sie noch zurückgeblieben war, geriet sie mancherorts in die heftigen Kämpfe hinein.

Besonders im Kreise Neumarkt, der schon von den Kämpfen um den Steinauer Brückenkopf

erfaßt worden war, sowie in den Kreisen Ohlau, Brieg, Grottkau und Strehlen kam es zu erbitterten Gefechten, und manche Orte wechselten mehrmals ihren Besitzer. Dennoch gelang einem großen Teil der Bevölkerung dieser Gegenden noch in letzter Minute die Flucht. Aus dem Landkreis Breslau konnte der überwiegende Teil der Bevölkerung rechtzeitig im Treck ins Glatzer Bergland fliehen.

Im Kreis Neumarkt waren es nur 10-15 Prozent der Einwohner, die meist freiwillig zurückblieben, der Hauptteil war mit der Eisenbahn, mit Autobussen oder Trecks nach dem Gebirge oder nach Böhmen gebracht worden; viele fuhrten selbständig nach Sachsen oder Thüringen.

Die Einwohner der Städte Strehlen, Schweidnitz, Striegau und Jauer wurden ebenfalls von dieser Fluchtwelle erfaßt und schlossen sich dem Flüchtlingsstrom nach Süden ins Glatzer Bergland oder hinüber nach Böhmen an.

Die Räumungserlaubnis wurde hier jedoch durch die Parteibehörden teilweise so sehr verzögert, daß viele Tausende aus den Städten und Dörfern nicht mehr rechtzeitig aufbrechen konnten. Am schlimmsten wurde die Bevölkerung der Stadt Striegau betroffen, wo 15.000 Menschen (das ist die Hälfte der Einwohner) noch in der Stadt waren, als diese am 13. Februar von den Russen besetzt wurde.

Bis Anfang Mai blieb im Raum südwestlich von Breslau die Front vor den Ausläufern des Gebirges auf der Linie Strehlen - Zobten - Striegau stehen. Striegau konnte Mitte März sogar von deutschen Truppen zurückerobert werden, wobei allerdings von den zurückgebliebenen Einwohnern nur noch die Getöteten aufgefunden wurden; die anderen waren in rückwärtige russisch-besetzte Gebiete vertrieben. Mehr noch als im Frontabschnitt südlich Breslau hatten die sowjetischen Truppen im westlichen Niederschlesien, im Reg.-Bez. Liegnitz, während des Angriffs Mitte Februar Boden gewonnen.

Trotz verzweifelter deutscher Gegenangriffe am Bober waren russische Einheiten vom 8.-25. Februar bis an die Lausitzer Neiße gestoßen und hatten selbst im Kreis Görlitz eine überstürzte Evakuierung und Flucht der Bevölkerung ausgelöst. Görlitz und Umgebung fielen zwar erst Anfang Mai in russische Hand, aber die weiter nördlich und östlich gelegenen Gebiete zwischen Oder und Lausitzer Neiße mit den Städten Liegnitz, Goldberg, Löwenberg, Bunzlau, Sprottau einschließlich des südbrandenburgischen Kreises Sorau waren im Februar sämtlich von den Russen besetzt worden.

Nur Glogau, das nach nahezu vollständiger Evakuierung der Zivilbevölkerung am 12. Februar eingeschlossen wurde, hielt sich noch bis Ende März. Auch in der Stadt Grünberg konnte die Mehrzahl der Einwohner rechtzeitig mit Eisenbahnzügen und Treckkolonnen aufbrechen. Von ca. 35.000 Einwohnern blieben etwa 4.000 in der Stadt zurück. In Liegnitz dagegen, nach Görlitz der größten Stadt in diesem Gebiet, waren es immerhin ca. 20.000 Menschen, das ist etwa ein Viertel der Bevölkerung, die sich noch in der Stadt aufhielten, als diese am 10. Februar von sowjetischen Truppen genommen wurde.

Die Schnelligkeit, mit der die Rote Armee im Bereich des Regierungsbezirkes Liegnitz den Landstrich zwischen Oder und Neiße überwand, erschwerte die Flucht der Bevölkerung sehr. Nachteilig wirkte ferner, daß in diesem Gebiet Zehntausende von Flüchtlingen aus den östlich der Oder gelegenen Kreisen Fraustadt, Guhrau, Wohlau, Militsch u.a. untergebracht oder auf dem Durchzug nach Sachsen waren.

Da Niederschlesien zudem keine so ausgesprochen ländlichagrarische Struktur wie etwa Pommern und Ostpreußen hatte, fehlte es selbst in den Dörfern an Fuhrwerken zur Zusammenstellung von Trecks. Dazu kam wie überall die Überbeanspruchung der Eisenbahn und der motorisierten Transportmittel.

So erklärt es sich, daß hier viele Tausende zurückblieben und manche Trecks noch unterwegs überrollt wurden. Es kann angenommen werden, daß im Westabschnitt des Reg.-Bez. Liegnitz durchschnittlich ein Viertel der Bevölkerung nicht mehr rechtzeitig fliehen konnte oder freiwillig zurückblieb und das schwere Schicksal des Einzuges der sowjetischen Truppen er-

lebte.

Von denen, die sich nach Sachsen aufgemacht hatten, gerieten ungezählte Tausende, die in den Tagen um den 10. Februar ihre Heimatorte verlassen hatten, am 13./14. Februar in die schweren Bombenangriffe auf Dresden und nahmen dort ein gräßliches Ende.

Während der Monate März/April blieb in Niederschlesien die Frontlage relativ stabil. Dennoch fand aus den noch unbesetzten Kreisen längs der schlesisch-böhmischen Grenze in dieser Zeit ein fortgesetzter Abzug von Flüchtlingen nach Böhmen statt, und seitens der deutschen Behörden wurde mitunter sehr energisch zur Räumung der mit Menschen und Flüchtlingsgut überfüllten Gebirgsorte in den Kreisen Hirschberg, Landeshut und Glatz aufgefordert.

Der Flüchtlingsstrom nach dem Sudetenland zog sich vor allem auf den von Feindeinwirkungen ungestörten Straßen und Bahnstrecken entlang, die von Hirschberg, Landeshut und Glatz über das Gebirge führen. Manche Flüchtlinge zogen einzeln oder in geschlossenen Trecks bis nach Bayern weiter.

Anders war im Monat März die Situation in Oberschlesien. Hier war nach Aufgabe des Industriegebietes die Front südlich von Oppeln bis nach Ratibor entlang der Oder gehalten worden. Am 15. März jedoch begannen die Russen einen konzentrischen Angriff aus dem Raum südlich von Breslau her auf das westliche Oberschlesien.

In langwierigen und schweren Kämpfen mit den sich hartnäckig verteidigenden deutschen Einheiten wurden bis Ende März die noch unbesetzten Teile der Kreise Grottkau und Cosel sowie die Kreise Falkenberg, Neustadt und der größte Teil des Kreises Neiße von russischen Truppen in Besitz genommen.

Da die Front an der Oder in diesem Gebiet lange stehengeblieben war, hatte sich die Bevölkerung allmählich an ihre Nähe gewöhnt und war deshalb in der Mehrzahl bis unmittelbar vor Eintreffen der Russen in ihren Heimatorten geblieben. Selbst von den zum großen Teil schon früher in das rückwärtige Gebiet evakuierten Bewohnern der Ortschaften längs der Oder hatten manche bereits wieder den Rückweg angetreten, als dann plötzlich das Wiederaufleben der Kampfhandlungen durch den russischen Angriff von Norden her seit Mitte März einen allgemeinen Aufbruch der westoberschlesischen Bevölkerung auslöste, so daß alle Straßen nach dem Gebirge bald verstopft waren und eine organisierte Weiterleitung der Flüchtlingstrecks nahezu unmöglich wurde. So sind manche Trecks unterwegs von russischen Verbänden eingeholt worden, während es anderen noch gelang zu entkommen.

In der Stadt Neiße allerdings, die erst am 24. März von russischen Truppen besetzt werden konnte, war der allergrößte Teil der Bevölkerung rechtzeitig geflohen. Von ca. 40.000 Einwohnern blieben nur etwas über 2.000 zurück.

Insgesamt mögen es 300.000 bis 400.000 Menschen gewesen sein, die über Troppau, Jägerndorf und Ziegenhals aus dem westlich der Oder gelegenen Teil Oberschlesiens nach Böhmen und Mähren flohen, während Zehntausende nicht mehr fort kamen oder von der Roten Armee auf der Flucht eingeholt wurden.

Der letzte Abschnitt der Flucht der schlesischen Bevölkerung fiel in die Zeit unmittelbar vor der Kapitulation (8./9. Mai). In diesen Tagen nahm die Rote Armee von den ausgedehnten Gebieten Niederschlesiens Besitz, die entlang der schlesisch-böhmischen Grenze liegen. In diesen gebirgigen Gegenden der Grafschaft Glatz, des Riesen- und Isergebirges hatten viele Zehntausende von Flüchtlingen aus Schlesien Zuflucht gesucht, soweit sie nicht weiter auf die böhmische Seite und ins Innere des damaligen Protektorats Böhmen und Mähren gewiesen worden waren.

Die Bevölkerung der Gebirgsorte hatte den unaufhörlichen Durchzug von Flüchtlingen erlebt und so wochenlang die Not der Flucht vor Augen gehabt. Als deshalb in den ersten Maitagen, zu einer Zeit, in der der Zusammenbruch und das Ende des Krieges für jedermann offenbar waren, auch für diese Orte der Räumungsbefehl gegeben wurde, befolgte ihn die Bevölkerung

nur noch sehr widerstrebend, und große Teile blieben zurück.

In manchen Gegenden, wie z.B. im Kreis Landeshut, ist der Räumungsbefehl gar nicht mehr bis an die einzelnen Gemeinden gelangt, andere, wie der Kreis Glatz, wurden vom Einmarsch der russischen Truppen überhaupt erst nach dem Waffenstillstand betroffen. Lediglich aus der Stadt Hirschberg ist noch ein großer Teil der Bevölkerung über das Gebirge geflohen.

Der Masse der hier Zurückgebliebenen blieb nach der Kapitulation jene Fülle an Greueln erspart, die die Bevölkerung anderer schlesischer Gegenden in den Wochen und Monaten vorher beim Einzug russischer Truppen hatte über sich ergehen lassen müssen, dennoch kam es auch in den Gebirgsorten an der schlesisch-böhmischen Grenze noch in den Maitagen zu Gewalttaten und Übergriffen.

Schlimmer allerdings erging es den vielen Hunderttausenden, die nach Böhmen und Mähren geflohen waren und dort bei Kriegsende neben dem Einmarsch der Russen die tschechische Erhebung erlebten. Zwar richtete sich die Wut der Tschechen in erster Linie gegen die Sudetendeutschen, aber auch die deutschen Flüchtlinge aus Schlesien, die sich im Mai und Juni im Gebiet der Tschechoslowakei befanden, hatten bei den Vergeltungsmaßnahmen gegen die Deutschen mitunter eine geradezu sadistische Behandlung zu erleiden, die in mancher Hinsicht schlimmer war als die brutalen Gewalttaten der sowjetischen Truppen, vor denen sie geflohen waren.

Eine zahlenmäßige Erfassung der Fluchtbewegung der schlesischen Bevölkerung, die naturgemäß nur in groben Umrissen möglich ist, ergibt etwa das folgende Bild:

Deutsche Bevölkerung Schlesiens Anfang 1945	4,7 Mill.
davon zurückgeblieben oder unterwegs überrollt	1,5 Mill.
in das Gebiet der Tschechoslowakei geflohen	1,6 Mill.
auf direktem Wege in Reichsgebiete (Sachsen, Thüringen, Bayern) geflohen	1,6 Mill.

### **Evakuierung und Flucht in den deutschen Siedlungsgebieten Süd-Osteuropas**

Im Gegensatz zu Ostdeutschland wurden in Rumänien, Jugoslawien und Ungarn ausreichende Evakuierungsmöglichkeiten angeboten. Die überwiegende Mehrheit der Volksdeutschen lehnte es jedoch ab, die Heimatorte zu verlassen, da man sich keiner Schuld bewußt war.

Die bäuerliche Bevölkerung vertraute vor allem auf die vermeintliche Sicherheit der heimatlichen Umgebung. Einflußreiche Vertreter der katholischen Kirche sowie rumänische, jugoslawische und ungarische Bürgermeister oder Amtsvorsteher verhinderten ebenfalls die Flucht der Volksdeutschen. Sie warnten nachdrücklich vor der Evakuierung, weil die Lebensverhältnisse im Deutschen Reich sicherlich wesentlich schlechter seien und alle anständigen Volksdeutschen sowieso nichts zu befürchten hätten.

Wenngleich in Süd-Osteuropa einige Bahntransporte vorsätzlich behindert und tagelang zurückgehalten wurden, konnte man die Evakuierung der Volksdeutschen bis zum Oktober 1944 planmäßig abwickeln. Die Evakuierten erreichten ohne größere Gefahren die westlichen Auffanggebiete. Es handelte sich überwiegend um aktive Nationalsozialisten, die sich mit ihren Familien in Sicherheit brachten.

Nicht wenige Volksdeutsche entschlossen sich erst unmittelbar vor dem sowjetischen Einmarsch zur Flucht. Als die deutschen Kampftruppen im Herbst 1944 fluchtartig abzogen, begann überall die "große Angst". Jetzt hieß es nur noch: "**RETTE SICH, WER KANN!**"

## **Die Flucht der Rumänien-Deutschen**

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete über die sowjetischen Vorstöße nach Rumänien; Evakuierungsmaßnahmen und die Flucht der Rumänien-Deutschen (x007/64E-75E): >>... **Evakuierung und Flucht aus den Randgebieten Siebenbürgens und des Banats**

Hatte sich die militärische Situation im Inneren Rumäniens schon wenige Tage nach dem Umsturz zugunsten der neuen Regierung geklärt, so war die Lage an den Grenzen im Norden und Westen des Landes zunächst völlig unübersichtlich. Die in den Randprovinzen stationierten deutschen Truppen waren im allgemeinen ungehindert nach Ungarn und Serbien abgerückt. Die zerschlagenen Reste der deutschen 6. und 8. Armee sammelten sich im Gebiet des Szeklerlandes und suchten von dort aus, im Osten auf den Höhenzügen der Karpaten, im Westen dem Verlauf der Schiedspruch-Grenze folgend, neue Fronten zu schaffen.

Obergruppenführer Phleps wurde zum Bevollmächtigten General und Höheren SS- und Polizeiführer in Siebenbürgen ernannt, doch fehlte es auch ihm an einsatzfähigen Truppen. Lediglich die rasch nach Nord-Siebenbürgen geworfene 8. SS-Kavalleriedivision (Standartenführer Rumohr) bot einen gewissen Halt. Im übrigen war die fast 1.000 Kilometer lange Grenze von Siebenbürgen bis zum Eisernen Tor kaum gesichert.

Erst allmählich wurden die ungarischen Grenzschutzeinheiten durch neu herangeführte deutsche und ungarische Divisionen verstärkt. Freilich standen auch auf rumänischer Seite außer der Grenzbewachung zunächst nur geringfügige reguläre Truppen, die an ein Vorgehen nicht denken konnten. Versprengten deutschen Soldaten, aber auch Volksdeutschen Flüchtlingen aus Siebenbürgen und dem Banat gelang es in zahlreichen Fällen, die nur unzureichend bewachten Grenzen zu überqueren.

Das Einströmen der Sowjetarmeen nach Innerrumänien vollzog sich überraschend langsam; ein größerer Teil der sowjetischen Truppen wurde zur Besetzung Bulgariens nach Süden abgezweigt. So sah sich die inzwischen neu formierte Heeresgruppe Frießner - ab 24. September Heeresgruppe Süd - ermutigt, einen Gegenstoß anzusetzen, der unter Umständen zur Wiedererlangung Süd-Siebenbürgens und zur Sperrung der südlichen Karpatenpässe vor dem Heranrücken der Sowjets führen sollte.

Am 5. September traten Einheiten der ungarischen 2. Armee und der deutschen "Gruppe Siebenbürgen" (Phleps) aus dem Raum Klausenburg- Neumarkt zum Angriff an. Das Erscheinen sowjetischer Spitzen in Kronstadt am 7. September machte die weiter gefaßten Pläne trotz guter Anfangserfolge illusorisch. Doch gelang es den deutsch-ungarischen Kräften in den harten Kämpfen der nächsten Wochen, die Front nach Räumung des Szekler-Zipfels an der Mieresch-Linie vorläufig zum Stehen zu bringen (25. September).

Die geflüchteten Funktionäre der deutschen Volksgruppe unter Andreas Schmidt hatten versucht, in Nord-Siebenbürgen aus volksdeutschen SS-Urlaubern und geflüchteten Siebenbürgern provisorische Hilfseinheiten zur Befreiung Siebenbürgens zusammenzustellen.

Mit Unterstützung der Division "Florian Geyer" gelang es diesen in den ersten Tagen des deutsch-ungarischen Vorgehens, am 7. und 8. September, die Deutschen der am Südrande des Szekler-Zipfels gelegenen Dörfer Katzendorf und Draas, sowie die sächsischen Gemeinden Zendersch, Zuckmantel, Felldorf, Maniersch und Rode südlich Neumarkt zu evakuieren.

Weitere Aktionen scheiterten am Vordringen der Russen, die die Nachbarorte bereits besetzt hatten. Die Evakuierten, die zum Teil in Trecks mit ihren Gespannen, ihrem Vieh, zum Teil unvorbereitet und nur "in den Arbeitskleidern" geflohen waren, wurden über Neumarkt nach Sächsisch-Reen geführt und dort der anlaufenden Evakuierung Nord-Siebenbürgens angeschlossen.

Im Gegensatz zur Führung der Deutschen Volksgruppe in Rumänien unter Andreas Schmidt hatte sich die Gebietsleitung der Volksgruppe in Nord-Siebenbürgen, die seit dem Wiener

Schiedsspruch Budapest unterstellt war, schon im Frühjahr 1944 mit Evakuierungsplänen befaßt. Nord-Siebenbürgen war seit dem im März 1944 erfolgten Einbruch der Sowjets in die Bukowina und nördliche Moldau unmittelbares Hinterland der Front.

Bereits im Herbst 1943 hatten die Trecks der vor der Roten Armee geflüchteten Schwarzmeer- und Krim-Deutschen Nord-Siebenbürgen passiert; im April 1944 waren ihnen 63.000 Transnistrien-Deutsche, im Juni Trecks und Transporte mit Volksdeutschen aus der Ukraine gefolgt.

In der Betreuung dieser Flüchtlinge sammelte die Volksgruppe Erfahrungen. Sie kaufte zurückgelassene Gespanne an, teilte die nordsiebenbürgischen Gemeinden für den Ernstfall in Treckgruppen ein, bestimmte Treckleiter, legte Verpflegungs- und Sanitätsstationen fest und sprach die Pläne in Budapest mit der Volksgruppenführung und mit reichsdeutschen Stellen (Volksdeutsche Mittelstelle) ab.

Nach der rumänischen Kapitulation wurden die Vorbereitungen intensiviert. Am 5. September gab Obergruppenführer Phleps, der selbst Siebenbürger war und daher bei der volksdeutschen Führung Vertrauen genoß, Weisung, die Evakuierung zu beginnen - ungeachtet der gleichzeitig einsetzenden Angriffsoperationen. Die ungarischen Behörden machten zunächst Schwierigkeiten.

Nach Rückfrage in Budapest gab der Obergespan des Komitats Maros-Torda jedoch am 10. September Befehl, allen, die das Komitat freiwillig verlassen wollten, den Weg freizugeben; gelegentlich war dann sogar von einem Räumungsbefehl des Oberstuhlrichters die Rede. Am 10. September abends gab die Kreisleitung der Volksgruppe den Startbefehl für die deutschen Gemeinden um Sächsisch-Reen, deren Trecks sich in den folgenden Tagen nach Nordwesten in Bewegung setzten. Zwischen dem 17. und 20. September folgten die Trecks des Bistritzer Kreises.

Frauen und Kinder waren zum Teil schon vor dem Aufbruch der Trecks mit Militärfahrzeugen und Bahntransporten vorausgeschickt worden. Auch die bürgerliche Bevölkerung der Städte Sächsisch-Reen und Bistritz wurde mit Transportzügen evakuiert, deren letzter Bistritz erst am 9. Oktober verließ. Auf den Dörfern zogen nicht selten auch Pfarrer und Lehrer, Ärzte und Apotheker im Treck mit.

In ihrer großen Mehrzahl leisteten die sächsischen Bewohner der mehr als vierzig nordsiebenbürgischen Gemeinden den Räumungsbefehlen der Volksgruppenführung, die freilich gelegentlich von einer Räumung für wenige Tage oder doch nur einige Wochen sprachen, ohne Widerspruch Folge, so schwer ihnen das Verlassen der angestammten Heimat wurde.

Zögernde wurden allerdings von Wehrmacht, SS und in einzelnen Fällen sogar ungarischer Gendarmerie mit Nachdruck zur Räumung aufgefordert; einzelne zurückgebliebene Familien wurden noch Anfang Oktober von Räumkommandos der SS gewaltsam evakuiert.

Nachdem zwischen dem 10. und 12. Oktober mit den abrückenden deutschen Truppen auch die letzten zum Schutz der geräumten Dörfer zurückgelassenen Nachhuten abgezogen waren, dürften die sowjetischen Truppen bei ihrem Einmarsch in Nord-Siebenbürgen nur noch sehr vereinzelt deutsche Bewohner angetroffen haben.

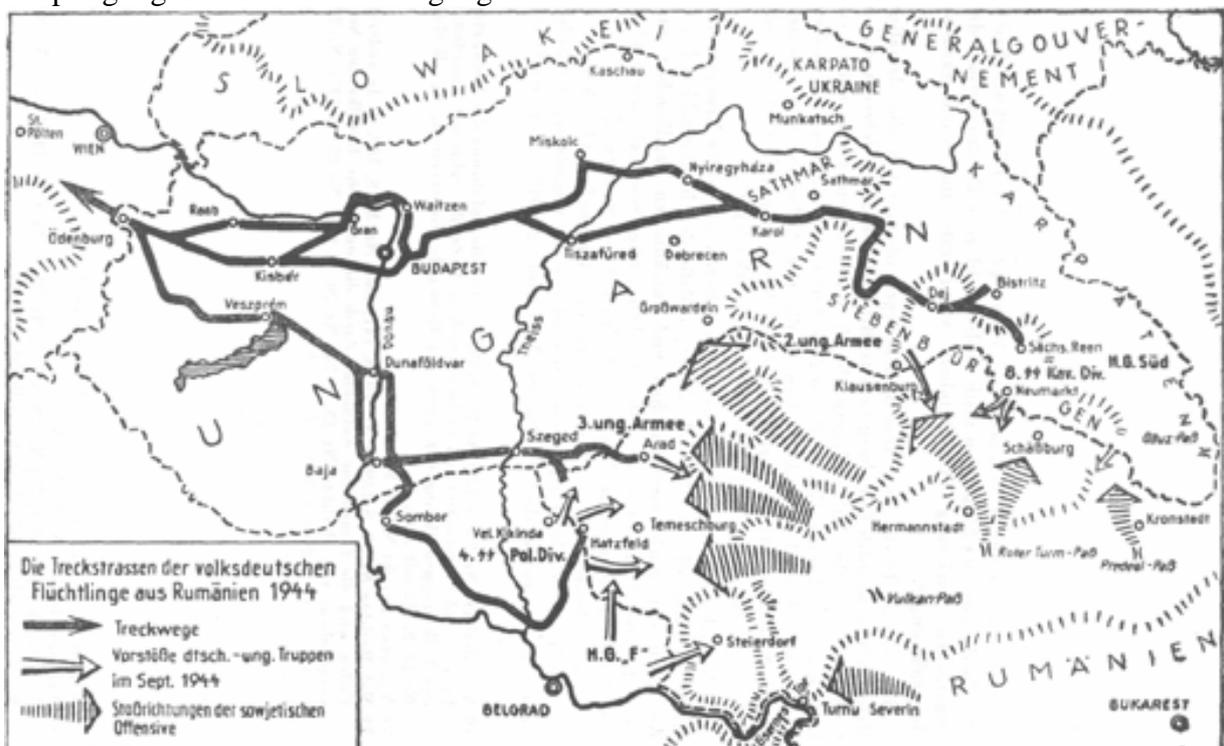
Die Größe der Trecks schwankte, den Einwohnerzahlen der einzelnen deutschen Dörfer entsprechend, zwischen 50 und 400 Fuhrwerken, die zum Teil mit Pferden, zum Teil mit Ochsen oder Kühen bespannt waren. Geführt von den Ortsleitern, vielfach aber auch von Urlaubern der Waffen-SS, zogen die Wagenkolonnen in Tagesmärschen von 25 bis 40 km auf der festgelegten Route über Dej zunächst nach Sathmar - Groß-Karol, dessen Umgebung an sich als vorläufiges Aufnahmegebiet vorgesehen war.

Doch kam es hier nur in einzelnen Fällen zu mehrtägigen Aufenthalten, da das Vordringen der Russen im Raum Großwardein die rasche Weiterfahrt ratsam erscheinen ließ. Größere Teile, vor allem der zu langsam vorankommenden Hornviehtrecks, wurden in Dej und Karol aufgelöst und auf Güterzüge verladen.

Die übrigen zogen - zum Teil mit neu eingetauschten Pferden - weiter, in Richtung Nyiregiháza, Miskolc; sie durchquerten Nord-Ungarn und gelangten, nördlich an Budapest vorbei, über Waitzen an den Donauübergang bei Gran, der im allgemeinen Mitte Oktober passiert wurde. Auf der weiteren Fahrt über Komorn - Raab oder südlich über Kisbér wurden zum Teil mehrwöchige Pausen eingeschoben; gelegentlich wurden die Flüchtlinge auch zum Ernsteinsatz auf ungarischen Dörfern herangezogen.

Im ganzen ereigneten sich im Verlauf der Trecks keine ernsthafteren Zwischenfälle. Verluste durch Tieffliegerangriffe waren trotz häufigen Alarms selten. Es kam allerdings wiederholt zu Straßenverstopfungen durch vor- oder zurückgehende deutsche Truppen, so daß gelegentlich Umwege gewählt werden mußten. Schwierigkeiten ergaben sich besonders an den Theiß-Übergängen bei Tiszafüred und Polgár.

Die Versorgung, insbesondere mit Futtermitteln, verlief nicht immer reibungslos, so daß oft zur Selbsthilfe gegriffen werden mußte. Erst ab Waitzen standen in regelmäßigen Abständen Verpflegungsstationen zur Verfügung.



Das Verhalten der ungarischen Behörden war unterschiedlich; versuchten sie die Trecks einmal an der Weiterfahrt zu hindern, so erwiesen sie sich an anderen Orten als hilfsbereit. Betont unfreundlich verhielt sich in manchen der passiert ungarischen Gemeinden die deutsch-schwäbische Bevölkerung.

Die Rücksichtslosigkeit einzelner Wehrmächteinheiten gab gelegentlich Anlaß zu Beschwerden; andererseits trug gerade die Wehrmacht wesentlich zur Versorgung und Verpflegung der Flüchtlinge bei. Der durch deutsches Eingreifen rasch niedergeschlagene Umsturzversuch der ungarischen Regierung (15. Oktober) verursachte nur vorübergehend Beunruhigung.

Die ersten Trecks der Nord-Siebenbürger überquerten die damalige Reichsgrenze westlich Ödenburg bereits Mitte Oktober, die letzten um den 6. November. In Auffanglagern des österreichischen Grenzgebiets erhielten die Flüchtlinge ihre weiteren Anweisungen, so daß sie zum großen Teil unmittelbar über Sankt Polten in die zur Aufnahme vorgesehenen Kreise Nieder- und Oberösterreichs weiterziehen konnten. Sie hatten mit ihren Gespannen zum Teil über 1.000 km zurückgelegt.

Sehr viel schwieriger als die Trecks gestalteten sich wider Erwarten die Bahntransporte, die in sehr viel stärkerem Maße den immer zahlreicheren Angriffen der angloamerikanischen und

rumänischen Jagdbomber ausgesetzt waren. Konnten die ersten Flüchtlingszüge zum Teil ungehindert bis Budapest oder sogar Wien durchfahren, so wurden die späteren Transporte durch blockierte Strecken, zerstörte Bahnhöfe und Brücken, sowie durch mangelndes Entgegenkommen seitens der ungarischen Behörden immer wieder aufgehalten.

Das zur Verfügung gestellte Wagenmaterial, zum Teil flache, ungedeckte Schotterwagen, ließ oft zu wünschen übrig, so daß die Lebensbedingungen im Verlauf der wochenlangen Fahrt in manchen Zügen unerträglich wurden. Die Transporte wurden in der Mehrzahl über Miskolc durch die Slowakei und das damalige Generalgouvernement, über Kaschau, Neusandez nach Oberschlesien geführt, wo sie erst in der zweiten Oktoberhälfte eintrafen.

Die auf dem Schienenwege abtransportierten Flüchtlinge fanden, getrennt von ihren getreckten Landsleuten, in Lagern der Volksdeutschen Mittelstelle in Oberschlesien und im Sudetenland Unterkunft.

Der Bistritzer Gebietsleitung unterstanden auch die Karpato-Ukraine und das Sathmarer Siedlungsgebiet, für die ein besonderer Evakuierungsplan ausgearbeitet worden war. Am 6. Oktober verließen die letzten Trecks der Nord-Siebenbürger den Sathmarer Raum. Wenige Tage später konnte nach schwierigen Verhandlungen mit der ungarischen Regierung auch für die schwäbischen Dörfer des Sathmarer Kreises der Evakuierungsbefehl gegeben werden.

Die zu einem großen Teil madjarisch gesinnten, ja ungarisch sprechenden Schwaben folgten den Aufrufen der Volksgruppe jedoch nur zum kleinen Teil. Bei den von der angestrebten Wiedererweckung des Deutschtums nur teilweise tiefer berührten schwäbischen Bauern überwog das Festhalten an der Scholle, das durch ungarische Gegenpropaganda gestützt wurde.

Dennoch brachen einige Gemeinden - Scheindorf, Kriegsdorf, Burlescht - am 10. Oktober fast vollzählig auf. Kleinere Trecks aus anderen Orten schlossen sich an. Sie folgten - zeitweise nur wenige Kilometer von der Front entfernt - dem Marschweg der Siebenbürger, wurden allerdings südlich Budapest über Budaörs, Kisbér nach Ödenburg geführt. Ein Teil der Flüchtlinge wurde in Budaörs verladen und auf dem Schienenwege nach Thüringen gebracht; die übrigen fanden wie die Siebenbürger in Österreich Aufnahme, wo sie im Laufe des November eintrafen.

An der Westgrenze Rumäniens, von Großwardein bis zum Eisernen Tor, gab es in den ersten Tagen nach dem 23. August keinerlei militärische Fronten. Wie Andreas Schmidt in Neumarkt versuchte Andreas Rührig, der Stabsführer der deutschen Volksgruppe, in Groß-Kikinda aus SS-Urlaubern, Flüchtlingen und rumänischen Legionären eine Einsatzgruppe aufzustellen, die jedoch nur geringen Kampfwert besaß. Anfang September traf aus Griechenland die der Heeresgruppe F (Generalfeldmarschall von Weichs) unterstellte 4. SS-Polizei-Panzer Grenadierdivision (Oberführer Schmedes) im serbischen Banat ein.

Erst als von Süden weitere deutsche Kräfte nachrückten, während sich an der ungarischen Grenze die 3. ungarische Armee formierte, konnte hier an weiterreichende Aktionen gedacht werden. Nach einem ersten vorbereitenden Vorstoß bis in die Nähe von Temeschburg schritten; die zahlenmäßig noch immer unzureichenden deutschen und ungarischen Truppen zwischen dem 13. und 15. September zum Angriff, der auch hier zur Gewinnung der Karpatenpässe vor dem Anrücken der nördlich abgelenkten Sowjets führen sollte.

Im Norden drangen ungarische Truppen nach der Einnahme von Arad bis Lippa vor, während ganz im Süden deutsche Einheiten (wohl Teile der 117. Jägerdivision) bis Steierdorf-Anina im Banater Bergland gelangten.

Die im Zentrum angreifende Polizei-Division stieß jedoch beiderseits Temeschburg bereits auf sowjetische Truppen und konnte die Einnahme der Stadt nicht mehr erzwingen. Als die im Nordabschnitt kämpfenden Ungarn am 19. September vor den vordrängenden Russen zurückwichen - Arad wurde in der Nacht vom 19. zum 20. aufgegeben - war die Lage auch im Süden nicht mehr zu halten. Dennoch war vorübergehend der größte Teil des schwäbischen

Siedlungsgebiets im Banat von den angreifenden Truppen besetzt.

Die im Mittelabschnitt eingesetzte "Kampfgruppe Behrens" arbeitete bewußt auf eine systematische Evakuierung der deutschen Bevölkerung hin. Unmittelbar nach dem Eindringen der deutschen Truppen wurde in den schwäbischen Gemeinden östlich Temeschburg zur Evakuierung aufgerufen, so daß sich erste Wagenkolonnen mit volksdeutschen Flüchtlingen bereits am 15., 16. und 17. September in Marsch setzten.

Freilich schloß sich vielfach nur ein Teil der deutschen Bevölkerung - in Gertianosch etwa die Hälfte - den Trecks an, die überdies zumeist schon unmittelbar jenseits der serbischen Grenze, in Groß-Kikinda, Zerne oder Stefansfeld Halt machten.

Zahlreiche Flüchtlinge kehrten in den nächsten Tagen, als die Lage sich vorübergehend zu festigen schien, in ihre Heimatgemeinden zurück, um dann unter Umständen erneut zu fliehen. Andere wurden in den serbischen Aufnahmeorten vom sowjetischen Vormarsch überrollt und später nach Rumänien zurückgeführt.

Die Lage war denkbar unklar. Die Parolen wechselten. Am stärksten wirkte sich dies in den deutschen Dörfern um Arad aus, da die Ungarn sich offen gegen die Evakuierung aussprachen, ja sie in manchen Orten regelrecht untersagten. Das Durcheinander der Befehle, die unklare Kompetenzverteilung und bis zu einem gewissen Grade das Versagen der zur Organisation herangezogenen Vertreter der Volksdeutschen Mittelstelle machten eine systematische Evakuierung in vielen Dörfern unmöglich.

Einige Gemeinden in der Temeschburger Heide brachen dennoch in geschlossenen Trecks auf, mit Pferdegespannen, zum Teil sogar mit Traktoren, und zogen durch das serbische Banat - gelegentlich von Partisanen belästigt - über Groß-Kikinda, Rudolfsgnad nach Ungarn. Im südlichen Bergland wurden die über 6.000 deutschen Bewohner von Steierdorf-Anina auf Befehl eines deutschen Majors am 16. September ohne Rücksicht auf Widerstände evakuiert und mit Lastwagen nach Werschetz gefahren, wo sie in Güterzüge verladen wurden.

Im Arader Raum kam es zum Teil zu regelloser Flucht, unmittelbar vor den anrückenden Sowjets, so daß sich größere Trecks erst nach dem Überschreiten der Grenze auf ungarischem Gebiet formieren konnten.

Im Nordwest-Teil des Banats, der länger gehalten und zum Teil von den nach Norden durchstoßenden Griechenland-Truppen und Einheiten der 7. SS-Gebirgsdivision "Prinz Eugen" nach mehrtägiger sowjetischer Besetzung noch einmal zurückerobert wurde, konnten die deutschen Gemeinden der Bezirke Groß-Sankt Nikolaus und Perjamosch noch in den ersten Oktobertagen evakuiert werden.

Ihre Trecks gerieten verschiedentlich in die Schußlinie der nachdrängenden Front, so daß auch Verluste an Menschenleben zu beklagen waren. In der Mehrzahl gelang es ihnen jedoch, die Straße nach Szeged zu gewinnen und von dort ungestört nach Westen weiterzuziehen. Die Strapazen waren zum Teil ungeheuer, da oft Tag und Nacht durchgefahren werden mußte; Strecken von bis zu 100 km wurden ohne Rast zurückgelegt.

An den Donauübergängen bei Baja und Dunaföldvár trafen die Flüchtlinge auf die Straße der durch Jugoslawien gezogenen Trecks. Östlich vom Plattensee vorbei, durch den Bakonywald (Veszprém) zogen die Fuhrwerke der Schwaben auf vielfach verstopften und überlasteten Straßen der deutschen Grenze zu.

Zumeist erreichten sie diese noch vor den Siebenbürgern, in der zweiten Oktoberhälfte, um von dort ohne Aufenthalt in ihre Aufnahmegebiete, in erster Linie die niederösterreichischen Kreise nördlich der Donau, an der Grenze nach Mähren hin, weitergeleitet zu werden. Zu einem kleinen Teil waren auch Banater Flüchtlinge mit Bahntransporten von Kikinda durch Süd-Ungarn oder auch durch Jugoslawien über Belgrad zurückgeführt worden.

Die Gesamtzahl der von Ende August bis Anfang Oktober 1944 aus dem heutigen rumänischen Staatsgebiet evakuierten Volksdeutschen ist schwer zu bestimmen. Ein Monatsbericht der Volksdeutschen Mittelstelle nennt für Nord-Siebenbürgen Ende November 1944 insge-

samt 48.000. Die ca. 2.500 Angehörigen der Sathmarer Trecks wie, auch die Flüchtlinge aus den südsiebenbürgischen Randgemeinden dürften in dieser Zählung einbegriffen sein. Die Zahl der evakuierten Banater Schwaben lag andererseits sicher über den damals von der VOMI nachgewiesenen 12.500 Personen. Selbst die von einem Teilnehmer der Evakuierungsaktion genannte Zahl von 36.000 greift wahrscheinlich zu niedrig. Insgesamt werden sich somit bei Kriegsende nahezu 100.000 Volksdeutsche Flüchtlinge aus Rumänien auf dem Boden des damaligen Deutschen Reiches befunden haben. Der größere Teil der Sachsen und Schwaben blieb jedoch in Rumänien zurück.<<

### **Die Flucht der Jugoslawien-Deutschen**

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete über die sowjetischen Vorstöße nach Jugoslawien; Evakuierungsmaßnahmen und die Flucht der Jugoslawien-Deutschen (x006/85E-89E): >>Evakuierung und Flucht der deutschen Bevölkerung aus Jugoslawien

Der Ablauf der politischen und militärischen Ereignisse brachte es mit sich, daß Umsiedlungspläne und Umsiedlungsaktionen in Evakuierungsmaßnahmen und Fluchtbewegungen übergingen, ohne daß die einen ohne weiteres von den anderen unterschieden werden könnten.

So wurde, ehe sich im Herbst 1944 die Front den Grenzen des ehemaligen Jugoslawiens unaufhaltsam zu nähern begann, ein Teil des Kroatiendeutschtum von einer Evakuierungswelle erfaßt, die sich noch in enge Verbindung mit Himmlers Umsiedlungsplänen seit dem Sommer 1942 bringen läßt.

Im Januar 1944 hatte Himmler nämlich die Umsiedlung der Volksdeutschen aus den "bandengefährdeten" Gebieten Westslawoniens nach Syrmien angeordnet und damit nach knapper Jahresfrist auf einen Kompromißvorschlag der VOMI und des Auswärtigen Amtes zurückgegriffen, mit dem die Diskussion einer Gesamtumsiedlung der Volksgruppe in Kroatien abgeschlossen worden war.

Die Aktion wurde im gleichen Monat ohne Wissen des Auswärtigen Amtes, der Deutschen Gesandtschaft in Agram, ja sogar eines Teils der Volksgruppenführung begonnen und in aller Eile von der Waffen-SS ausgeführt. Bis Ende März 1944 wurden ca. 20.000 Deutsche aus fast 30 westslawonischen Gemeinden nach Syrmien und in die Umgebung von Esseg transportiert, wo man sie provisorisch bei deutschen Familien und auf verlassenem serbischen Gehöften unterbrachte.

Die kroatische Regierung, die sich übergeben fühlte, widersprach, und das Auswärtige Amt bat dringend um Einstellung der Evakuierung, da politische Rückwirkungen auf die Kroaten und Serben bei einem so überstürzten Vorgehen noch vor der Erntezeit unausbleiblich schienen, wenn die Deutschen weiter als erste flüchteten.

Trotzdem wurde der Abtransport der Deutschen nach Syrmien auch im April 1944 nicht eingestellt, so daß schließlich ca. 25.000 Slawoniendeutsche ihre Siedlungen verlassen mußten. Der Leiter der VOMI befließigte sich, der Aktion den Charakter der Umsiedlung abzuspochen. Tatsächlich waren die Grenzen zwischen Evakuierung und Umsiedlung inzwischen völlig fließend geworden.

Anfang September 1944 gewann dann die Frage einer Gesamtevakuierung des Kroatiendeutschums, nunmehr unter dem Zwang der militärischen Lage, d.h. des drohenden russischen Vorstoßes nach Ungarn und der gesteigerten Aktivität der Partisanenbrigaden, erhöhte Bedeutung.

Der deutsche Gesandte Kasche sprach sich noch am 6.9.1944 aus Rücksicht auf die kroatische Kampfmoral gegen einen beschleunigten Abzug aus, der SS-Bevollmächtigte Kammerhofer dagegen hatte schon von der VOMI die Vollmacht zur Evakuierung erhalten. In Besprechungen mit der Volksgruppenführung wurde der allgemeine Rahmen für den Abtransport der

Deutschen "bei ernster Gefahr" abgesteckt: die Kinder sollten als erste mit der Eisenbahn auf der Linie Esseg - Wien ins Reich gebracht werden, während die Masse der Volksgruppe in Trecks durch Ungarn nachfolgen sollte.

Der dehnbare Begriff der ernsten Gefahr wurde dahin ausgelegt, daß die Evakuierung der Banater Volksdeutschen oder eine angloamerikanische Landung an der kroatischen Küste als das auslösende Signal gelten sollte. Unter diesen Voraussetzungen erklärte sich auch Ribbentrop mit der Evakuierung einverstanden, doch erst am 25.9.1944 wurde die Agramer Gesandtschaft vom Auswärtigen Amt instruiert, den Evakuierungsplan mit Kammerhofer abzustimmen.

Inzwischen waren die Deutschen in Mittelslawonien in einer Reihe von örtlichen Evakuierungen in Syrmien zusammengeführt worden. Einzelne Siedlungen blieben freilich noch immer von diesen Maßnahmen verschont, vor allem entlang der wichtigen Bahnlinie von Belgrad nach Agram, wo deutsche Truppen stationiert waren.

Dagegen wurden jetzt die bei der Bosnienumsiedlung ausgenommenen deutschen Dörfer Windthorst, Adolfstal und Troschelje regulär evakuiert (22.9.).

Die bis Anfang Oktober in Syrmien konzentrierten Volksdeutschen mußten sodann, meist mit Hilfe der Wehrmacht, in überwiegend geschlossenen und geordneten Trecks das Land verlassen, ohne daß sich dieser Abzug streng an die von der Volksgruppenführung ausgearbeiteten Richtlinien gehalten hätte. Durch die Baranja und Südungarn, unterhalb des Plattensees her ihren Weg nehmend, erreichten sie bis Ende Oktober die damalige Reichsgrenze und wurden entweder in Österreich oder aber nach der Weiterleitung bis Schlesien in Landgemeinden untergebracht, aus denen sie z.T. vor den herannahenden Russen erneut nach Westen flüchteten.

—

Ende Oktober galten Syrmien und Slawonien als von Deutschen geräumt; nur wer sich freiwillig ausgeschlossen hatte, konnte zurückbleiben. Damit war das Kroatiendeutschtum im Hinblick auf die Kriegslage noch rechtzeitig und in seiner überwiegenden Mehrheit evakuiert worden.

Ungleich schwieriger stellte sich das Evakuierungsproblem in den deutschen Hauptsiedlungsgebieten der Batschka und des Banats dar. Nach der rumänischen Kapitulation am 23.8.1944 und der dadurch ausgelösten militärischen und politischen Verwirrung der letzten Augusttage, auf die der schnelle Vorstoß der "2. ukrainischen Front" Malinowskis in Richtung auf die Theiß folgte, wurden die Volksdeutschen in der 1941 ungarisch gewordenen Batschka und Baranja unmittelbar vor die Entscheidung zur Flucht gestellt.

Aus politischen Rücksichten auf den letzten Bundesgenossen des Reiches in Südosteuropa waren genaue Evakuierungspläne nicht aufgestellt worden. Nur für das Gebiet um Neusatz war eine Räumung in Aussicht genommen, die allerdings auch erst in den ersten Oktobertagen überhastet und nur teilweise verwirklicht wurde. Als der russische Angriffskeil nördlich an Groß-Betschkerek vorbei auf Neusatz zu in die südöstliche Batschka vorstieß, wurde am 4.10. in der Stadt zur Flucht aufgefordert; am 9.10. verließen sie die letzten Flüchtlinge auf einigen donauaufwärts fahrenden Kähnen.

Südlich der Linie Apatin - Tschervenka, also im Südteil der Batschka, setzten sich Trecks zwischen dem 8. und 11.10.1944 in Marsch; einem Teil der Volksdeutschen gelang es, den bequemerem Schiffsweg bis Mohács zu wählen, wo auch die Trecks eintrafen, um weiter nördlich bei Baja die Donau zu überqueren.

Kleinere Gruppen konnten von Mohács oder doch von Ödenburg aus die Bahn benutzen, während die Trecks gewöhnlich nach zwei Monaten beschwerlicher Reisezeit in den schlesischen oder oberösterreichischen Auffangquartieren eintrafen, die sie im März oder noch im April 1945 in erneuter Flucht vor der Roten Armee verließen.

In der nördlichen Batschka blieb die Flucht durchweg der Einzelinitiative der Donauschwaben überlassen. Auf dem gleichen Wege wie die Wagenkolonnen aus dem Süden verließen

die Trecks der volksdeutschen Bevölkerung die Heimat und machten dann die gleichen Erfahrungen. Vor allem Angehörige der jüngeren Generation zogen die Flucht der von der Besetzung ihrer Dörfer durch Russen drohenden Gefährdung vor, wogegen die Älteren im Vertrauen auf ihre bewiesene Loyalität und nicht gewillt, den ererbten Besitz freiwillig aufzugeben, blieben und das Risiko einer noch ungewisseren Zukunft auf sich nahmen.

War es in der Batschka und Baranja etwa die Hälfte der Deutschen, der die Flucht gelungen sein mochte, so (waren es) bei den Banater Schwaben weniger als ein Zehntel; nur das in Belgrad konzentrierte Deutschtum Nedić-Serbiens wurde noch vor Beginn der Belagerung mit Eisenbahn und Schiffen rechtzeitig evakuiert. Die Volksgruppenführung in Groß-Betschkerek hatte zwar einen minutiös genauen Evakuierungsplan für das gesamte Banat ausgearbeitet, der Befehl zum Aufbruch wurde jedoch in den letzten Septembertagen, als sich die Truppen von Tolbuchins "3. ukrainischer Front" näherten, immer wieder hinausgezögert.

Der höhere SS- und Polizeiführer in Belgrad, Behrens, und sein Vertreter bei der Volksgruppenführung, SS-Brigadeführer Fiedler, widersetzten sich strikt jeder Vorbereitung zur Flucht, und vage Gerüchte über den Einsatz frischer deutscher Verbände oder gar der "Wunderwaffen" bewogen auch die Verantwortlichen um Dr. Janko zu weiterem Abwarten.

Immerhin bedeutete der am 13.-15.9.1944 unternommene Vorstoß deutscher und ungarischer Truppen bis vor Temeschburg insofern ein warnendes Zeichen für das serbische Banat, als die kurzfristige Besetzung des größten Teils des rumänischen Banats sogleich zur systematischen Evakuierung der deutschen Bevölkerung benutzt wurde, deren Trecks durch das serbische Banat nach Ungarn zogen und dort die weitere Entwicklung abwarteten.

Die drohende Gefahr wurde also nicht nur der Volksgruppenführung in Groß-Betschkerek, sondern auch den Deutschen der Dörfer und Städte längs der Durchfahrtsstraßen unmittelbar vor Augen geführt, und fraglos hätte nach dem Scheitern des Angriffs auf Temeschburg mit allem Nachdruck auf eine zu diesem Zeitpunkt noch mögliche Evakuierung hingewirkt werden müssen. Allein Tag für Tag verging in wachsender Spannung, Fragesteller bei der Volksgruppenführung wurden getröstet und zur Ruhe ermahnt.

Am 1.10. gingen noch einige Kindertransporte aus Kubin, Homolitz, Ploschitz und Karlsdorf mit der Eisenbahn ins Reich. Zu der geplanten Verschickung möglichst aller Kinder mit dem Ziel, ihnen die Strapazen des Trecks zu ersparen, wie diesen zu entlasten, war es bereits zu spät.

Plötzlich brachen die russischen Angriffsspitzen in das Banat ein: motorisierte Truppen stießen über Modosch vor und tauchten, ohne nennenswerten Widerstand zu finden, zwischen dem 29.9. und 5.10. auf ihrem Weg nach Westen auch in den Dörfern der Donauschwaben auf.

Eine überstürzte Fluchtbewegung setzte hier und da noch ein: über eine Ponton-Brücke über die Theiß bei Aradac verließen Gruppen der deutschen Bevölkerung von Groß-Betschkerek einschließlich der Volksgruppenführung das Banat; ein verhältnismäßig großer Treck von 500 Personen konnte am 1.10. mit Genehmigung der Partisanen Perlas verlassen, aus Kubin schlugen sich Volksdeutsche auf einem Kahn bis Semlin durch und gelangten von dort mit der Eisenbahn nach Österreich.

Familien und Einzelne strebten in regelloser Flucht den Theiß- und Donauübergängen zu, Wehrmachtseinheiten nahmen auf dem Rückzug bisweilen Grüppchen auf Lastwagen mit - im allgemeinen kam jedoch der russische Vorstoß zu überraschend, als daß sich nach den verpaßten Gelegenheiten in der letzten Septemberwoche noch ein geregelter Abzug aus den donauschwäbischen Siedlungen hätte durchführen lassen. Allein aus Weißkirchen wurden dank der Initiative des deutschen Ortskommandanten die Deutschen geschlossen auf dem Wege über Belgrad evakuiert. Die genaue Zahl der Jugoslawiendeutschen, die seit dem Oktober 1944 unter der Besetzungsherrschaft der Russen und Partisanen zurückblieben, läßt sich nicht angeben. Sorgfältige Schätzungen beziffern sie auf ca. 200.000; danach ist die Mehrheit

durch Evakuierung oder Flucht entkommen.<<

### **Die Flucht der Ungarn-Deutschen**

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete über die sowjetischen Vorstöße nach Ungarn; Evakuierungsmaßnahmen und die Flucht der Ungarn-Deutschen (x008/34E-40E): >>... **Evakuierung und Flucht vor der Roten Armee**

... Der Volksbund hatte seine Anziehungskraft als Wahrer der deutschen Interessen weitgehend verloren; viele, denen ein Weg offen stand, sahen sich nach Rückendeckung unter den Madjaren um, da die kommende Katastrophe sich bereits abzeichnete. Schon die plötzliche Besetzung Ungarns durch deutsche Truppen am 19. März 1944 ließ die Einsichtigen ahnen, daß die deutsch-ungarische Waffenbrüderschaft in eine ernsthafte Krise geraten war. Äußerlich gesehen allerdings verschaffte gerade dieses Ereignis dem Volksbund unter dem Schutz der deutschen Armee eine Handlungsfreiheit, wie er sie noch nie zuvor besessen hatte.

Doch bald überstürzten sich die Ereignisse, die den Ungarndeutschen den ganzen Ernst ihrer Lage vor Augen führten. Der Umsturz in Rumänien am 23. August 1944 machte den sowjetischen Truppen den Weg bis an die ungarische Grenze frei. Im September zogen die ersten volksdeutschen Flüchtlingstrecks aus Rumänien, später auch aus Jugoslawien durch die Schwäbische Türkei.

Der Einbruch der Roten Armee in ungarisches Hoheitsgebiet im September veranlaßte den Reichsverweser Admiral von Horthy, mit der Sowjet-Union Verbindung aufzunehmen. Am 15. Oktober erklärte er offiziell, daß er die UdSSR um einen Waffenstillstand gebeten habe. Der dadurch ausgelöste Aufstand ungarischer Truppen, besonders in Budapest, gegen die deutsche Besatzungsmacht, wurde sofort niedergeschlagen. Horthy trat zurück und wurde nach Deutschland geschafft; die Regierung übernahm der Führer der Pfeilkreuzlerbewegung Szálasi.

In dem bereits von der Sowjetarmee besetzten Teil des Landes bildete der ungarische Generaloberst Béla Miklós-Dálnoki am 23. Dezember eine Gegenregierung. Die Schattenregierung Szálasi legte der deutschen Volksgruppenpolitik wegen ihrer völligen Abhängigkeit vom Dritten Reich kaum Hindernisse in den Weg. Diese konnte ihre jetzt weniger gestörte Arbeit nur noch auf eine große Aktion konzentrieren: auf die Evakuierung des ungarländischen Deutsch-tums.

Die Volksgruppenführung hatte sich schon im Frühjahr 1944 mit der Möglichkeit der Evakuierung befaßt, an die Aufstellung von genauen Räumungsplänen ging man jedoch erst Ende August nach dem Bekanntwerden des Umschwungs in Rumänien. In Zusammenarbeit mit der Volksdeutschen Mittelstelle (VOMI) in Berlin, nach deren Anweisungen man sich zu richten hatte, wurden genaue Treckwege festgelegt, Verpflegungsstellen eingerichtet und Durchgangsquartiere vorbereitet.

In jedem Ort hatte ein Evakuierungsbeauftragter für die Betreuung der durchziehenden Trecks und für die rechtzeitige Benachrichtigung der eigenen Ortseinwohner Sorge zu tragen. Die Hauptmasse der deutschen Landbevölkerung sollte in Trecks zusammengefaßt werden. Daneben war vorgesehen, mit Schiffen donauaufwärts oder mit der Eisenbahn nach dem Westen zu gelangen.

Aus den von Deutschen bewohnten Gebieten östlich der Donau - den Komitaten Békés und Csánad-Arad-Torontál - setzten sich bereits im September 1944 die ersten Flüchtlingstrecks in Richtung Donaubrücken in Marsch. Die Rote Armee beendete inzwischen ihren Aufmarsch längs der rumänisch-ungarischen Grenze und stand Ende September bereit zum Einbruch in die ungarische Tiefebene.

Am 5. Oktober trat sie zum Angriff auf die Theißebene an. Die durch den Putschversuch am 15. Oktober in Verwirrung gebrachten deutsch-ungarischen Truppen leisteten nur geringen Widerstand, daher näherte sich die Rote Armee in Südungarn verhältnismäßig schnell in brei-

ter Front der Donau. Infolgedessen wurde für die Orte entlang des östlichen Donauufers in der zweiten Oktoberwoche die Evakuierungsaufforderung gegeben. In der jetzt schwer bedrohten Schwäbischen Türkei lief die planmäßige Evakuierung in der zweiten Oberhälfte an und dauerte bis zum Einbruch der Russen in dieses Gebiet Anfang Dezember.

In Budapest ordnete die Volksgruppenführung Ende Oktober, als russische Panzerspitzen für kurze Zeit bis in die südöstlichen Vorstädte der Hauptstadt vorgestoßen waren, an, daß die Stadt von reichs- und volksdeutschen Kindern geräumt werden sollte. Anfang November - die sowjetische Armee war bereits gefährlich nahe gekommen - wurde die männliche deutsche Bevölkerung, soweit sie nicht unabhkömmlich war, aufgefordert, die Stadt in Richtung Westen zu verlassen. Ebenso wurden Dienststellen und Schulen verlagert.

Da Budapest seit dem 19. Dezember von Süden her durch die russischen Truppen eingeschlossen und damit der Weg nach Westen abgeschnitten war, verließen die letzten Flüchtlinge die Stadt nach Norden in Richtung Tschechoslowakei und Schlesien. Am 24. Dezember wurde auch dieser Weg durch einen nördlichen Umgehungsvorstoß auf Gran versperrt - Budapest war eine eingeschlossene Stadt.

Inzwischen hatte die Rote Armee bereits Ende November die Donau in Südungarn überschritten und konnte trotz eines deutschen Gegenstoßes erst in der Linie Nagykanizsa - Plattensee - Budapest aufgefangen werden. Gleichzeitig mit der Einschließung Budapests gelang es ihr, die deutschen Truppen bis in den Bakony-Wald und im Norden bis an den Gran zurückzudrücken. Zwei Versuche, Budapest zu entsetzen - am 1. und am 18. Januar 1945 - blieben nach Anfangserfolgen stecken. Die Stadt wurde nicht befreit und mußte ihrem Schicksal überlassen werden. Mitte Februar fielen die letzten deutschen Stützpunkte innerhalb des Stadtgebietes in russische Hand.

Mit der Stabilisierung der Bakonywald-Gran-Front Ende Dezember 1944 endete die Phase der planmäßigen Evakuierung, denn der noch in deutscher Hand befindliche westliche Teil Ungarns sollte unbedingt gehalten werden. Die strikten Anordnungen Hitlers, der sogar eine Entsetzung des eingeschlossenen Budapests forderte, waren der Bevölkerung bekannt geworden, und sie sah daher keinen Grund, die Heimatorte zu verlassen.

Da aber ein breiter Streifen des Hinterlandes aus taktischen Gründen von der Zivilbevölkerung geräumt werden mußte, außerdem bei den Vorstößen auf Budapest einzelne Dörfer des von der Roten Armee schon eroberten Gebiets besetzt werden konnten, und die deutsche Zivilbevölkerung beim Rückzug von den Soldaten mitgenommen wurde, ist gerade die Evakuierung der Streusiedlung nördlich des Bakonywaldes am vollkommensten durchgeführt worden. Das von Deutschen besiedelte Gebiet längs der westungarischen Grenze wurde erst in der letzten Phase des Krieges, im März und April 1945 von der Roten Armee beim Vorstoß in den österreichischen Raum in Besitz genommen.

Hier beschränkte sich die Evakuierung fast ausschließlich auf die ungarischen und deutschen Dienststellen - Ödenburg war der letzte Sitz der Szálasi-Regierung in Ungarn - und auf Angehörige des Volksbundes.

Es kann rückschauend festgestellt werden, daß die technischen Vorbereitungen zu einer ordnungsmäßigen Evakuierung im Rahmen des Möglichen ausreichten. Sie wurden allerdings kaum ausgenutzt, denn nur ein geringer Teil der volksdeutschen Bevölkerung machte von ihnen Gebrauch. In einigen Orten mag dies daran gelegen haben, daß nur die Volksbundmitglieder als die eigentlich Gefährdeten oder, was die ganze Atmosphäre der damaligen Situation kennzeichnet, als die eigentlichen Deutschen angesehen und daher nur sie über den Termin der Evakuierung oder der Räumung benachrichtigt wurden.

Besonders in den westungarischen Grenzgebieten suchten die Leiter der Volksbundgruppen nur die Mitglieder auf, um sie zur Flucht zu überreden. In den übrigen Landschaften jedoch bemühte man sich von deutscher Seite, alle Volksdeutschen anzusprechen. Beauftragte der Volksgruppenführung reisten von Gemeinde zu Gemeinde, um in öffentlichen Versammlun-

gen auf die Nöte und Drangsale hinzuweisen, denen die deutsche Bevölkerung in den bereits von der Roten Armee besetzten Gebieten ausgesetzt sei. Auch deutsche Feldgendarmerie und Wehrmachtskommandanturen haben ihr möglichstes getan, um durch Überredung und moralischen Druck eine Fluchtbereitschaft zu erzeugen und zu bestärken.

Der Erfolg aller dieser Bemühungen war mäßig. Der weitaus größte Teil der ungarländischen Deutschen lehnte es ab, die Heimat zu verlassen und hoffte - sich keiner Schuld bewußt - die kommenden Zeiten in der altvertrauten Umgebung besser überstehen zu können als in der ungewissen Fremde. Selbst Volksbundangehörige leisteten dem Ruf nicht Folge, wenn kein besonderer Anlaß vorlag - etwa eine persönliche Feindschaft mit einem Madjaren oder einem madjarenfreundlichen Deutschen.

Viele suchten in dem Hin und Her des Überlegens einer eigenen Entscheidung zu entgehen; wenn sich einer der Wortführer im Dorf entschlossen hatte zu trecken, packten auch die anderen ihren Wagen. Es gab daher Gemeinden, in denen sich niemand oder nur sehr wenige Familien zur Abreise entschließen konnten, während in anderen Orten die gesamte deutsche Bevölkerung flüchtete. So mancher wiederum wendete sein Gespann beim Verlassen des Dorfes und fuhr auf seinen Hof zurück, andere entschlossen sich selbst nach ein oder zwei Tagesfahrten noch zur Rückkehr.

Das zähe Festhalten am eigenen Haus und Hof und der vertrauten Umgebung hatte, abgesehen davon, daß sich eine bäuerliche Bevölkerung immer besonders schwer vom alten Wohnsitz löst, in erster Linie persönliche Gründe. Vor allem die älteren Leute wollten unter keiner Bedingung ihre Höfe verlassen, aber auch die Frauen, deren Männer und Söhne Soldat waren, vertrauten, mit ihren Kindern alleingelassen, mehr der vermeintlichen Sicherheit des Hofes als der Ungewißheit des Trecklebens.

Als sehr zugkräftig erwies sich außerdem die in diesem Augenblick angerufene Meinung der alten Autoritäten, deren Einfluß solange durch die Propaganda von Volksbund und Volksgruppenführung zurückgedrängt worden war. Die Vertreter der katholischen Kirche rieten nachdrücklich von einer Flucht ab. Ebenso hielten die madjarischen kommunalen Verwaltungsbeamten, die eine geachtete Stellung in der Gemeinde einnahmen - der Notar oder der Stuhlrichter - den Ratsuchenden nachdrücklich vor, daß die Verhältnisse in Österreich oder Deutschland sich wahrscheinlich erheblich schlechter, sicherlich aber nicht besser als in Ungarn gestalten würden.

Als weiteres verzögerndes Moment erwies sich die trotz der angeordneten Evakuierungsmaßnahmen immer noch auf Sieg ausgerichtete Propaganda, die andauernd versicherte, daß die Rote Armee nicht nur aufgehalten, sondern in nächster Zeit zurückgeschlagen werden würde. Tatsächlich vollzog sich der russische Vormarsch in Ungarn in sehr weit auseinanderliegenden Etappen, und Gegenangriffe deutscher Truppen ließen die Bevölkerung immer wieder eine Wendung des Kriegsgeschehens erhoffen. Ein erneuter Durchbruch und Vormarsch der Sowjetarmee löste dann einen überstürzten Aufbruch aus, wobei man immer noch glaubte, in zwei bis drei Wochen wieder zurückkehren zu können.

Wer sich von vornherein zum Verlassen der Heimat entschlossen hatte, nutzte die Zeit der Vorbereitung und gelangte in den meisten Fällen mit einem der zusammengestellten Trecks oder mit der Bahn wohl unter Strapazen, aber ohne besondere Gefahr in die Auffanggebiete. Die Trecks aus den Gebieten ostwärts der Donau zogen einen vorgeschriebenen Weg mit feststehenden Übernachtungspunkten und endeten in Auffangquartieren in der Schwäbischen Türkei, der Umgebung von Budapest oder im Bakonywald.

Als dann mit dem Herannahen der Roten Armee auch die Aufnahmegebiete den Evakuierungsbefehl erhielten, setzten sich die schon marschbereiten Trecks der bereits Geflüchteten in der Regel als erste in Bewegung, während die Gastgemeinden eigene Trecks zusammstellten. Als nächstes Fluchtziel war Westungarn, für die Dienststellen insbesondere Ödenburg und Güns, dann Österreich festgesetzt.

Da die Flüchtenden, unter denen sich auch madjarische Pfeilkreuzler und Anhänger der Horthyregierung befanden, bald hier nicht mehr untergebracht werden konnten, leitete man die Trecks weiter, entweder nach Bayern und Württemberg oder in nördliche Richtung nach Böhmen und Mähren, nach Sachsen und sogar bis nach Schlesien.

Da die Hauptstraßen für Militärtransporte freigehalten werden mußten, das Fortkommen auf den Nebenwegen aber wegen des regnerischen Winterwetters sich immer schwieriger gestaltete, ließen einzelne Trecks ihre Fahrzeuge schon in Mittelungarn zurück und benutzten die Eisenbahn zur Weiterfahrt.

Mit der Eisenbahn sollten die Volksdeutschen nach dem Westen geschafft werden, wenn kein Fahrzeug für den Treck zur Verfügung stand. Diese Aktion lief allerdings in den wenigsten Fällen so reibungslos ab wie sie geplant war. Es stand wohl so viel Verladerraum zur Verfügung, wenigstens bei Beginn der Evakuierung, daß hin und wieder die Züge halb leer abfuhrten, es ließen sich aber lange, zeitraubende Aufenthalte häufig nicht vermeiden.

Der Grund für diese Stockungen lag nicht so sehr an dem Mangel an Lokomotiven, als vielmehr an dem passiven Widerstand der madjarischen Eisenbahnbeamten, von denen die Züge tage- und bisweilen wochenlang auf einzelnen Bahnhöfen zurückgehalten wurden. Ganz allgemein kann festgestellt werden, daß von ungarischer Seite alles versucht wurde, den Anordnungen der Volksgruppenführung und der deutschen Dienststellen entgegenzuarbeiten und die Evakuierungswilligen im Lande zu halten.

Neben dem planmäßigen Abtransport vor Beginn der Kampfhandlungen oder dem Absetzen der deutschen Truppen, begleitete besonders in der Schwäbischen Türkei eine zweite Welle von Flüchtenden die Trosse und Kampfeinheiten der zurückgehenden Truppen. Viele, die den Mühen eines langen Trecks entgehen wollten und daher bei den offiziellen Räumungen zu Hause geblieben waren, fürchteten dann unmittelbar vor dem Einmarsch der Russen für das nackte Leben und flüchteten im letzten Augenblick zu Fuß oder auf den Fahrzeugen der Wehrmacht. Ähnlich war das Bild im März und April 1945, als Westungarn aufgegeben werden mußte.

Zu den Evakuierten gehörten neben der kleinen Gruppe der exponierten Nationalsozialisten alle diejenigen, für die neben der einfachen Angst vor der russischen Invasion das Gefühl ausschlaggebend war, daß ihnen als bewußten Deutschen, deren Angehörige freiwillig oder zwangsläufig in der Waffen-SS dienten, dasselbe Schicksal bevorstand, wie den Deutschen in Jugoslawien, das ihnen als warnendes Beispiel von der Volksgruppenpropaganda vor Augen gehalten wurde.

Allerdings bestand im allgemeinen keine Spannung zwischen Deutschen und Madjaren; in vielen Fällen haben die Madjaren sogar versucht, die Abfahrenden zum Dableiben zu bewegen. Viel deutlicher trat der Gegensatz innerhalb des ungarländischen Deutschtums selber zutage. Schon bei der Unterbringung der durchziehenden Flüchtlingstrecks kam es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen und Gegnern des Volksbundes.

In der Zeit der Treckvorbereitung und des Aufbruchs, in der sich nun jeder zu entscheiden hatte, zu welcher Seite er gehören wollte, steigerte sich die Abneigung zu Haß. "Hitleristen" und "Madjaronen" warfen einander Verrat und Schuld an der Katastrophe vor, die ja sowohl den Flüchtenden in dem "hungernden" Deutschland als auch den Bleibenden in dem von Russen besetzten Ungarn drohte.

Trotz der Bemühungen des Volksbundes, möglichst viele Volksdeutsche zur Evakuierung zu bewegen, blieb die Zahl der Flüchtenden verhältnismäßig gering. Sie betrug ungefähr 10-15 % der deutschen Gesamtbevölkerung Ungarns, also 50.000 bis 60.000 Personen. Der Anteil hält in den verschiedenen Siedlungsgebieten ungefähr die gleiche Höhe, allerdings mit erheblichen örtlichen Unterschieden.<<

## **Die Flucht der Karpatendeutschen**

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die sowjetischen Vorstöße in die Slowakei; Evakuierungsmaßnahmen und die Flucht der Karpatendeutschen (x004/166-171): >>Evakuierung und Flucht der deutschen Bevölkerung aus der Slowakei

Die große sowjetische Offensive bis zur Weichsel in den Sommermonaten des Jahres 1944, der Abfall Rumäniens und der Vorstoß der 2. und 4. Ukrainischen Front in die ungarische Tiefebene rückten die Slowakei ins unmittelbare Kampfgeschehen.

Die entlang der Nordkarpaten stehende deutsche 1. Panzerarmee hielt zwar den sowjetischen Angriffen stand, wurde aber durch den slowakischen Aufstand in ihrem Rücken schwer bedroht. Sie konnte gegenüber den sowjetischen Angriffen auf die Karpatenpässe auch eine festgefügte Front erhalten, mußte aber ihren Südflügel nach dem sowjetischen Vorstoß auf Budapest in den Herbstmonaten bis auf die slowakische Grenze zurücknehmen.

Am 18. Oktober überschritten die ersten Einheiten der Roten Armee die Grenzen der Ostslowakei. Die deutsche Gegenoffensive im Raum von Budapest im November-Dezember 1944 vereitelte wohl den sowjetischen Durchbruch im Donautal, konnte aber nicht die allmähliche Rückverlegung der Front bis in die Mittelslowakei verhindern.

Ende Januar war Altsohl gefallen und das Hauerland Frontgebiet geworden. Die restliche Slowakei wurde dann während des großen sowjetischen Zangenangriffes besetzt, den die 4. Ukrainische Front (Petrow) von den Beskiden aus, die 2. Ukrainische Front (Malinowski) beiderseits der Donau nach Mähren und Österreich führten. Während die Angriffe Petrows am Widerstand der 1. Panzerarmee scheiterten, gelang es Malinowski, die deutschen Linien zu durchstoßen und am 4. April Preßburg zu nehmen.

Noch vor dem Ausbruch des slowakischen Aufstandes erhielt die Volksgruppenführung von den deutschen militärischen Dienststellen die Mitteilung, daß eine Zurücknahme der Ostfront bis auf die Hohe Tatra geplant sei und die Volksgruppe daher in aller Stille die Evakuierung der Zipser Deutschen vorbereiten möge.

Karmasin wandte sich um Unterstützung an die Deutsche Evangelische Landeskirche ... in der Slowakei und bat um ihre Mitwirkung. Die von der Kirchenleitung eingeleiteten Vorbereitungen wurden allerdings durch den Ausbruch des Aufstandes verzögert und durch ihn die geplante geschlossene Evakuierung der deutschen Ortschaften unmöglich gemacht.

Gleich in den ersten Tagen und Wochen des Aufstandes, als die Zips durch die aus der Mittelslowakei vorstoßenden Aufständischenverbände am stärksten gefährdet war, ordneten die örtlichen deutschen Wehrmachtskommandanten zusammen mit den verantwortlichen Funktionären der Volksgruppe die vorübergehende Evakuierung der Frauen und Kinder in das benachbarte Generalgouvernement bzw. ungarische Grenzgebiet an.

Wenn auch der größte Teil der Evakuierten nach wenigen Tagen in seine Heimatorte zurückkehren konnte, so wurde doch die Bevölkerung durch die anhaltenden Aktionen der Partisanengruppen in dauernder Unruhe gehalten.

Da keine ausreichenden deutschen Truppen für den Schutz der Ortschaften zur Verfügung standen, ordneten die Wehrmachtsstellen, noch während die Kämpfe in der Mittelslowakei anhielten, die Evakuierung der Schulkinder an.

Um den Unterricht auch weiterhin aufrechterhalten zu können, wurden die einzelnen Schulen unter dem Schutz der Wehrmacht und des Heimatschutzes mit Lastwagen und Autobussen durch das Partisanengebiet der Hohen Tatra nach Zakopane gebracht und von dort mit der Eisenbahn nach Oberösterreich, in das Ostsudeten- und das Egerland geleitet, wo sie in Gemeinschaftsunterkünften weiterhin von den ebenfalls evakuierten Lehrern betreut wurden. Einzelne erwachsene Familienangehörige, die die Kinder nicht allein lassen wollten, schlossen sich den Transporten an.

Die Nachrichten über Gewalttaten der Aufständischen und die Hoffnung, daß es sich nur um eine vorübergehende Maßnahme handeln werde, trugen wesentlich dazu bei, daß diese Aktion ohne größeren Widerstand von seiten der Eltern durchgeführt werden konnte.

Anfang September wurde die Lage der deutschen Streusiedlungen in der Ostslowakei unhaltbar. Sie waren durch die Partisanen von den westlichen deutschen Siedlungsgebieten abgeschnitten und durch die von Osten und Südosten vorstoßenden sowjetischen Truppen bedroht. Mitte September befahl daher die Volksgruppenführung die Evakuierung der deutschen Bevölkerung und Verlagerung des beweglichen Besitzes.

Im Laufe der nächsten Wochen wurden nicht nur die Menschen, sondern auch der größte Teil der beweglichen Habe und des Viehs in Eisenbahntransporten, die teils über Nordungarn, teils über Tarnow, Krakau in die Westslowakei geleitet wurden, evakuiert.

Die Bevölkerung konnte vielfach erst nach langen Überredungsversuchen zum Verlassen der Heimat bewogen werden. Die zurückgebliebenen Männer verließen Ende Oktober im Treck ihre Wohnsitze, nachdem bereits das Gebiet Kampfzone geworden war.

Im Hinblick auf die fortdauernde Unsicherheit der Lage und den Vormarsch der Roten Armee nach Westen, wurde am 27. Oktober 1944 von Berlin die Gesamtevakuierung der Deutschen aus den Streusiedlungen der Ostslowakei und aus der Zips angeordnet und als Aufnahmegebiet zunächst die Westslowakei vorgesehen.

Bereits seit Oktober wurden die Frauen und Kinder in den am stärksten gefährdeten Orten der Unter- und später auch der Oberzips zum Verlassen der Heimat aufgerufen. Die nach Westen führenden Eisenbahnlinien waren aber in der Mittelslowakei größtenteils von Partisanen und Aufständischen durch Sprengungen bis November 1944 unterbrochen.

Infolgedessen mußten die ersten Transporte nach Norden über Zakopane durch das Generalgouvernement geleitet werden, damit sie die Westslowakei, und als sich diese für die Unterbringung ungeeignet erwies, die Aufnahmegebiete im Ostsudetenland und im Gebiet von Reichenberg - Saaz erreichen konnten.

Die Evakuierten durften einen großen Teil ihrer beweglichen Habe mitnehmen. Diejenigen Familien, aus denen schulpflichtige Kinder bereits vorher abtransportiert worden waren, begaben sich nun an deren Aufenthaltsorte. Der Widerstand vor allem der bäuerlichen Bevölkerung gegen die Evakuierung wuchs, als bekannt wurde, daß die slowakische Regierung die Unterbringung der aus dem unmittelbaren Frontgebiet zu evakuierenden Slowaken in der Zips plane.

Um Gewaltmaßnahmen, die dem deutschen Prestige bei den Slowaken abträglich sein mußten, zu vermeiden, wandelte Himmler die Gesamtevakuierung in eine Teilevakuierung um. Nichtsdestoweniger wurde die bereits eingeleitete Verlagerung der kleinen und mittleren Handwerksbetriebe in das Sudetenland und das östliche Österreich fortgesetzt. Aus Reichsdeutschen und Angehörigen der Volksgruppe gebildete Kommissionen sorgten für die Sicherstellung des Betriebsmaterials und seinen Abtransport.

Als sich aber seit Anfang Dezember die Front immer näher heranschob, wurde schließlich doch die restlose Evakuierung der Deutschen aus der Zips angeordnet. In Eisenbahntransporten auf den seit Mitte November wieder benutzbaren Strecken nach Preßburg oder über Zakopane verließen die noch anwesenden Familien ihre Heimat und wurden ebenfalls in die bisherigen Aufnahmegebiete geschleust. Sie konnten ihre bewegliche Habe entweder in großem Umfang mitnehmen oder in Sondertransporten nach Westen verlagern.

Die bäuerliche Bevölkerung der Zips sammelte sich ab Dezember in organisierten Trecks, die das Waagtal entlang zogen und nach Überschreiten der Kleinen Karpaten in Böhmen und Mähren Aufnahme fanden. Auch die zum Heimatschutz einberufenen Männer, die nach dem Wegzug der Familien kaserniert und zu militärischen Formationen zusammengefaßt worden waren, verließen nun die Heimat meist auf dem Treckwege.

Nachdem die Sowjet-Armee die deutsche Front in Ungarn in Richtung des Plattensees durch-

gebrochen hatte und eine Umfassung der Slowakei von Süden zu befürchten war, begann im Januar 1945 die geordnete Evakuierung der Volksdeutschen aus der Mittelslowakei. Schon vorher waren, wie auch in der Zips, die Schulen in geschlossenen Transporten nach Österreich und ins Sudetenland, die zahlreichen im Lande verstreuten KLV-Lager in die Heimatgebiete der Kinder im Reich geschafft worden.

Jeder Volksdeutsche hatte ausreichend Zeit, sich für die Bahnfahrt oder den Treck vorzubereiten. Die Organisation ging so weit, daß nicht nur das lebende Inventar abgeschätzt wurde, sondern auch der gesamte Besitz von den deutschen Dienststellen (der DP und dem Heimatschutz) registriert und in seinem Wert bescheinigt wurde.

Auffanggebiet für die Deutschen des Hauerlandes war ebenfalls vorwiegend das Sudetenland und das Protektorat. Die Bergleute der Krickelhauer Kohlengruben wurden z.B. in geschlossenen Transporten ins Brüx-Duxer Braunkohlenrevier gebracht, wo sie weiter verwendet werden sollten. Wer einen bestimmten Evakuierungsort außerhalb dieses Gebietes angab, wurde dorthin transportiert. Auf diese Weise gelangten viele Hauerländer nach Österreich.

Ein zweiter allgemeiner Aufruf zur Evakuierung Ende März versuchte die letzten Zaudernden noch zum Abzug zu bewegen, bevor die Rote Armee das Gebiet besetzte.

Auch in Preßburg und in den deutschen Orten seiner weiteren Umgebung setzten die Aufrufe und die Vorbereitung zur Evakuierung verhältnismäßig früh ein. Schon im November wurde es den volksdeutschen Privatpersonen offiziell freigestellt, ins Deutsche Reich auszureisen oder zum mindesten ihren beweglichen Besitz zu Bekannten nach Österreich oder nach Deutschland zu schicken. Die Evakuierung der Schulkinder war im Januar soweit vorangetrieben worden, daß die Schulen geschlossen werden konnten. Der größte Teil der deutschen Bevölkerung verließ Preßburg im Laufe des Januar und Februar.

Auch die Volksdeutschen aus den Dörfern am Rande der Kleinen Karpaten und auf der Großen Schüttinsel hatten sich im Laufe der Zeit zögernd zur Ausreise entschlossen. Soweit die Dörfer in der Nähe der Donau lagen, wurden die Einwohner mit Schiffen flußaufwärts evakuiert, die übrigen in Trecks zusammengefaßt oder mit der Bahn nach Österreich geleitet.

Im März gestaltete sich die Ausreise für die Nachzügler schon schwieriger, besonders wenn sie noch bewegliches Eigentum mit sich führen wollten. Von den leitenden deutschen Dienststellen wurde schon zum Fußmarsch nach Österreich aufgefordert, da Transportmittel für die Evakuierung nicht mehr zur Verfügung standen. Eine beträchtliche Anzahl der bis dahin zurückgebliebenen Deutschen machte sich jetzt noch auf den Weg und erreichte unter unsäglichen Strapazen Oberösterreich. Auch die Volksgruppenführung verließ am 1. April die Stadt in Richtung Gänserndorf/Österreich.

Jene Karpatendeutschen, die aus der Ost- und Mittelslowakei ins Ostsudetenland abtransportiert worden waren, gerieten hier noch einmal in neue Evakuierungsaktionen hinein und suchten unter den gleichen Bedingungen wie die Flüchtlinge und Evakuierten aus dem von der Roten Armee besetzten oder bedrohten Gebiet die im Westsudetenland stehenden amerikanischen Linien zu erreichen.

Zu erwähnen wären noch die Schicksale der vor allem in der Zips und dem Hauerland zum Heimatschutz einberufenen Männer. Einem Teil von ihnen gelang es nach der Räumung ihrer Heimat, zu ihren ins Sudetenland evakuierten Familien zu gelangen. Viele jedoch wurden noch in den letzten Kriegswochen den Formationen der Wehrmacht und der Waffen-SS eingegliedert. Soweit sie nicht sofort an der Front eingesetzt wurden, brachte man sie zu einer kurzfristigen Ausbildung auf Truppenübungsplätze des Protektorats. Hier gerieten sie in sowjetische Gefangenschaft.

Die Evakuierung der Deutschen aus der Slowakei, die durch die kommenden Ereignisse gerechtfertigt wurde, ist, rein organisatorisch betrachtet, von kleinen Zwischenfällen abgesehen, reibungsloser und flüssiger abgelaufen als die der anderen Räumungsgebiete, was u.a. der selbständigen Organisation der Volksgruppe zuzuschreiben ist. Der innere Widerstand gegen

die Aktion bei den zum Verlassen der Heimat aufgerufenen Volksdeutschen selbst war allerdings teilweise recht stark.

Die kleinbäuerliche und kleinbürgerliche volksdeutsche Bevölkerung gab ihren Besitz und ihre Heimat nur sehr schwer auf. Die Angst vor den Greueln der Sowjets reichte oft nicht aus, um den Entschluß zur Ausreise fassen zu lassen, so daß mit recht drastischen Druckmitteln - wie Entzug der Rente oder der Versorgungskarten - gearbeitet wurde, um sie zu erzwingen.

Ein zahlenmäßig nicht genau zu bestimmender Prozentsatz von Angehörigen der deutschen Volksgruppe ließ sich durch die Räumungsparolen überhaupt nicht ansprechen. Es waren dies Menschen deutscher Abkunft, die, schon stark slowakisiert, während der Kriegszeit wohl die materiellen Vorteile als Volksgruppenangehörige beansprucht hatten, sich aber jetzt auf ihre verwandtschaftlichen oder freundschaftlichen Beziehungen zum Slowakentum und auch zu den Partisanen besannen und nichts für ihre Zukunft befürchten zu müssen glaubten.

Der größere Teil der deutschen Bevölkerung meldete sich wohl zögernd, aber in dem Maße, in dem sich die einzelnen Orte mehr und mehr von Volksdeutschen leerten, immer bereitwilliger zu den angesetzten Transporten. Alle, die als Deutsche irgendwie hervorgetreten waren, sei es, daß sie eine kleine Rolle in der Deutschen Partei, in der kommunalen Verwaltung oder im Kulturleben gespielt hatten, sei es daß Familienangehörige zur Waffen-SS oder zum "Heimatschutz" eingezogen waren oder einen Arbeitsplatz im Reich hatten, waren relativ leicht von der Notwendigkeit der Evakuierung zu überzeugen.

Für die meisten Deutschen der Ost- und Mittelslowakei waren die schreckensvollen Erlebnisse des Aufstandes und der Partisanenüberfälle der Beweggrund, ihre Heimat beim Herannahen der Sowjets zu verlassen.

Im ganzen sind im Winter 1944/45 von der auf 140.000 Personen zu schätzenden anwesenden deutschen Bevölkerung etwa 120.000 Personen evakuiert worden.<<

### **Die Flucht der Sudetendeutschen**

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die sowjetischen Vorstöße in Richtung CSR, Evakuierungsmaßnahmen und die Flucht der Sudetendeutschen (x004/19-26): >>... **Die militärische Lage**

Bis zum Beginn des Jahres 1945 blieben das Sudetenland und Böhmen-Mähren, von einigen Luftangriffen auf Industrieorte abgesehen, von unmittelbaren Kriegseinwirkungen verschont. Mit der sowjetischen Großoffensive vom 12. Januar 1945, in deren Verlauf die Rote Armee tief nach Ostdeutschland vorstieß, rückte das Kriegsgeschehen bis unmittelbar an die östlichen Grenzen der Sudetenländer.

Truppen der 1. Ukrainischen Front (Konjew), die in Richtung Schlesien vorstießen, hatten bereits Ende Januar den gesamten Mittellauf der Oder erreicht, das oberschlesische Industriegebiet von Norden her umfaßt und bis zum 16. Februar besetzt. Während es ihnen von den Brückenköpfen bei Brieg und Steinau aus gelang, Niederschlesien bis auf einen Streifen entlang der Gebirge in ihre Hand zu bekommen, konnte die Heeresgruppe Mitte (Schörner) zunächst an der oberen Oder von Oppeln bis Ratibor und von dort südwärts bis zum Nordrand der Beskiden den sowjetischen Angriff auffangen und den Durchbruch durch die Mährische Pforte vereiteln.

Damit war vorerst die drohende Gefahr einer Besetzung des Ostsudetenlandes und seiner wichtigen Industrien gebannt; nur seine östlichen Kreise wurden schon Kampfgebiet. Während der folgenden Wochen konnten die Versuche der Roten Armee, durch die Mährische Pforte nach Mähren und Böhmen einzudringen und das intakte Ostrauer Industriegebiet auszuschalten, in schweren Abwehrkämpfen in der Gegend von Ratibor - Schwarzwasser abgewehrt werden.

Das oberschlesische Gebiet westlich der Oder ging jedoch durch einen um den 25. März aus

der Gegend von Oppeln geführten Vorstoß verloren, die deutschen Linien wurden an den Nordrand des Altvatergebirges gedrückt. Damit war der Kreis Jägerndorf Kampfgebiet geworden; Ende März befand sich dessen nördlicher Teil in sowjetischer Hand.

Zu diesem Zeitpunkt begann die Großoffensive der 4. Ukrainischen Front (Petrow), die zusammen mit der zu beiden Seiten der Donau angetretenen 2. Ukrainischen Front (Malinowski) mit allgemeiner Stoßrichtung auf Brünn und Wien angesetzt war.

Während es Malinowski gelang, nach Preßburg durchzubrechen, scheiterten alle Durchbruchversuche der aus den Westbeskiden heraus operierenden 4. Ukrainischen Front an dem hartnäckigen Widerstand der 1. Panzerarmee und der weiter nördlich in der Mährischen Pforte eingesetzten 17. Armee. Im Verlauf des April gelang es aber den Sowjets, das Ostrauer Industriegebiet von drei Seiten zu umfassen und in den letzten Apriltagen einzunehmen. Troppau war am 24. April besetzt.

Die Flankenbedrohung durch die nach Österreich und Südmähren vorstoßende 2. Ukrainische Front und der wachsende sowjetische Druck zwangen die 1. und 17. Armee zum Rückzug auf Brünn und Olmütz. Brünn ging am 24. April verloren, und in den ersten Maitagen standen die Russen vor Olmütz. Der Rückzug der beiden Armeen mit dem Ziel, die in Westböhmen stehenden Amerikaner zu erreichen, um die Masse der Truppen vor der sowjetischen Gefangenschaft zu retten, setzte zu spät ein.

Denn der von Prag ausgehende und bald ganz Böhmen umgreifende tschechische Aufstand sowie die aus Sachsen in Richtung Prag vorstoßenden Truppen Konjews und schließlich der Waffenstillstand verhinderten einen geordneten Rückzug der in Mähren stehenden deutschen Einheiten auf die alliierten Linien.

Einzelne Truppenteile, die sich in dem allgemeinen Wirrwarr der Tage nach der Kapitulation bis nach Westböhmen durchschlugen, wurden entweder von den Alliierten nach ihrer Entwaffnung den Sowjets übergeben oder überhaupt am Übergang in das von Alliierten besetzte Gebiet gehindert, bis die nachstoßende Rote Armee sie einholte und gefangen nahm.

### **Evakuierung und Flucht**

Im Gegensatz zu dem Geschick, das die Bevölkerung Ostdeutschlands nach dem überraschenden und schnellen Vorstoß der Roten Armee aus dem Weichselbogen im Januar 1945 ereilte, vollzogen sich Evakuierungen und Flucht im Ostsudetenland in gelenkten Bahnen und außerdem unter günstigeren klimatischen Bedingungen, da sie erst im März einsetzten. Aber auch hier wurde die Bevölkerung nach dem schnellen Vordringen der sowjetischen Truppen in das benachbarte Oberschlesien und bis an die Grenzen des Sudetenlandes von einer Panik erfaßt, die sich durch das Elend und die Berichte der durchziehenden Flüchtlinge aus Polen und Oberschlesien noch steigerte.

Als die sowjetischen Stoßkeile an der Linie Oppeln - Ratibor - Schwarzwasser aufgefangen worden waren und die militärischen Fronten sich in diesem Kampfraum wieder gefestigt hatten, schöpfte man neue Hoffnung, mußte aber bald erkennen, daß nur ein kurzer Aufschub gewonnen und der Räumungsbefehl jeden Tag zu erwarten war. Denn in den schweren Kämpfen, die in den Monaten März und April in diesem Frontabschnitt tobten und in denen um jede Ortschaft gerungen wurde, schob sich die Kampflinie immer tiefer in das sudetendeutsche Gebiet und nach Mähren hinein.

Bereits im Februar, als noch um das ober-schlesische Industriegebiet gekämpft wurde, hatte die Gauleitung des Sudetenlandes eine zentrale Evakuierungsleitstelle für den Regierungsbezirk Troppau eingerichtet. Ihr fiel zunächst die Aufgabe zu, die aus Oberschlesien und Polen einströmenden Flüchtlingstrecks weiterzuschleusen, zugleich aber Vorkehrungen für die Evakuierung der sudetendeutschen Bevölkerung aus den am meisten gefährdeten Bezirken zu treffen. Schon zu diesem Zeitpunkt wurden in den östlichen Kreisen zunächst kranke und gebrechliche Personen, Frauen und Kinder zur Evakuierung in die westlichen Kreise des Regierungsbezirks, den "Schönhengstgau", aufgerufen.

Für den Kreis Wagstadt war z.B. der Kreis Hohenstadt als Aufnahmegebiet bestimmt worden, und die Evakuierten wurden in mehreren Eisenbahnzügen dorthin transportiert. Man brachte sie zuerst in Gemeinschaftslagern, meist Schulen unter, wo sie von der NSV betreut wurden, die auch für ihre Unterbringung bei deutschen Familien sorgte, um die Lager für weitere Evakuierte und vor allem für durchziehende Flüchtlinge aus Oberschlesien freizuhalten.

Aus dem Kreis Teschen wurden die zur Evakuierung aufgerufenen Frauen und Kinder mit der Bahn bis ins Innviertel transportiert; sie erreichten auch nach Wochen ihre Zielorte. Daneben gelang es nur wenigen Familien zu Verwandten und Bekannten im westlichen Sudetenland oder Altreich zu flüchten, denn die hierzu notwendigen Fahrgenehmigungen wurden nur in den seltensten Fällen erteilt, da die Eisenbahnen durch Militär- und Evakuierungstransporte aus Ostdeutschland schon überlastet waren.

Diese erste vorsorgliche Evakuierung wurde noch nicht mit solcher Härte durchgeführt wie später, als sich der gleiche Vorgang unter unmittelbarem Feinddruck abspielte. Die Evakuierten konnten sogar in den folgenden Wochen zurückgelassene Habe holen oder auch nachschicken lassen. Einzelne der in den Schönhengstgau evakuierten Familien nutzten damals die Gelegenheit aus, weiter in das Westsudetenland oder nach Mitteldeutschland zu Bekannten oder Verwandten zu fahren.

Nachdem Ende Februar die Front sich vorübergehend stabilisiert hatte, wurden weitere Transporte eingestellt. Bis dahin waren immerhin etwa 30.000 Personen von dieser ersten Evakuierungswelle erfaßt worden.

Die zurückgebliebene Bevölkerung hoffte, daß sie ihre Heimat nicht zu verlassen brauchte, und begann mit der Frühjahrsbestellung. Die Nähe der Front, an der im März und April erbittert gekämpft wurde, gelegentliche Bombenangriffe sowjetischer Flugzeuge und die Einziehung fast aller Männer zum Volkssturmeinsatz erzeugten aber eine allgemeine Unruhe, die sich mit dem Zurückweichen der Front auf sudetendeutsches Gebiet verstärkte.

Die Besorgnis erhöhte sich, als die sowjetischen Truppen durch den um den 25. März von Oppeln und Ratibor aus geführten Zangenangriff innerhalb weniger Tage das linke oberschlesische Oderufer in ihre Hand bekamen und die alte Reichsgrenze mit der Tschechoslowakei in dem keilförmig nach Oberschlesien hineinragenden nördlichen Gebiet des Kreises Jägerndorf überschritten. Ein Teil der aus Oberschlesien flüchtenden Trecks wurde von den sowjetischen Angriffsspitzen überrollt, wobei es zu schweren Ausschreitungen und Plünderungen kam.

Erst als durch deutsche Gegenstöße die Sowjets zeitweilig zurückgedrängt wurden, konnten die Flüchtenden ihren Weg ins Sudetenland und weiter nach Böhmen fortsetzen. Ihre Berichte beunruhigten die Bevölkerung aufs äußerste, zumal mit den eiligst aufgebauten Volkssturmeinheiten den zurückgebliebenen Familienangehörigen jeglicher männliche Schutz genommen war.

Die Dienststellen der Partei und der Verwaltung ordneten in dem besonders gefährdeten nördlichen Teil des Jägerndorfer Kreises die Evakuierung an. Die Vorbereitungen für diesen Fall waren zwar getroffen worden, aber der sowjetische Einbruch kam so überraschend, daß einzelne Ortschaften nicht mehr oder nur teilweise von der Zivilbevölkerung geräumt werden konnten.

Unter dem Eindruck der alliierten Erfolge an allen Fronten und des steten russischen Vordringens wuchs zudem der Widerstand gegen eine Evakuierung, insbesondere bei der bäuerlichen Bevölkerung. Sie zog es im Angesicht der kommenden Niederlage vor, die Gefahren der Feindbesetzung auf dem eigenen Besitztum und in der vertrauten Umgebung auf sich zu nehmen, statt in der Fremde.

Die örtlichen Parteidienststellen und Behörden mußten oft Zwang und Drohungen anwenden, um die Bevölkerung zum Verlassen ihrer Wohnsitze zu bewegen. Dies geschah vor allem dort, wo die Abschnittskommandeure darauf bestanden, einen bis zu 20 km breiten Streifen hinter der Frontlinie von Zivilbevölkerung zu räumen, um ihr unnötige Verluste zu ersparen

und in den militärischen Maßnahmen nicht durch die Rücksicht auf die noch anwesenden Einwohner behindert zu sein.

Für die Trecks aus dem Jägerndorfer Land wurde der Kreis Zwittau als Aufnahmegebiet bestimmt. Einzelne Trecks leitete man bis nach Innerböhmen (Pardubitz) weiter. Gleichzeitig wurde auch die Bevölkerung der Stadt Jägerndorf zur Räumung aufgerufen und mit der Eisenbahn, mit Autobussen oder anderen Fahrzeugen durch das Altvatergebirge in die Umgebung von Zwittau gebracht; die Behörden wurden nach Mährisch Schönberg verlegt.

In der Stadt, die den ganzen Monat April hindurch zum Kampfgebiet gehörte, blieben nur einige hundert Zivilisten und die zum Volkssturm einberufenen Männer zurück. Erst am 8. Mai wurde Jägerndorf, nachdem die deutschen Truppen nach Westen abgezogen waren, von der Roten Armee besetzt.

Der Kreis Jägerndorf mit seiner ausschließlich deutschen Bevölkerung wurde fast ganz geräumt. Die Kreise Teschen und Troppau dagegen konnten während der Kampfhandlungen nur zum Teil evakuiert werden. Hier wie auch im Hultschiner Ländchen war ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung zweisprachig und hoffte, mit den tschechischen oder polnischen Sprachkenntnissen die feindliche Besetzung besser überstehen zu können. Sie widersetzte sich dem Evakuierungsbefehl oder suchte ihn zu umgehen.

In einzelnen Dörfern, so z.B. im Hultschiner Ländchen, zogen die unter Zwang in Marsch gesetzten Trecks bis ins nächste Dorf und warteten dort den sowjetischen Einmarsch ab. Troppau dagegen wurde von der deutschen Bevölkerung im April allmählich ganz verlassen, insbesondere unter dem Eindruck der heftigen sowjetischen Bombenangriffe, die in der Stadt starke Zerstörungen anrichteten; sie fiel am 24. April in sowjetische Hand. Aufnahmegebiet waren die Kreise Mährisch Schönberg und Mährisch Trübau.

In der Stadt Teschen, aus der bereits im Februar und März ein Teil der nicht voll arbeitsfähigen Bevölkerung mit der Bahn nach Braunau am Inn evakuiert worden war, wurden die Zurückgebliebenen nach dem sowjetischen Durchbruch bei Troppau durch Lautsprecher zur sofortigen Räumung aufgefordert. Aber die notwendigen Transportmittel fehlten, und ausreichende Vorkehrungen waren anscheinend nicht getroffen worden, so daß nur wenige auf den Fahrzeugen der Wehrmacht den Ort verlassen konnten, der am 3. Mai von sowjetischen Truppen besetzt wurde.

Erst kurz bevor die 1. Panzerarmee und die 17. Armee zwischen dem 2. und 5. Mai die große Absetzbewegung nach Westen begannen, ordneten die verantwortlichen Dienststellen für die Kreise Wagstadt, Römerstadt, Neu Titschein und das südliche Troppauer Kreisgebiet die allgemeine Evakuierung an.

Sie war organisatorisch vorgeplant, aber jetzt nur noch zum Teil durchführbar. Die Deutschen in den Dörfern des stark tschechisch durchsetzten Kreises Wagstadt wurden z.T. durch SS-Kommandos gezwungen, die Heimatorte zu verlassen. Die ländliche Bevölkerung des Kreises Neu Titschein leistete dem Evakuierungsbefehl größtenteils Folge.

Auf den mit Wehrmachtsskolonnen und Trecks verstopften Straßen kamen die Flüchtenden indessen nur langsam vorwärts. Auch boten die endlosen Fahrzeugkolonnen den sowjetischen Tieffliegern ein leichtes Ziel.

In diesem Chaos war keine planmäßige Evakuierung mehr möglich. Den nach Westböhmen zustrebenden Wehrmachtssfahrzeugen schlossen sich überwiegend Flüchtlinge aus Schlesien und den östlichen Gebieten, weniger Sudetendeutsche an. Die Angehörigen der Behörden und exponierte politische Amtsträger versuchten in Dienst- und Privatfahrzeugen nach Westen zu gelangen.

Von den kurz vor der Kapitulation im Ostsudetenland eingesetzten Wehrmachtseinheiten und den mitziehenden Flüchtlingen konnten nur wenige die amerikanischen Linien erreichen. Hier wurden sie jedoch bitter enttäuscht; denn die amerikanischen Posten verwehrten ihnen den Übertritt ins amerikanisch besetzte Gebiet. Der Masse der noch auf dem Wege befindlichen

Flüchtlings- und Wehrmachtsskolonnen verlegten die aus Sachsen nach Prag vorstoßenden sowjetischen Truppen und die vorwiegend in den letzten Kriegstagen formierten tschechischen Partisaneneinheiten den Weg nach Westen.

Gleich zu Beginn des Rückzugs der Heeresgruppe Mitte (Schörner) nach Westen lösten sich die als letztes Aufgebot zur Verteidigung der Heimatorte aufgestellten Volkssturmverbände auf. Die Männer suchten zu ihren evakuierten oder geflohenen Familien zu kommen, deren neuer Aufenthaltsort ihnen meist noch bekannt war, und erreichten sie auch größtenteils noch vor dem Einmarsch der Roten Armee.

Die deutsche Bevölkerung der Sprachinseln und größeren Städte Mährens, die erst in den letzten Kriegswochen bedroht waren, wurde im allgemeinen noch kurz vor dem Eintreffen der sowjetischen Truppen in Marsch gesetzt und z.B. aus Mährisch Ostrau und Olmütz mit der Eisenbahn oder mit Autobussen nach Böhmen geschafft.

Eine beträchtliche Anzahl hatte aus eigener Initiative diese Städte bereits im Laufe des April verlassen und bei Verwandten oder Bekannten in weniger gefährdeten Gebieten Zuflucht gesucht. Soweit diese Flüchtlinge im Ostsudetenland Unterkunft gefunden hatten, mußten sie in den ersten Maitagen erneut fliehen. Für die in kriegswichtigen Industrien beschäftigten Deutschen waren von den Werksleitungen Sondertransporte vorbereitet worden.

In den Betrieben des Ostrauer Reviers wurde das Stichwort zur Räumung erst gegeben, als die völlige Einschließung drohte. Am Abend des 30. April verließen die Wagenkolonnen Ostrau in Richtung Neu Titschein - Zwittau. Von dort gelangte eine Gruppe bis Falkenau, eine andere, vorwiegend Reichsdeutsche, erreichte Mitteldeutschland, eine dritte Gruppe kam kurz vor dem Ausbruch des tschechischen Aufstandes in Prag an.

In den letzten Apriltagen stießen starke sowjetische Kräfte aus dem unteren Waagtal auf Brünn vor und eroberten die Stadt am 24. April. Die deutschen Bewohner hatten sie aus eigener Initiative oder auf Anordnung der Behörden schon vorher verlassen und waren in kleineren Transporten nach Böhmen und in den Böhmerwald gelangt.

Als über Brünn hinaus vorstoßende sowjetische Kampftruppen sich Iglau, der größten deutschen Sprachinsel in Mähren, näherten, machten sich einzelne Einwohner trotz der aussichtslosen militärischen Lage noch in den ersten Maitagen auf den Weg nach Westen. Aber auf den von Wehrmachtsskolonnen und Flüchtlingstrecks verstopften Straßen wurden sie gleich nach der Kapitulation von den Prag zustrebenden sowjetischen Truppen überrollt.

Die vorwiegend bäuerliche Bevölkerung der südmährischen Kreise verließ ihre Wohnsitze in den letzten Apriltagen auf dem Treckwege und erreichte in mühevollen Märschen ihre Aufnahmeorte im Waldviertel.

Im übrigen Sudetenland und im damaligen Protektorat ist es nicht mehr zur Räumung ganzer Ortschaften gekommen. In Reichenberg und einigen anderen Städten des Nordsudetenlandes evakuierte man wegen der Gefahr von Luftangriffen lediglich Frauen mit Kindern in das westliche Sudetenland, einige verließen auch aus eigener Initiative die Stadt und begaben sich zu Verwandten oder Bekannten.

Nachdem die Truppen Konjews am 4. Mai von Sachsen aus zum Angriff auf Böhmen angetreten waren und die dünnen deutschen Linien durchstoßen hatten, gaben in einigen nördlichen Kreisen des Regierungsbezirks Aussig die Kreis- und Ortsgruppenleiter der Partei den Evakuierungsbefehl, der aber von der Bevölkerung wegen seiner Sinnlosigkeit nicht befolgt wurde. Nur einige Familien, Angehörige der Behörden und einzelne Personen versuchten auf Wehrmachtss Fahrzeugen oder mit Privat- und Dienstwagen in das von Amerikanern besetzte Gebiet zu gelangen.

Die Masse der noch zu diesem Zeitpunkt den amerikanischen Linien Zustrebenden waren Flüchtlinge aus den bereits von der Roten Armee besetzten Gebieten und solche, die seinerzeit aus westdeutschen Städten hierher evakuiert worden waren.<<

### **Rückkehr in die deutschen Siedlungsgebiete Ost-Mitteleuropas**

Während der sowjetischen Winteroffensive im Januar 1945 stürmte die Rote Armee unaufhaltsam vorwärts und legte in kurzer Zeit große Entfernungen zurück. Ostpreußen wurde bereits am 26.01.1945 vom Deutschen Reich abgeschnitten. Bis zum 31.01.1945 besetzten die sowjetischen Truppen alle westpolnischen Gebiete sowie Ostbrandenburg und erreichten dort schon die Oder.

Das Schicksal der deutschen Flüchtlinge wurde in erster Linie durch die Angriffsrichtung und Schnelligkeit der sowjetischen Truppen bestimmt. Im Raum Danzig und in Ostpommern ließen sich viele Flüchtlinge von den friedlichen Verhältnissen täuschen. Anstatt zügig nach Westen zu fliehen, legten die erschöpften Flüchtlinge oftmals längere Ruhepausen ein.

Die NS-Parteibehörden verboten außerdem noch Anfang März 1945 jegliche Fluchtbewegungen. Da Ostpommern innerhalb von 2 Wochen durch sowjetische Truppen überrollt wurde und ab Mitte März 1945 alle Fluchtwege über die Oder versperrt waren, flohen ca. 2,5 Millionen Ostpommern, Danziger und Flüchtlinge aus Ostpreußen, Westpreußen, Ostbrandenburg und aus dem Wartheland in die ostdeutschen Ostseehäfen.

In Schlesien konnte man zwar relativ geordnete Evakuierungen und Fluchtbewegungen durchführen, aber nach der deutschen Kapitulation mußten mehr als 800.000 Schlesier, die in das Sudetenland oder nach Böhmen und Mähren geflüchtet waren, zwangsweise zurückkehren.

Da die Rote Armee viele Flüchtlingstrecks einholte und frühzeitig wichtige Fluchtwege versperrte, entstanden schon Ende Januar 1945 große Rückkehrbewegungen. Bis zum Kriegsende zogen ununterbrochen Tausende von Flüchtlingen, die von feindlichen Truppen überholt worden waren, in ihre Heimat zurück. Aufgrund der z.T. großen Entfernungen und der ständigen Überfälle sowie Zwangsaufenthalte dauerte die Rückkehr nicht selten Wochen oder sogar Monate.

Bis zur Kapitulation konnten ca. 8.375.000 (49 %) Reichs- und Volksdeutsche in den Westen des Deutschen Reiches bzw. in die Tschechoslowakei (CSR) fliehen. In Mitteldeutschland und im Sudetenland gerieten später aber noch Hunderttausende in sowjetische Gewalt, so daß etwa 1.717.000 Flüchtlinge zwangsweise oder freiwillig in ihre Heimat zurückkehrten. In Ost-Mitteleuropa (ohne spätere DDR) hielten sich im Mai/Juni 1945 noch rd. 10.270.000 Reichs- und Volksdeutsche auf.

**Die Flucht- und Rückkehrbewegungen der deutschen Bevölkerung bis Mai/Juni 1945 in Ost-Mitteleuropa (ohne zum Kriegsdienst eingezogene Männer). In Zahlen und Prozenten (Anteil der deutschen Bevölkerung in v.H.):**

<b>Deutsche Bevölkerung in Zahlen:</b>	<b>Flüchtlinge</b>	<b>%</b>
<b>Memelland</b>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	134.000	100
Nach Ostpreußen flüchten ab Oktober 1944	- 70.000	- 52
Nach Westen flüchten ab Oktober 1944	- 34.000	- 26
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	<u>30.000</u>	<u>22</u>
<b>Ostpreußen</b>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944 1)	2.519.000	100
Flüchtlinge aus dem Memelland (Oktober 1944)	70.000	3
Evakuierung und "stille Abwanderung" bis Ende 1944	- 765.000	- 30
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 1.350.000	- 54
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	474.000	19
Rückkehrer aus Danzig und Ostpommern	<u>296.000</u>	<u>11</u>
Bevölkerungsstand vor der Vertreibung	<u>770.000</u>	<u>30</u>
<b>Ostpommern</b>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	1.861.000	100
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 1.011.000	- 54
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	850.000	46
Rückkehrer aus Danzig	<u>150.000</u>	<u>8</u>
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (ab Mai 1945)	<u>1.000.000</u>	<u>54</u>
<b>Ostbrandenburg</b>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	660.000	100
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 360.000	- 55
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	300.000	45
Rückkehrer aus den westlichen Reichsgebieten	<u>50.000</u>	<u>8</u>
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (ab Mai 1945)	<u>350.000</u>	<u>53</u>
<b>Schlesien</b>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	4.718.000	100
Nach Sachsen und Thüringen flüchten ab Januar 1945	- 1.618.000	- 34
Flucht in den Reichsgau Sudetenland ab Januar 1945	- 1.600.000	- 34
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	1.500.000	32
Rückkehrer aus den westlichen Reichsgebieten	200.000	4
Rückkehrer aus dem Reichsgau Sudetenland	<u>800.000</u>	<u>17</u>
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (ab Mai 1945)	<u>2.500.000</u>	<u>53</u>
<b>Danzig</b>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	404.000	100
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 204.000	- 50
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	200.000	50
Rückkehrer	<u>.</u>	<u>.</u>
Bevölkerungsstand vor der Vertreibung	<u>200.000</u>	<u>50</u>
<b>Polnische Gebiete des Reichsgaues Danzig/Westpreußen</b>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	372.000	100
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 232.000	- 62
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	140.000	38
Rückkehrer aus Danzig und Ostpommern	<u>46.000</u>	<u>12</u>
Bevölkerungsstand vor der Vertreibung	<u>186.000</u>	<u>50</u>

<b>Deutsche Bevölkerung in Zahlen:</b>	<b>Flüchtlinge</b>	<b>%</b>
<b><u>Reichsgau Wartheland, Ostoberschlesien und Generalgouvernement</u></b>		
Bevölkerungsstand Februar/März 1944	1.230.000	100
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 770.000	- 63
Unterwegs überrollt und Zurückgebliebene	460.000	37
Rückkehrer	154.000	13
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (Juni 1945)	614.000	50
<b><u>Reichsgau Sudetenland, Protektorat Böhmen und Mähren, Slowakei</u></b>		
Bevölkerungsstand Januar 1945	3.600.000	100
Flüchtlinge aus der Slowakei, Ungarn und Rumänien	100.000	3
Flüchtlinge aus Schlesien	1.600.000	44
Nach Westen flüchten ab April 1945	- 911.000	- 25
Unterwegs überrollt und Zurückgebliebene 2)	4.389.000	122
Rückkehrer nach Schlesien	- 800.000	- 22
Rückkehrer nach Ungarn und in die Slowakei	- 100.000	- 3
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (ab Mai 1945)	3.489.000	97
<b><u>Estland, Lettland und Litauen</u></b>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	23.000	100
Nach Westen flüchten in 1944	.	.
Unterwegs überrollt und Zurückgebliebene	23.000	100
Rückkehrer	.	.
Bevölkerungsstand 1944/45	23.000	100
<b><u>Jugoslawien</u></b>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	360.000	100
Nach Westen flüchten bis September 1944	- 160.000	- 44
Unterwegs überrollt und Zurückgebliebene	200.000	56
Rückkehrer	.	.
Bevölkerungsstand 1944/45	200.000	56
<b><u>Rumänien</u></b>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	504.000	100
Nach Westen flüchten bis Oktober 1944	-100.000	- 20
Unterwegs überrollt und Zurückgebliebene	404.000	80
Rückkehrer	.	.
Bevölkerungsstand 1944/45	404.000	80
<b><u>Ungarn</u></b>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	543.000	100
Nach Westen flüchten bis Oktober 1944	- 60.000	- 11
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	483.000	89
Rückkehrer	21.000	4
Bevölkerungsstand vor der Vertreibung	504.000	93
<b><u>Ost-Mitteleuropa (ohne UdSSR):</u></b>		
Bevölkerungsstand 1944/45	16.928.000	100
Nach Westen flüchten 1944/45	-8.375.000	- 49
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	8.553.000	51
Rückkehrer aus westlichen Reichsgebieten	1.717.000	10
<b>Bevölkerungsstand vor der Austreibung (Mai/Juni 1945)</b>	<b>10.270.000</b>	<b>61</b>

**Quellen:** "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" (x001/78E, x004/17-18, x006/89E, x007/75E, x008/40E).

1) Einschl. der 765.000 Ostpreußen und "Bombenflüchtlinge", die bereits bis Ende 1944 evakuiert wurden oder flüchteten.

2) Ca. 800.000 schlesische Flüchtlinge, die nach dem Kriegsende wieder in ihre Heimat zurückgetrieben wurden, und ca. 100.000 Flüchtlinge (aus der Slowakei, Ungarn und Rumänien) sind nicht enthalten.

## **Deutsche Siedlungsgebiete östlich der Oder-Neiße-Linie**

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Rückkehr in die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/72E-78E):

>>... Die größte Verwirrung entstand hierbei im Raum von Görlitz. Dort wurden ab Ende Mai durch polnische Militärkommandos und die östlich der Neiße eingesetzten polnischen Verwaltungsbehörden die Neiße-Übergänge nach Schlesien für alle Rückkehrer gesperrt, so daß sich am westlichen Ufer und in der Stadt Görlitz der Rückwanderungsstrom staute.

Die allgemeine Not stieg ins Unermeßliche, da zusätzlich vom Osten her die von den Polen in eilig betriebenen Aktionen zwangsweise Ausgetriebenen über die Neiße nach Westen kamen. In ähnlicher Weise ist Ende Juni/Anfang Juli 1945 überall an den Übergängen über die Oder und Neiße der Weg für die Rückkehr gesperrt worden und gleichzeitig die erste Austreibungswelle aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße erfolgt, so daß in diesen Tagen und Wochen unzählige heimatlos gewordene Menschenmassen sich von Schlesien bis nach Stettin am westlichen Ufer von Neiße und Oder zusammendrängten.

Aber auch die Bevölkerungsbewegung zwischen den einzelnen deutsch bewohnten Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie, die sich aus dem Bestreben der Flüchtlinge zur Rückkehr in die Heimat ergab, wurde durch das Eingreifen russischer Truppen in mannigfacher Weise behindert oder vereitelt.

Vor allem war es die Verpflichtung zur Zwangsarbeit, der alle Deutschen in den Wochen nach der Besetzung unterlagen, wodurch eine Rückkehr oft unmöglich gemacht wurde. Gleich, ob es sich um Flüchtlinge oder Einheimische handelte, wurden die in den Dörfern und Städten angetroffenen Deutschen zur Beseitigung von Trümmern, Bestellung von Feldern, zum Abbau von Eisenbahngeleisen sowie zu anderen Demontagarbeiten und Diensten für die sowjetische Truppe herangezogen.

Vielen der Geflohenen war dadurch der Rückweg versperrt, und selbst diejenigen, die davon nicht betroffen waren oder heimlich den Rückweg angetreten hatten, mußten damit rechnen, unterwegs aufgegriffen und zu irgendwelchen Arbeiten gezwungen zu werden.

Für manche Flüchtlinge dauerte es Wochen und Monate, ehe sie ihre Heimat erreichten, und ganz allgemein stellte es sich heraus, daß der Rückweg die vorangegangene Flucht an Strapazen und Gefahren noch weit übertraf.

Da der Eisenbahnverkehr im allgemeinen noch stilllag, die Trecks in der Mehrzahl ihrer Pferde beraubt und die Gepäckstücke immer wieder geplündert worden waren, zogen die Flüchtlinge in der Regel zu Fuß mit nur wenigem Gepäck auf den Landstraßen einher, dabei ständig in Furcht vor russischen Truppen und polnischer Miliz. Der Weg führte durch zerschossene und abgebrannte Orte und über Landstraßen, wo noch die Tierkadaver sowie Leichen von Soldaten und Zivilisten lagen.

Hunger und Durst forderten neue Opfer, und in der Regel fanden die Heimgekommenen zu Hause völlig ausgeraubte, wenn nicht gar abgebrannte Wohnungen vor, oder aber russische Besatzungstruppen hatten die Häuser bezogen.

Die allgemeine Unsicherheit jener Zeit und die auf dem Weg in die Heimat zu erwartenden Strapazen hielten manche Flüchtlinge davon ab, sofort nach dem Einzug sowjetischer Truppen den Rückweg anzutreten. Dies trifft beispielsweise für zahlreiche ostpreußische Flüchtlinge zu, die in Pommern von russischen Truppen überrollt worden waren.

Die meisten von ihnen hatten einen 6-8 Wochen langen, gefahrvollen, seelisch und körperlich aufs äußerste anstrengenden Treck hinter sich, als sie in Pommern in die Hände der Russen fielen, und scheuten deshalb den Hunderte von Kilometern langen Rückweg, weil sie zu fürchten hatten, dabei ihrer letzten Habe beraubt zu werden, und nicht sicher sein konnten, ihre Heimatorte auch wirklich zu erreichen.

Da sie überdies erlebten, wie selbst in den Orten Pommerns polnische Behörden die Verwaltung übernahmen und polnische Miliz eine immer bedeutendere Rolle zu spielen begann,

mußten sie, gestützt auf ihre Erfahrungen aus der Zeit nach dem ersten Weltkrieg, für ihre noch weiter östlich gelegene ostpreußische Heimat das Schlimmste befürchten, zumal schon im Februar 1945, wovon freilich damals nur wenige Deutsche Kenntnis hatten, von den Vertretern der britischen, der amerikanischen und der russischen Regierung auf der Konferenz von Jalta erklärt worden war, "daß Polen beträchtlichen Landzuwachs im Norden und Westen erhalten muß".

Ähnliche Überlegungen spielten auch für die große Mehrzahl derjenigen eine Rolle, denen die Flucht in das mittlere oder westliche Reichsgebiet gelungen war. Für sie galt es, zunächst abzuwarten, was mit ihrer Heimat geschah, und nicht leichtsinnig das Leben und den wenigen geretteten Besitz aufs Spiel zu setzen, nachdem sie glücklich vor den Russen davongekommen waren.

Die Nachrichten von Sperrungen der Oder-Neiße-Linie für Rückkehrer, von Deutschenverfolgungen in den Ostgebieten und von ersten Ausweisungen im Juni 1945 hielt die Masse der in der sowjetischen, amerikanischen, englischen und französischen Besatzungszone befindlichen Flüchtlinge vom sofortigen Aufbruch zur Rückkehr ab.

Im übrigen hatte die Einrichtung von Besatzungszonen eine Rückkehr aus der amerikanischen, der britischen und französischen Zone nach dem Osten rein technisch so gut wie unmöglich gemacht, da die Zonengrenzen wie überhaupt die Anordnungen aller Besatzungsmächte die Freizügigkeit des Verkehrs quer durch Deutschland verhindert hatten. Lediglich aus dem Gebiet der Sowjetzone konnten in den Wochen nach dem Waffenstillstand noch in größerer Zahl Flüchtlinge über die Oder und Neiße nach Osten zurückkehren.

In Mecklenburg und dem westlichen Teil Pommerns waren es vor allem geflohene Einwohner aus Ostpommern, in Sachsen vor allem Schlesier, die den Rückweg antraten. Teilweise wurden sie von sowjetischen Kommandanturen oder deutschen Bürgermeistern dazu aufgefordert, teilweise machten sie sich auch selbständig auf den Weg zurück in ihre Heimat.

Bis die Sperrmaßnahmen der Polen Ende Juni 1945 den Massenstrom der Rückwanderer abstoppten, waren schätzungsweise bereits 300.000 bis 400.000 Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone wieder in ihre Heimat östlich der Oder und Neiße zurückgekehrt. Als schließlich in den Potsdamer Beschlüssen die Zustimmung der Großmächte zur Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung gegeben wurde, hörte die Rückkehr nach Ostdeutschland bis auf ganz geringe Nachzügler vollständig auf.

Erheblich größer als die Zahl der Rückkehrer aus der sowjetischen Besatzungszone war die Zahl derer, die nach dem Waffenstillstand aus dem Gebiet der Tschechoslowakei in ihre Heimat zurückkehrten. - Rund 1,6 Millionen Deutsche aus Schlesien waren durch das Vordringen der Roten Armee nach Böhmen und Mähren hinübergedrängt worden. Etwa die Hälfte von ihnen hatte in dem Schlesien unmittelbar benachbarten Streifen des Sudetenlandes Zuflucht gefunden.

In den deutschen Orten des Sudetenlandes von Troppau im Süden bis nach Reichenberg im Norden war es infolgedessen zu einer ungeheueren Massierung von schlesischen Flüchtlingen gekommen, denen teils in Privatquartieren, teils in Massenlagern eine Notunterkunft geschaffen worden war. Da der Flüchtlingsstrom aus Schlesien trotzdem angehalten hatte, waren weitere Hunderttausende in dem an Sachsen angrenzenden Teil des Sudetenlandes oder im Innern Böhmens untergebracht worden, und viele waren auch quer durch Böhmen nach Bayern weitergezogen.

Je nach der Gegend, in der sich die schlesischen Flüchtlinge zum Zeitpunkt der Kapitulation befanden, ergab sich für sie eine sehr verschiedene Situation. Die nach Bayern Hereingeströmten waren froh, nicht mehr im Gebiet der Tschechoslowakei zu sein; aber eine Rückkehr nach Schlesien war für sie infolge der Besatzungsgrenzen in Deutschland nahezu unmöglich geworden. Für die vielen anderen, die sich im Sudetenland oder im Inneren Böhmens befanden, galt es, so schnell wie möglich dieses Gebiet zu verlassen, da seit dem Waffenstillstand

überall in der Tschechoslowakei die Verfolgung und Internierung der Deutschen begann. Die tschechischen Behörden ergriffen sogleich Maßnahmen, um die vielen deutschen Flüchtlinge, die nicht nur aus Schlesien, sondern auch aus der Slowakei, aus Ungarn und Rumänien in Böhmen und Mähren Zuflucht gesucht hatten, über die Grenzen abzuschieben.

Viele Schlesier hatten sich, als der Krieg zu Ende war, bereits selbständig auf den Heimweg begeben; die anderen wurden in den folgenden Tagen und Wochen, teils zu Fuß, teils in Eisenbahntransporten, eiligst und auf dem kürzesten Weg über die Grenze geschickt. Auf diesem Rückmarsch durch das Gebiet der Tschechoslowakei waren sie fortgesetzten Belästigungen ausgesetzt, an denen sich russische Soldaten und tschechische Miliz je auf ihre Weise beteiligten.

Bei ihrem Bestreben, die deutschen Flüchtlinge aus dem tschechischen Staatsgebiet zu entfernen, nahmen die tschechischen Behörden wenig Rücksicht darauf, ob den Schlesiern daraus wirklich eine Rückkehr in ihre Heimat erwuchs. Soweit sie sich in der Gegend um Prag und im Innern Böhmens aufhielten, wurden sie zunächst in Lager eingewiesen und dann meist auf dem nach Deutschland kürzesten Wege, nach Sachsen abtransportiert.

Ebenfalls nach Sachsen hinüber drängte man die im nördlichen Teil des Sudetenlandes zwischen Eger und Reichenberg befindlichen Schlesier, denen es bei der allgemeinen Furcht vor tschechischen Verfolgungen oft auch selbst darauf ankam, so schnell wie möglich die tschechische Grenze zu passieren. Viele versuchten von Sachsen aus, wo ihnen teilweise Lebensmittelkarten verweigert und längerer Aufenthalt untersagt wurden, nach Schlesien zurückzukehren, was aber nur wenigen gelang, da, wie bereits dargestellt, ab 1. Juni die Neiße-Übergänge bei Görlitz für die Rückkehrer gesperrt waren.

Für diejenigen Schlesier, die im westlichen Teil Böhmens den Waffenstillstand erlebten, führte der kürzeste Weg aus dem Bereich der Tschechoslowakei hinaus nach Bayern. Er war auch insofern am ungefährlichsten, weil dieser Teil Böhmens nicht von russischen sondern von amerikanischen Truppen besetzt worden war und die Flüchtlinge infolgedessen der Berührung mit sowjetischen Truppen aus dem Wege gehen konnten.

Der Rückweg nach Schlesien blieb nur denen nicht verwehrt, die im östlichen Teil Böhmens Unterkunft gefunden hatten. Dies war jedoch etwa nur die Hälfte all derer, die aus Schlesien vor der Roten Armee über das Gebirge geflohen waren, insgesamt schätzungsweise 800.000 Menschen.

An der schlesisch-tschechischen Grenze konnten die Polen nicht wie an der Oder und Neiße den Rückkehrerstrom sperren, dies gebot allein die Rücksicht auf die Tschechen.

Deshalb begann sofort nach dem Waffenstillstand am 9. Mai ein gewaltiger Rückkehrerstrom über das böhmisch-schlesische Gebirge einzusetzen, der sich auf die gleichen Wege ergoß wie in den Wochen vorher die Flucht, nur daß die Flüchtlinge jetzt beträchtlich ärmer geworden waren und, nachdem sie Pferde und Wagen und einen beträchtlichen Teil des Gepäcks den Russen und Tschechen hatten lassen müssen, meist zu Fuß einherliefen.

Bis Mitte Juni etwa dauerte dieser Rückstrom nach Ober- und Niederschlesien an. Die teils völlig entleerten Dörfer und Städte Schlesiens füllten sich wieder mit Menschen, und als im Juli die Rückbewegung abgeschlossen war, hatten sie durchschnittlich wieder 50 Prozent ihrer alten Einwohnerzahl erreicht.

Zusammen mit den rund 200.000 Schlesiern, denen es gelungen war, über die Neiße zurückzukehren, war es rund eine Million Menschen, die im Mai und Juni 1945 wieder in Schlesien eintrafen. Die deutsche Bevölkerung Schlesiens (Grenzen von 1937) war damit wieder auf rund 2,5 Millionen angewachsen, so daß hier auch unter der Herrschaft von Russen und Polen die deutsche Bevölkerung sehr zahlreich war.

Auch in Ostpommern war der Anteil der noch unter russischer Besetzung im Lande befindlichen Einwohner relativ hoch. Dabei spielte weniger die Rückkehr eine Rolle; denn infolge der polnischen Sperrmaßnahmen an der Oder kamen schätzungsweise nur 150.000 Ostpommern

aus Mecklenburg und Vorpommern während der Monate Mai und Juni zurück, wobei dieser Zuzug etwa ausgeglichen wurde durch den Abzug zahlreicher ostpreußischer und westpreußischer Flüchtlinge, die von Ostpommern aus wieder in ihre Heimat zurückkehrten.

Im Gegensatz zu anderen Provinzen war aber in Ostpommern die Zahl der Zurückgebliebenen und nicht mehr rechtzeitig Herausgekommenen sehr hoch, so daß sich im Juni 1945, vor Beginn der ersten Ausweisungen, ca. eine Million Menschen in Ostpommern befand. Die Städte und Dörfer hatten durchschnittlich 50 bis 60 Prozent ihrer ehemaligen Einwohnerzahlen. In ihnen lebten schätzungsweise noch 150.000-250.000 Deutsche aus Ost- und Westpreußen sowie aus den polnischen Gebieten, die nicht in ihre Heimat zurückgekehrt waren, sondern ihr weiteres Schicksal in Ostpommern abwarteten.

Die Bevölkerungsdichte in den einzelnen ostpommerschen Gebieten war sehr verschieden, je nach den Fluchtmöglichkeiten, die im Januar und März bestanden hatten. Während in den westlichen Kreisen Pyritz, Greifenhagen, Naugard, Cammin und in den Hafenstädten Kolberg und Stolpmünde nur noch relativ wenige Deutsche lebten, betrug die Einwohnerzahl in anderen Kreisen, in der Gegend um Belgard, Köslin, Neustettin, Deutsch Krone, Friedeberg, Stolp und Lauenburg teilweise über 75 Prozent des alten Standes.

Am niedrigsten war die Zahl der Bevölkerung im Sommer 1945 in Ostpreußen. Rund 500.000 Einwohner waren in den Regierungsbezirken Gumbinnen, Königsberg und Allenstein in russische Hand gefallen. Daneben sind auch in den westlich angrenzenden Kreisen Elbing, Marienburg, Stuhm, Marienwerder und Rosenberg fast 100.000 deutsche Einwohner zurückgeblieben, als die Rote Armee dieses Gebiet eroberte, oder später dahin zurückgekehrt.

Zusammen mit den rund 200.000, die teils schon im März und April, teils auch erst nach der Kapitulation vor allem aus Pommern nach Ostpreußen zurückkehrten, zählte Ostpreußen (in den Grenzen von 1937) im Juni 1945 rund 800.000 Einwohner, das ist knapp ein Drittel seiner Bevölkerung aus dem Jahre 1944.

Am schwächsten war die Bevölkerungsdichte in den östlichen Kreisen, dem Reg.-Bezirk Gumbinnen. Dort hatten die russischen Truppen nahezu menschenleeres Land in Besitz genommen, und obwohl schon ab Februar 1945 zahlreiche im Samland unter die sowjetischen Truppen geratene Deutsche zwangsweise dorthin deportiert wurden, hat die deutsche Bevölkerungszahl im östlichen Teil Ostpreußens unter russischer und polnischer Verwaltung kaum 15 Prozent ihrer ehemaligen Höhe erreicht. –

Wesentlich zahlreicher war die deutsche Bevölkerung dagegen in den südlichen und mittleren Kreisen Ostpreußens. Die Städte Osterode, Allenstein, Mohrungen, Sensburg, Bartenstein, Heilsberg, Lötzen und die umliegenden Landgemeinden erreichten im Sommer 1945 durchschnittlich wieder die Hälfte ihrer alten Einwohnerzahlen.

Die Masse der zu dieser Zeit in Ostpreußen lebenden deutschen Bevölkerung, wohl 500.000-550.000 Menschen, verteilte sich auf die südlichen Kreise, welche später auf Grund des Potsdamer Abkommens unter polnische Verwaltung kommen sollten, während in dem unter russische Verwaltung gestellten nördlichen Teil Ostpreußens, einschließlich Königsbergs, nur ca. 250.000-300.000 Menschen lebten.

In dem relativ kleinen Ostbrandenburg hat sich die Zahl der deutschen Einwohner durch Rückkehrer nur unerheblich vermehrt, zumal aus diesem Gebiet schon Ende Juni 1945 durch systematische Austreibungen der größte Teil der Deutschen gezwungen wurde, die Heimat zu verlassen. Vor Beginn dieser Austreibungsaktionen haben in Ostbrandenburg, dessen Bevölkerung zum größten Teil nicht rechtzeitig hatte fliehen können, jedoch noch rund 350.000 Menschen gelebt.

Nur von geringfügigem Ausmaß war die Rückkehr geflohener Deutscher in Danzig, in Westpreußen und in den west- und zentralpolnischen Gebieten. Die Deutschen, die sich in diesen Gebieten im Mai/Juni 1945 aufhielten, waren in der Regel Personen, die freiwillig dort geblieben oder während der Flucht in russische Hände gefallen waren. Im Gebiet der Freien

Stadt Danzig waren es rund 200.000 und auf polnischem Territorium etwa 800.000 Deutsche, die die Zeit der polnischen Herrschaft und der Ausweisungen in ihrer Heimat erlebten.

Die Gebiete östlich der Oder und Neiße	Stand der deutschen Bevölkerung Ende 1944	Stand d. deutschen Bevölkerung nach d. Flucht vor der Roten Armee April-Mai 1945	Stand der deutschen Bevölkerung nach der Rückkehr (Sommer 1945) und vor d. Austreibung
Ostpreußen <sup>2</sup> )	2 653 000	600 000	800 000
Ostpommern	1 861 000	1 000 000	1 000 000 <sup>3</sup> )
Ostbrandenburg	660 000	300 000	350 000
Schlesien	4 718 000	1 500 000	2 500 000
Polnische Gebiete	1 612 000	800 000	800 000
Danzig	420 000	200 000	200 000
<b>Insgesamt</b>	<b>11 924 000</b>	<b>4 400 000</b>	<b>5 650 000</b>

1) Die Zahlenangaben beruhen auf Durchschnittswerten (x001/78E).

2) Einschließlich Memelland und Reg.-Bezirk Westpreußen (x001/78E).

3) Zahlenmäßige Gleichheit der Rückkehrer nach Ostpommern und Abzug der nach Ostpommern geflohenen ost- und westdeutschen Flüchtlinge (x001/78E).<<

### **Tschechoslowakei**

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Rückkehr aus der CSR (x004/26-27): >>**Rückkehr von der Flucht nach Beendigung der Kampfhandlungen**

Der größte Teil der aus dem Ostsudetenland und dem östlichen Protektoratsgebiet geflohenen Deutschen wurde in Westmähren und den unmittelbar benachbarten Bezirken Böhmens vom Ausbruch des tschechischen Aufstandes und vom deutschen Zusammenbruch überrascht. Besonders hart war das Schicksal derjenigen, die sich zu diesem Zeitpunkt im innertschechischen Gebiet befanden; denn neben den Drangsalierungen durch Rotarmisten waren sie der Willkür und den Haßgefühlen der tschechischen Aufständischen, aber auch der Behörden und der Zivilbevölkerung ausgeliefert.

Der Verlust der geretteten Habe durch Plünderung und Konfiskation war noch das geringste Übel. Die Not steigerte sich durch Ausschreitungen aller Art und den Entzug der persönlichen Freiheit mit Zwangsarbeit und Internierung. Soweit die Flüchtlinge den Internierungs- und Sammellagern entgehen konnten, schlugen sie sich unter großen Entbehrungen in ihre Heimatorte durch.

Im Osten des Schönhengstgaus (Kreise Mährisch Trübau, Zwittau, Landskron und Hohenstadt), wo der größte Teil der aus dem östlicheren Sudetenland geflohenen deutschen Bevölkerung eine Zuflucht gefunden hatte, und auch in anderen Gebieten wurden die Flüchtlinge von den neugebildeten tschechischen Verwaltungsorganen zur sofortigen Rückkehr aufgefordert, und zwar mit dem Hinweis, daß der bei der Flucht zurückgelassene Besitz bei einer längeren Abwesenheit des Besitzers beschlagnahmt würde.

Bei der geflohenen Landbevölkerung bedurfte es nicht erst solchen Druckes, sie suchte noch

im Wirrwarr des Zusammenbruchs und des sowjetischen Einmarsches, getrieben von der Sorge um Hof und Frühjahrsbestellung, zum Heimatort zurückzukehren. Da aber plündernde Rotarmisten die Hauptverkehrsstraßen unsicher machten, zogen die meisten von ihnen auf kaum befahrbaren Seiten- und Gebirgsstraßen und oft auf weiten Umwegen heimwärts.

Meist blieben alle diese Vorsichtsmaßnahmen erfolglos. Trotz Umgehung der von den Sowjets oder Tschechen besetzten Ortschaften und Übernachtung in Wäldern griffen Streifen viele Rückkehrer auf, konfiszierten Pferde und Wagen und lieferten die Menschen in Sammel- und Internierungslager ein. Soweit sie nur vorübergehend festgehalten wurden, mußten sie zu Fuß den Weg fortsetzen, da die Benutzung der Verkehrsmittel für die Deutschen inzwischen verboten worden war.

Die Evakuierten, die seinerzeit mit Autobussen oder der Bahn abtransportiert worden waren, erhielten nur in wenigen Fällen eine Fahrgenehmigung oder wurden, als Deutsche erkannt, aus dem Zug geholt; meist mußten sie auch zu Fuß den Rückweg antreten. Sie ließen das gerettete Gepäck in ihren bisherigen Aufenthaltsorten, in der Hoffnung, es später einmal nach Normalisierung der Verhältnisse, holen zu können. Den wenigsten von ihnen gelang das, da die Tschechen die Aufbewahrung fremden Eigentums strengstens untersagten und die sofortige Ablieferung der von den Flüchtlingen zurückgelassenen Habe anordneten.

Die Heimkehrenden fanden ihre Wohnungen und Höfe, soweit sie nicht schon in den Kämpfen zerstört worden waren, entweder ausgeplündert oder beschlagnahmt und von Tschechen besetzt vor. Sie mußten bei Nachbarn, Verwandten oder Bekannten Unterkunft suchen oder wurden gleich in Lager eingewiesen, die vor allem im tschechischen Gebiet vielerorts errichtet worden waren.<<

## **Jugoslawien**

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1961 über die Rückkehr nach Jugoslawien (x006/101E-102E): >>... Aus Deutschland gelangten nur wenige bis an die jugoslawische Grenze, meist indem sie sich den Rücktransporten der jugoslawischen DPs anschlossen.

Aus Österreich machten sich Jugoslawiendeutsche in Richtung Slowenien in geschlossenen Transporten, die zum Teil von der amerikanischen Militärregierung zusammengestellt wurden, auf den Weg nach Hause. Sie wurden entweder an der Grenze abgewiesen, nach Ungarn abgelenkt oder über Agram in Durchgangslager wie Pisanica gebracht, von wo sie bald wieder nach Österreich entlassen wurden.

Rückwanderertrucks aus Niederösterreich, der CSR und Ungarn, wo das Kriegsende die Flüchtlinge überrascht hatte, erreichten nach dem Anmarsch durch Südungarn den Norden der Woiwodina. Auch sie wurden entweder an der Grenze abgewiesen oder nach kurzem Aufenthalt im Sammellager Subotica außer Landes verwiesen, häufig heimlich über die ungarische Grenze getrieben oder in das Lager Sekić geschafft, aus dem sie Ende 1945 nach Gakovo gebracht wurden. Diejenigen, die vom Zufall begünstigt bis in ihre Heimatortschaften gelangten, wurden nicht mehr in den Lagern interniert, sondern unverzüglich ausgewiesen.

Das Verhalten der Partisanen und jugoslawischen Behörden gegenüber den Rückkehrern war ähnlich wie das gegenüber den ersten, aus der UdSSR heimkehrenden Deportierten: man wollte sich mit den aus gleich welchen Ländern zurückkehrenden Jugoslawiendeutschen nicht näher einlassen, verwehrte ihnen die Einreise oder schaffte sie doch sobald als möglich wieder über die Grenze und überließ sie ihrem Schicksal. Nachträglich wurde so auch die Flucht dieser nunmehr Rückkehrwilligen dadurch zur Vertreibung, daß man ihnen die Heimkehr und den Aufenthalt im Lande verweigerte.<<

## **Rumänien**

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Rückkehr nach Rumänien (x007/93E-99E): >>Fast schwerer als das Los der in Rumänien Zurückgebliebenen war das Schicksal derjenigen Volksdeutschen, die als Umsiedler oder Flüchtlinge in den "eingegliederten" polnischen Gebieten, in der Tschechoslowakei und in den östlichen Teilen Österreichs vom Strudel des deutschen militärischen Zusammenbruchs erfaßt wurden.

Mit der übrigen deutschen Bevölkerung der Ostgebiete hatten zu Beginn der zweiten Januarhälfte 1945 auch die in den damaligen "Reichsgauen" Danzig-Westpreußen und Wartheland angesiedelten Volksdeutschen aus Bessarabien, der Bukowina und der Dobrudscha den Evakuierungsbefehl erhalten. Zahlreichen Trecks gelang es nach langwieriger und mühseliger Fahrt, mittel- oder westdeutsches Gebiet zu erreichen. Für die östlichsten deutschen Gemeinden war der Fluchtbefehl zu spät gekommen, so daß eine geregelte Evakuierung nicht mehr möglich war.

Ein Teil der Flüchtlingstrecks wurde noch vor Erreichen der Oder von den vordringenden Sowjets überholt und zum Umkehren gezwungen. Die wehr- und arbeitsfähigen Männer wurden teilweise sofort erschossen, die übrigen wenig später zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt. Frauen und Kinder mußten nach Plünderung ihrer Habe durch die erbitterten Polen an ihre Ansiedlungsorte zurückkehren, um dort, teils in Lagern, teils unmittelbar polnischen Bauern zugewiesen, zur Arbeit eingesetzt zu werden.

Für die aus der Sowjetunion stammenden Volksdeutschen, zu denen auch Bessarabien- und Nordbuchenland-Deutsche gezählt wurden, ordneten die sowjetischen Militärbehörden eine Rückführung an, der in den meisten Fällen eine Verschleppung ins Innere der Sowjetunion folgte; eine größere Gruppe von Volksdeutschen aus der Nord-Bukowina lebt noch heute in Stalinabad in der asiatischen Sowjetrepublik Tadschikistan.

Ungeachtet ihrer deutschen Staatsbürgerschaft wurden wie die von der Sowjetunion beanspruchten Volksdeutschen auch ein Teil der im rumänischen Teil der Bukowina sowie in der Dobrudscha beheimateten Deutschen in den Jahren 1945/46 nach Rumänien zurücktransportiert. Die übrigen mußten, soweit sie nicht vorher fliehen konnten, vielfach jahrelang warten, bis sie, zum Teil erst 1950, nach Deutschland entlassen wurden.

In nicht allzu großem Umfang waren Dobrudscha- und Bukowina-Deutsche auch in den sudetendeutschen Gebieten sowie im damaligen Protektorat Böhmen und Mähren angesiedelt worden. Mit ihnen wurde eine weit größere Zahl bukowina-deutscher Flüchtlinge, die ihre Ansiedlungsorte im polnischen Ost-Oberschlesien Ende Januar 1945 verlassen mußten, auf tschechoslowakischem Gebiet vom Zusammenbruch überrascht.

Es folgten die Schrecken des sowjetischen Einmarsches, zum Teil die Einweisung in tschechische Lager, sonst Wochen und Monate des Wartens, oft ohne Verpflegung und in behelfsmäßigen Unterkünften. Auch hier gaben die Sowjets den Befehl zur Rückführung aller Flüchtlinge und Umsiedler. Ein schon Anfang Mai 1945 in Mähren aufgebrochener Treck erreichte über Ödenburg, Arad, Craiova Anfang August die heimatliche Dobrudscha.

In der zweiten Hälfte des Jahres gingen von Brünn, Troppau, Prag und besonders Pilsen zahlreiche Eisenbahntransporte ab, wobei die in Viehwagen eng zusammengepferchten Rückkehrer auf der wochenlangen Fahrt, ohne ausreichende Versorgung, Plünderungen und sonstigen Schikanen ausgesetzt waren, bis sie in Großwardein oder Arad den rumänischen Behörden übergeben wurden. Bukowina-Deutsche, die im Herbst 1945 von den Tschechen kurzerhand über die benachbarte österreichische Grenze getrieben worden waren, wurden im Frühjahr 1946 von einer rumänischen Repatriierungskommission erfaßt und zurückgeführt.

Diesen Bemühungen rumänischer Stellen stand die Aufnahme der heimkehrenden Umsiedler in ihren Heimatorten entgegen. Sie hatten ihre rumänische Staatsbürgerschaft und alle Besitzansprüche verloren. Ihre Dörfer und Höfe waren verfallen oder anderweitig, in der Do-

brudscha vor allem von rumänischen Umsiedlern aus Bulgarien, den "Mazedoniern", belegt worden. Von den Grenzbehörden nach kurzer Untersuchung und Registrierung entlassen, wurden die volksdeutschen Rückkehrer in ihren Heimatbezirken vielfach sofort wieder erfaßt und in Arbeitslager in verschiedenen Teilen des Landes eingewiesen.

Soweit sie in ihren alten Dörfern Unterkunft fanden, mußten sie sich mit Erntearbeit, Aushilfe in rumänischen Haushalten. Handarbeiten und Gelegenheitsarbeiten aller Art unter erbärmlichen Bedingungen ihr Brot verdienen.

Wenn sie die alteingesessene rumänische und tatarische Bevölkerung auch oft bedauerte, ja ihnen sogar zu helfen suchte, so waren sie doch, besonders von den Neuzugezogenen, zahlreichen Anfeindungen ausgesetzt. So machten die meisten der Rückwanderer von der gebotenen Möglichkeit Gebrauch, sich Anfang 1947 auf Antrag aus Rumänien ausweisen zu lassen, um dann in geschlossenen Transporten zunächst in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands übergeführt zu werden.

Die Gesamtzahl der von den Sowjets nach Kriegsende nach Rumänien repatriierten volksdeutschen Umsiedler ist nicht genau feststellbar. Für die Dobrudscha allein werden die Rückkehrer auf 2.500 beziffert, doch sind wahrscheinlich nur wenige endgültig in Rumänien geblieben.

Die volksdeutschen Umsiedler in den Ostgebieten unterstanden bei Kriegsende den örtlichen deutschen Partei- und Verwaltungsbehörden, die auch über ihre Evakuierung entschieden. Die in Österreich untergebrachten rumänien-deutschen Flüchtlinge, vor allem die Nord-Siebenbürger, erfuhren dagegen eine Sonderbetreuung durch ihre alte Volksgruppenführung, die zum Teil neue Fluchtpläne für den Fall eines weiteren Vordringens der Sowjets vorbereitet hatte. Als die niederösterreichischen Aufnahmegebiete im April 1945 geräumt werden sollten, ließen sich die Pläne nur in begrenztem Umfang verwirklichen.

Es fehlte vor allem an Gespannen, da die einsatzfähigen Pferde zumeist auf Anordnung der Wehrmacht eingezogen worden waren und nur zum Teil wiederbeschafft oder ersetzt werden konnten. Dennoch kam es zum Aufbruch verschiedener Trecks. Andere Gruppen schlugen sich mit der Eisenbahn, auf Militärfahrzeugen, Donauschiffen oder auch zu Fuß, teils in gelenkten Transporten, teils in regelloser Flucht nach Oberösterreich und Bayern durch, wo sie in Einzelfällen erst Ende Mai eintrafen.

War es einem großen Teil der Flüchtlinge gelungen zu entkommen, so wurde doch auch hier eine beträchtliche Anzahl von den Sowjets überrollt; einigen Trecks war auf Befehl des zuständigen Gauleiters noch kurz vor Linz die Weiterfahrt in das mit Flüchtlingen überfüllte Oberösterreich untersagt worden.

Schon Ende Mai 1945 erging ein allgemeiner Rückführungsbefehl der sowjetischen Besatzungsmacht, auf Grund dessen die örtlichen österreichischen Stellen die Flüchtlinge unter Verweigerung weiterer Lebensmittelkarten zum Aufbruch nötigten. Wiederum kam es zu Trecks, die auf wohlbekanntem Wege, diesmal unter russischer Eskorte, in mehrwöchigem Marsch nach Rumänien zurückzogen.

Daneben wurden auch in Österreich im Laufe des Juni zahlreiche Bahntransporte zusammengestellt. Die Versorgung war in jedem Fall schlecht. Züge wie Trecks wurden, trotz zum Teil anständigen Verhaltens der sowjetischen Begleitmannschaften, vielfach überfallen und ausgeraubt. Auch die Durchschleusung der Transporte in Arad und besonders Großwardein vollzog sich in wenig erfreulichen Formen. Dennoch gelangten die Heimkehrer im allgemeinen ungehindert in ihre Heimatorte.

Insgesamt dürften im Sommer 1945 auf diese Weise zwischen 15.000 und 20.000 volksdeutsche Flüchtlinge aus Siebenbürgen und dem Banat nach Rumänien zurückgekehrt sein, wenn sich genauere Angaben auch nicht machen lassen. Nicht nur aus den sowjetisch besetzten Teilen Österreichs, sondern auch aus Aufnahmeorten im Sudetenland und in der deutschen Sowjetzone fanden Rückführungen statt; sogar aus den amerikanisch besetzten Gebieten wurden

einzelne Gruppen zurückgeschickt.

Das Los der heimgekehrten Flüchtlinge unterschied sich zunächst nur unwesentlich von dem der zurückgeführten Umsiedler in (die) Dobrudscha und Bukowina. In den auf Grund von Art. 8 des Waffenstillstandsvertrages erlassenen Beschlagnahme-Gesetzen war neben dem Vermögen des deutschen und ungarischen Staates und ihrer Staatsangehörigen ausdrücklich auch der gesamte Besitz "von Personen mit Wohn- oder Aufenthaltsort auf dem Gebiet Deutschlands oder Ungarns sowie in den von ihnen besetzten Gebieten" unter rumänische Staatsverwaltung gestellt worden.

Die Regelung der Staatsangehörigkeit für die Bewohner der von Ungarn zurückgewonnenen Gebiete nahm überdies ausdrücklich von der Wiedererlangung der rumänischen Staatsbürgerschaft aus:

"... die Bewohner Nord-Siebenbürgens, die freiwillig in den Militärdienst eines Staates getreten sind, mit welchem sich Rumänien nach dem 23. August 1944 im Kriegszustand befand, oder die sich freiwillig einer militärischen oder militärähnlichen Formation dieser Staaten angeschlossen haben", sowie

"diejenigen, die während des Rückzuges der feindlichen Armeen aus dem Gebiet Nord-Siebenbürgens, indem sie sich mit diesen solidarisierten, freiwillig abgezogen sind".

Erst im Verlauf des Jahres 1946 kam es zu einer gewissen Rehabilitierung der Zwangsevakuieren; ein Dekret-Gesetz vom 16. Oktober 1946 verfügte die Rückgabe persönlichen Eigentums an Häusern, Grundstücken, Einrichtungsgegenständen, sowie auch ländlicher Kleinbetriebe und Werkstätten; Handels- und Industriebetriebe, sowie Bankguthaben, Aktien und Wertsachen blieben jedoch ausgeschlossen.

Da auch die Gültigkeit der Bodenreform für die Landgüter des fraglichen Personenkreises ausdrücklich bestätigt wurde, war die Lage der Rückkehrer damit lediglich derjenigen der schon vorher enteigneten volksdeutschen Landbevölkerung in den nicht evakuierten Gebieten angeglichen.

Die auf Grund der Bodenreform in die verlassenen sächsischen und schwäbischen Höfe eingerückten Rumänen und Zigeuner hatten zunächst vielfach versucht, den zurückkehrenden Volksdeutschen den Aufenthalt in ihren alten Heimorten zu verwehren.

Die örtlichen Behörden veranlaßten dann im allgemeinen eine Unterbringung in leerstehenden Höfen, Scheunen, Schulen oder Pfarrhäusern, zum Teil auch in den verlassenen Lehmhütten der Zigeuner. Oft kam es daraufhin zu einer Einigung mit den Kolonisten, die einzelne Räume freigaben.

Ein Teil der Rückkehrer wurde im Rahmen der Arbeitsdienstpflicht zur Zwangsarbeit in verschiedenen Lagern, in Bergwerken oder an staatlichen Bauprojekten eingesetzt. Die übrigen suchten sich ihren Lebensunterhalt mit Feld- und Hausarbeiten zu verdienen, waren jedoch nicht selten genötigt, sich ihre Nahrung von Haus zu Haus zusammenzubetteln.

Einzelne Rückkehrer, Volksschullehrer und andere angesehenere Persönlichkeiten, wurden, vielleicht als letzte Auswirkung der im Vorjahr begonnenen Internierungsaktionen, noch im Sommer 1945 verhaftet und in die politischen Konzentrationslager eingeliefert, um erst nach Jahren freizukommen.

Wie sie wurden auch die heimkehrenden volksdeutschen Kriegsgefangenen die ja zumeist Angehörige der Waffen-SS gewesen waren, zunächst festgehalten. Nur wenige waren schon 1945/46 nach Rumänien entlassen worden. Der rumänischen Staatsangehörigkeit verlustig erklärt, wurden sie, soweit man ihrer habhaft wurde, von den rumänischen Behörden wieder verhaftet, in Großwardein und anderen Gefängnissen festgehalten und zum Teil nach Ostdeutschland abgeschoben.

Größere Transporte mit volksdeutschen SS-Angehörigen wurden erst im Dezember 1950 von Kiew nach Rumänien zurückgeführt; auch sie wurden zunächst an der Grenzstation Sighet von rumänischer Polizei übernommen und in Militärgefängnisse eingeliefert. Die Behandlung

war jedoch korrekt; sie wurden im Frühjahr 1951 schubweise in ihre Heimorte entlassen. Lediglich diejenigen, die unmittelbar zu ihren Angehörigen in Deutschland oder Österreich entlassen werden wollten, mußten länger, zum Teil bis März 1952, auf die Regelung aller Formalitäten warten.<<

## **Ungarn**

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1956 über die Rückkehr nach Ungarn (x008/67E-69E): >>Neben der immer intensiver werdenden Verminderung durch die einzelnen Zwangsaktionen hat das ungarländische Deutschtum während der Jahre nach dem Zusammenbruch doch auch einen schwachen Rückstrom zu verzeichnen, der den kontinuierlichen Abbau zwar nicht ausglich, nicht einmal verlangsamt, aber in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben darf.

Seit 1945 sind Rückkehrer, einzeln oder in Gruppen, freiwillig und auf eigene Faust oder in geschlossenen Transporten wieder nach Ungarn eingeströmt.

Es können grundsätzlich zwei Arten von Rückkehrern unterschieden werden:

1. evakuierte oder geflohene Volksdeutsche, bei denen die Evakuierung nicht als eine endgültige Lösung betrachtet wurde, und
2. entlassene Kriegsgefangene, die zu ihren Familien heimkehren wollten.

Viele Evakuierte wurden noch in Österreich oder in der Tschechoslowakei in ihren Notquartieren von den Russen überrollt, die einer gewünschten Rückkehr nichts in den Weg legten, sie in den meisten Fällen sogar befürworteten oder anbefahlen. In dem von der Sowjetunion besetzten Gebiet - z.B. in Thüringen - wurden ganze Flüchtlingszüge zusammengestellt, die um die Jahreswende 1945/46 in Ungarn eintrafen.

Ebenso suchten die Amerikaner in Bayern die obdachlosen Flüchtlinge wieder in die Heimat abzuschieben. Gegen offizielle Transporte konnten die Madjaren nichts unternehmen, die private Rückkehr suchten sie durch Sperrung der Grenzen zu verhindern. Einzelne zusammengebliebene Trecks gelangten mit einigem Glück trotzdem wieder in ihre Heimorte.

Die meisten wurden an der Grenze gestoppt. Sie warteten dann wochenlang in Österreich auf eine günstige Gelegenheit, um durchzuschlüpfen zu können und suchten endlich ihre alten Quartiere auf oder blieben auch für dauernd in Österreich. Einzelne Familien, besonders aus der Tschechoslowakei, schlossen sich auch nach Ungarn fahrenden Militärtransporten an.

Über die Zahl dieser Rückkehrer lassen sich keine bestimmten Angaben machen, es steht jedoch fest, daß nur ein geringer Teil der Rückkehrwilligen tatsächlich wieder nach Hause gelangte; den meisten wurde von den ungarischen Grenzposten der Übertritt verwehrt.

Die heimkehrenden Kriegsgefangenen hatten es als Einzelpersonen beim Grenzübertritt leichter, da sie nicht auf die offiziellen Übergangsstellen angewiesen waren. Um so vorsichtiger mußten sie im Lande selbst sein. Als ehemalige Angehörige der Waffen-SS gehörten sie zu der am meisten belasteten Kategorie und wurden gleich nach ihrem Auftauchen im Heimatort verhaftet, zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt oder zum mindesten interniert.

Wer von ihnen Glück hatte und den Razzien entging, arbeitete eine Zeitlang als Knecht in einer möglichst weit vom Heimatort entfernten Gegend und schlug sich dann auf Schleichwegen über Österreich nach Deutschland durch. Dieses Schicksal in der einen oder der anderen Form traf jedenfalls die aus dem Westen Zurückkehrenden, während die Rußlandheimkehrer in der Regel von den Behörden in Ruhe gelassen wurden und offen ihrer Arbeit nachgehen konnten.

Ganz allgemein mußte die Masse der Rückkehrer, waren es Evakuierte oder Kriegsgefangene, das Land als Flüchtende oder Ausgewiesene bald wieder verlassen. Einmal galten sie in der Mehrzahl als politisch Belastete und dann fehlte ihnen die Lebensgrundlage, da die seit der Evakuierung leerstehenden Höfe als erste beschlagnahmt und mit Neusiedlern besetzt worden waren.

Die Spätheimkehrer, die 1950 aus der Sowjetunion ankamen, trafen dagegen schon andere Verhältnisse an. Inzwischen hatte sich die Situation des ungarländischen Deutschtums wieder gewandelt. Schon der Ausweisungsaktion gegenüber waren die ungarischen Parteien geteilter Meinung gewesen.

Die Rücksiedlung der Jugoslawien- und Slowakeimadjaren nach Ungarn zeigte dann sehr deutlich, daß der allgemeine "Bevölkerungstransfer" sich keineswegs günstig für das Land auswirkte; im Gegenteil, man bekam das Unrecht, das den Deutschen zugefügt wurde, besonders in der Massenausreibung der Madjaren aus der Slowakei am eigenen Leibe zu spüren, und die Bevölkerung fühlte sich den alteingesessenen Deutschen sowieso viel enger verbunden als z.B. den fremd anmutenden Csángós. So wuchs allmählich die Stimmung für die Einschränkung und den Abbau der antideutschen Gesetzgebung.

Schon die letzten Durchführungsverordnungen zum Aussiedlungsgesetz enthielten nicht mehr die kompromißlose Verurteilung der Volksdeutschen wie die ersten Verordnungen, sondern ließen einschränkende und aufhebende Klauseln ein wenig Raum.

Im Mai 1946 wurden dann für SS-Angehörige, die nach der Besetzung Ungarns durch deutsche Truppen eingezogen worden waren, die Aussiedlungsbestimmungen aufgehoben, wenn sie sich 1941 zur ungarischen Nationalität bekannt hatten und ihre demokratische Haltung nachweisen konnten.

Im Oktober und November 1947 folgten Aufhebungsverordnungen für Industrie- und Landarbeiter sowie für unentbehrliche Handwerker, die auch als Volksbundmitglieder und SS-Zwangsrekrutierte nicht mehr ausgesiedelt werden durften.

Diese Bestimmungen gewannen allerdings keine besondere Bedeutung mehr, weil im Herbst 1947 die Vertreibungsaktion ohnedies eingestellt wurde.<<

### **Schlußbemerkungen**

In der deutschen Geschichte gab es noch nie eine Epoche (einschließlich der verheerenden Katastrophen, die sich im Verlauf der Völkerwanderungen und des 30jährigen Krieges ereigneten), die Frauen, Kindern und alten Menschen vergleichbare Belastungen und unmenschliche Qualen auferlegte. Millionen von Deutschen, die größtenteils keine NS-Verbrechen verübt hatten, wurden 1944/45 dem sicheren Verderben preisgegeben. Die naiven Volksgenossen merkten erst nach dem Zusammenbruch des "1.000jährigen Reiches", daß man sie nur unentwegt belogen und betrogen hatte.

Während sich die verantwortlichen NS-Funktionäre rechtzeitig in Sicherheit brachten, erlebte die zurückgebliebene Bevölkerung vielerorts die Hölle auf Erden. Hunderttausende von schutzlosen reichs- und volksdeutschen Zivilisten kamen im Verlauf der Flucht und "Befreiung" sowie bei der späteren Vertreibung um.

Der schändliche Verrat und die heimtückische Auslieferung der Reichs- und Volksdeutschen, die bis zum bitteren Ende treu und brav ihre Pflichten erfüllten, wurde bisher nie angemessen aufgearbeitet. Hitlers Plan, Stalin vor der Weltöffentlichkeit zu entlarven, um die Alliierten zu trennen, mußte zwangsläufig scheitern, denn nach den zahllosen NS-Verbrechen und der systematischen Massenvernichtung des europäischen Judentums dachten die Angelsachsen nachweislich nie an Sonderverhandlungen.

Die Anglo-Amerikaner hielten ihre Zusagen gegenüber der UdSSR bis zum Kriegsende konsequent und peinlich genau ein, so daß Stalins Expansions- und "Befreiungspläne" in aller Ruhe verwirklicht werden konnten. Die westlichen Alliierten verlangsamten bzw. stoppten z.B. ihren viel zu schnellen Vormarsch, weil die Sowjets Berlin und Prag besetzen sollten.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung schrieb im Jahre 1954 über die Flucht der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße (x001/26E): >>Obwohl die Flüchtenden, als sie sich auf die Flucht begaben, zweifellos nicht absehen konnten, was ihnen im einzelnen unter russischer Herrschaft bevorstand, so hat sich doch später an der

vielfältigen schrecklichen Erfahrung derjenigen, die zurückgeblieben waren oder denen die Flucht mißlang, eindeutig erwiesen, daß die Flucht im Rahmen des Gesamtschicksals der ostdeutschen Bevölkerung nach 1945 noch das geringste Übel war.

Unzählige Menschen sind dadurch vor Schlimmerem bewahrt geblieben, denn die Verluste, die während der Flucht entstanden, reichten - so schmerzlich sie waren - nicht an die viel höheren Verluste und Schädigungen heran, die als Folge der russisch-polnischen Herrschaft über Ostdeutschland für diejenigen entstanden, die in diesen Gebieten zurückgeblieben waren.  
...<<

Der britische Historiker Christopher Duffy berichtete später über den heimtückischen Verrat der NS-Führung (x100/336): >>Als das Ende des Reiches nahte, wurde augenfällig, daß seine Führer für unterschiedliche "Deutschlands" gekämpft hatten.

Auf der einen Seite trat die moralische Verkommenheit jener, die am tiefsten in das nationalsozialistische System verstrickt waren, unübersehbar zutage. Solange nur ein Befehl von oben es anordnete, hatten Generalfeldmarschall Schörner und die ganze braune Bande von Gauleitern wie Greiser, Schwede-Coburg, Koch und Hanke nicht gezögert, das Leben unzähliger aufs Spiel zu setzen, nur nicht ihr eigenes, wie sich herausstellte, als es in Gefahr zu geraten drohte und sie sich eiligst absetzten.

Auf der anderen Seite stand die aufopferungsvolle Haltung von Männern wie ... von Saucken, von Ahlfen, Niehoff und vielen anderen, die bewiesen, daß menschliches Verantwortungsgefühl trotz allem immer noch mit soldatischer Pflichterfüllung in Einklang zu bringen war.<<

Das Deutsche Reich von 1871 war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechtssubjekt.

Infolge der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens am 11. November 1918 und der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages am 28. Juni 1919 wurde die Geschäftsfähigkeit der Deutschen durch die Siegermächte drastisch eingeschränkt.

Nach nur 47 Jahren der Freiheit begann für die Deutschen eine endlose Zeit der Unfreiheit. Deutschland zählt seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung). Die Deutschen besitzen seither keine frei gewählte Verfassung und keinen souveränen Staat (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt).

Nach über 100 Jahren der Entmündigung, der politischen Unterdrückung, der wirtschaftlichen Ausbeutung und der ideologischen Umerziehung wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zurückzugeben. Vorübergehende Einschränkungen der Souveränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.

Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben.

Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet z.B. wie folgt (x870/...): >>... Artikel 1

(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern

und dieses Recht zu achten.<<

Wir dürfen nicht länger tatenlos zusehen, wie die Destabilisierungsmaßnahmen der internationalen NWO-Verbrecherorganisationen unser Land allmählich vernichten, sondern wir müssen uns endlich wehren. Die Rückgewinnung der Freiheit und den Erhalt der Heimat wird es nicht kampflos geben!

Bei dem Entscheidungskampf gegen das globale Terrorimperium geht es nicht nur um die Wiedergewinnung unserer Freiheit und um Sein oder Nichtsein, sondern es geht auch um die traditionelle Verpflichtung, das mehr als tausendjährige materielle und immaterielle Erbe unserer Vorfahren für unsere Nachkommen zu bewahren. Wir sind es nicht nur unserer eigenen Selbstachtung, sondern auch unseren Vorfahren und vor allem den nachfolgenden Generationen schuldig, alles für den Erhalt unserer deutschen Heimat zu tun.

Allmächtiger, allwissender Gott, himmlischer Vater!  
Verleihe uns die nötige Kraft, Mut und Zuversicht,  
damit wir unsere Heimat Deutschland endlich befreien  
und für unsere Nachkommen bewahren können.  
Mit deiner Hilfe werden wir unser deutsches Volk  
und unsere Heimat mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften  
bis zum letzten Atemzug verteidigen,  
denn wir sind es unseren Vorfahren und  
unseren nachfolgenden Generationen schuldig.

Vater unser im Himmel  
Geheiligt werde dein Name.  
Dein Reich komme.  
Dein Wille geschehe,  
wie im Himmel, so auf Erden.  
Unser tägliches Brot gib uns heute.  
Und vergib uns unsere Schuld,  
wie auch wir vergeben unsern Schuldigern.  
Und führe uns nicht in Versuchung,  
sondern erlöse uns von dem Bösen.  
Denn dein ist das Reich  
und die Kraft und die Herrlichkeit  
in Ewigkeit.  
Amen.

## GOTT MIT UNS

## Hinweise für den Leser

**Einstellungstermin:** 01.11.2021

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

**Rechtschreibregeln:** Das Sonderheft Nr. 12 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

**Zitate:** Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

**Anregungen und Kritik:** Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

## Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.

Beispiel: (x051/79) = Das große Lexikon des Dritten Reiches, Seite 79.

x001	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x004	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 1.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x006	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa V. <u>Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1961. München 1984.
x007	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa III. <u>Das Schicksal der Deutschen in Rumänien.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x008	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa II. <u>Das Schicksal der Deutschen in Ungarn.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1956. München 1984.
x018	Meyers Lexikon Verlag (Hg.): <u>MEYERS ENZYKLOPÄDISCHES LEXIKON</u> in 25 Bänden. 9. völlig neubearbeitete Auflage. Mannheim/Wien/Zürich 1971-1981.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen.</u> Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x030	Wistrich, Robert: <u>Wer war wer im Dritten Reich?</u> Ein biographisches Lexikon. Frankfurt/Main, 1987.

x033	Overesch, Manfred: <u>Das III. Reich 1939-1945</u> . Eine Tageschronik der Politik – Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1991.
x040	Hillgruber, Andreas, und Gerhard Hümmelchen: <u>Chronik des Zweiten Weltkrieges</u> . Kalendarium militärischer und politischer Ereignisse 1939-1945. Neuausgabe. Düsseldorf 1989.
x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): PLOETZ " <u>Geschichte der Weltkriege</u> ". Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981.
x044	Zentner, Christian: <u>Große Geschichte des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges – Zusammenbruch</u> . München/Köln 1989.
x047	Dorst, Klaus, und Birgit Hoffmann (Hg.): <u>Kleines Lexikon Sowjetstreitkräfte</u> . 1. Auflage. Militärverlag der DDR. Ost-Berlin 1987.
x049	Holmsten, Georg: <u>Kriegsalltag 1939-1945 in Deutschland</u> . Bindlach 1989.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): <u>Das große Lexikon des Dritten Reiches</u> . München 1985.
x052	Ziemke, Earl F.: <u>Die Schlacht um Berlin</u> . Rastatt 1992.
x053	Westenrieder, Norbert: <u>Deutsche Frauen und Mädchen</u> . Vom Alltagsleben 1933-1945. Düsseldorf 1984.
x054	Ploetz, Karl: <u>Hauptdaten der Weltgeschichte</u> . 28. Auflage. Würzburg 1957.
x066	Trevor-Roper, Hugh: <u>Hitlers letzte Tage</u> . 2. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1995.
x072	Hermant, Jost: <u>Als Pimpf in Polen</u> . Erweiterte Kinderlandverschickung 1940-1945. Frankfurt/Main 1993.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte, Band 3</u> . Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x076	Andreae, Hugo: <u>Lehrbuch der Geschichte für berufsbildende Schulen</u> . Verlag Handwerk und Technik, Hamburg 1962.
x085	Wette, Wolfram, und Gerd R. Ueberschär (Hg.): <u>Stalingrad</u> . Mythos und Wirklichkeit einer Schlacht. Frankfurt/Main 1992.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: <u>Deutsche Geschichte im Bild</u> . Frankfurt/Main 1991.
x100	Duffy, Christopher: <u>Der Sturm auf das Reich</u> . Der Vormarsch der Roten Armee 1945. München 1994.

## Internet

x870	<a href="http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/">http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/</a> – Juli 2016.
------	--